

Politische Berichte

Nummer 22 / 11. Jahrgang

26. Oktober 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

US-Haushaltsstreit dauert an

Reagans Nachfolger und Ex-Vize Bush präsentiert die Rechnung für den Reagan-Boom

Was die diesjährige Schmierkomödie, genannt Haushaltsstreit, zwischen Kongreß und Präsident Bush in den Vereinigten Staaten von dem gleichen Spektakel früherer Jahre abhebt, ist die unbestreitbare Tatsache, daß der

Reagan-Bush-Boom der 80er Jahre zu Ende ist. Der Anstieg der Rohölpreise um 80 % in den letzten Wochen hat das letzte Flackern des Konjunkturflämmchens in den USA für alle Beteiligten sichtbar erledigt.

Der Zusammenbruch der Ölpreise in der Mitte der 80er Jahre war ein wesentlicher Grund für die lange Dauer der Expansion. Im „Weltwirtschaftsausblick“ des Weltwirtschaftsfonds (IMF) vom Mai 1990 wird die Expansion von 1982-89 mit ihren zwei kurzlebigeren Vorgängern 1971-74 und 1975-79 verglichen. Die Besonderheit der 80er Jahre war: — niedrigere Preis- und Lohnanstiege, — anti-inflationäre Regierungsmaßnahmen gegen „strukturelle Unflexibilitäten“ des Arbeitsmarkts, d.h. Gewerkschaften, Minimallohn und anderes; — konstante oder fallende Rohstoffpreise, besonders für Öl, dessen Preis 1986 um 50 % sank.

Beide 1970er Expansionen endeten mit Öl- und Geldverknappung, als die Zentralbanken die Kreditschrauben anzogen, um die Inflation unter Kontrolle zu bringen. Ganz anders die 80er Expan-

sion: Geld war reichlich und relativ billig zu haben, die Reallöhne sanken kontinuierlich, der inflationsbereinigte Ölpreis hielt sich auf dem Niveau von Mitte der 70er Jahre.

Die Widersprüche dieses der Bourgeoisie wohlgefälligen Zustands waren nicht zu übersehen. Mit den sinkenden Löhnen und der von der „Reagan-Revolution“ durchgesetzten Umverteilung der Steuerlast von den Reichen auf die unteren und mittleren Einkommen ist die sogenannte Mittelklasse ausgedünnt worden und ihre Kaufkraft dezimiert. Der Ausweg in Ratenkäufe hat zur höchsten Verschuldung privater Haushalte in der Geschichte der USA geführt. Der scharfe Anstieg von persönlichen Bankrotterklärungen über die gesamte Boomperiode zeigt, daß viele Haushalte, in den Worten der US-Bundesbank, finanziell „angespannt“ sind. Die Stag-

nation im Absatz ist begleitet vom Versiegen des billigen Kredits und einem 50 %igen Anstieg der Inflation. Stagflation, was „Reaganomics“ angeblich kurieren sollte, ist wieder da.

Das gewaltige Defizit im Bundeshaushalt der USA hat seine Wurzeln ebenfalls in den von der Reagan-Reaktion durchgesetzten — und von der Demokratischen Mehrheit im Kongress niemals energisch bekämpften — Steuer-nachlässen an die Reichen: Senkung des Spitzensteuersatzes von 50 % auf 28 %, Senkung der Kapitalertragssteuer. (Unter Nixon und Johnson war der Spitzensteuersatz noch 70 %).

Das Gerangel der letzten Monate geht um den sogenannten „500 Mrd. Defizit Reduktionsplan“, ein nicht bindender 5-Jahresplan, der den Anstieg des Defizits eindämmen soll und der dritte seiner Art in ebensoviele Jahren ist. Die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie sind sich uneinig darüber, wie hoch sie die Lohnabhängigen und Rentner ausnehmen können. Nach langen Verhandlungen hatte sich die Demokratische Führung des Kongresses und die Bush-Regierung auf einen „Kompromiß“ geeinigt, der eine Erhöhung verschiedener Verbrauchssteuern (u.a. die Verdoppelung der Benzinsteuern) und eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge und Eigenleistungen für Rentner vorsah. „Dafür verzichtete“ Bush auf die Senkung der Kapitalertragssteuer.

Der Plan der „Großen Koalition“ fiel im Repräsentantenhaus durch, weil im November Wahlen sind. Auf Druck von Abgeordneten der Demokratischen Partei verabschiedeten die Repräsentanten eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 33 % für Einkommen über 100000 Dollar, keine Erhöhung der Benzinsteuern und eine geringere Erhöhung der Rentnerkrankenversicherung. Sicher war, daß der Senat — ein Klub von Millionären — höhere Steuern für die Reichen ablehnen würde. Der „Kompromiß“ zwischen beiden Positionen, an dem jetzt gefeilt wird, soll dann am Ende den Eindruck vermitteln, daß der „kleine Mann“ gewonnen habe.

Von der „Friedensdividende“, von der noch vor ein paar Monaten so großartig die Rede war, ist nichts mehr zu hören. Mit dem Truppenaufmarsch im Nahen Osten haben die Rüstungskapitalisten fürs Erste die Forderung nach Abbau der Militärausgaben abgewendet.

Quellen: The Nation, 17.9.90 — (ger, her)



Finanzminister Waigel hat „neue Wege“ zur Finanzierung öffentlicher Investitionen angekündigt. Er denke an Stiftungen oder Fonds, die private Anleger zur Finanzierung öffentlicher Investitionen gewinnen sollen, erklärte er. Ein erster Antrag liegt vor: US-Unternehmen wollen zwischen Dresden und Görlitz eine Autobahn bauen lassen und mit Straßengebühren privat betreiben. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU, Wissmann, unterstützt das Vorhaben. — (rül)

Hetzkampagne gegen die PDS

Staatsanwaltschaft verlangt PDS-Mitarbeiterliste

Am 17. Tag der „deutschen Einheit“ überfiel der bundesdeutsche Staatsapparat die Parteizentrale der PDS im Ostteil Berlins. Die Durchsuchung war unrechtmäßig und verfassungswidrig. Bei der schwerbewaffneten Polizei muß man vermuten, daß es Leute im Staatsapparat geben muß, denen an einer nächtlichen Schießerei gelegen war. Zu Recht forderte die PDS den Rücktritt von SPD-Innensenator Pätzold.

Das trotz diesen großen Skandals der Senator nicht gleich des Amtes enthoben wurde, läßt vermuten, daß er starke Rückendeckung hatte. Dieser SPD-Minister wird bestimmt noch höher kommen. Insofern sollte man kritische Worte Bonner Politiker nicht sehr ernst nehmen. Der liberale „Spiegel“, Drahtzieher der Kampagne gegen die DKP, berichtete unkritisch und verbreitete die Kontonummer der PDS.

Immer deutlicher wird, daß die Herrschenden die sozialistische Opposition vernichten wollen. Der Prozeß gegen die Kurden, die Verfolgung der DKP und die zahlreichen 129a- und 90a-Verfahren lassen ein koordiniertes Vorgehen befürchten. Für jede Organisation sucht sich der Staatsapparat einen besonderen Fall aus.

Die PDS wird jetzt wegen ihres Geldes verfolgt, und in der Öffentlichkeit werden immer neue Geschichten, Lügen, Gerüchte u.ä. verbreitet, um der PDS etwas anzuhängen.

Wieder ist auffallend, daß es Monate dauern wird, die Vorwürfe zu entkräften und die Unschuld zu beweisen. Das wis-

sen die staatlichen Institutionen.

Die Presse berichtet, daß die ermittelnde Staatsanwaltschaft jetzt eine komplette Mitarbeiterliste der PDS verlangt. Dieses Ansinnen ist dreist und hinterhältig. Die Staatsanwaltschaft will den Vorstand zwingen, die Ermittlungen zu behindern oder eine einwandfreie, niemals anzweifelbare Spitzelliste zu erstellen. Der Staatsapparat will, daß sich die PDS nicht mehr zum politischen Widerstand rechnet.

Ein solches Verfahren würde dem Staatsapparat auch die Möglichkeit eröffnen, Ermittlungen gegen sogenannte „Stasi- oder SED-Seilschaften“ in der PDS zu organisieren, Politische Konstruktionen, die auch bei den Kurden und der DKP angewandt werden („... Vereinigung in ...“). Gleichzeitig wird nicht der PDS, sondern der gesamten Öffentlichkeit mitgeteilt, daß geprüft wird, ob man in Zukunft die PDS als verfassungsfeindliche Organisation einordnet und öffentlich bespitzeln und verfolgen kann.

Die PDS kritisiert in einem Kommentar im „Neuen Deutschland“ (Ausgabe vom 23. Oktober) die Rolle der SPD: „Das einzige, was bis dato Momper zu stören scheint, ist die Tatsache, daß die PDS das Geld nicht ‚dem Volke‘ zurückgegeben hat, als hätte sie das nicht bereits unaufgefordert getan, sondern ‚irgendwelchen Russen‘ (!). Wie sagte doch einer der Beamten: ‚50 Jahre Zurückhaltung sind vorbei. Wir schreiben 1990. 50 Jahre zurück wäre 1940 ...“

— (jöd)

Proteste gegen öffentliches Gelöbnis



Unter der Aufsicht von Bundesverteidigungsminister Stoltenberg fand am 19. Oktober die erste Vereidigung von Bundeswehrsoldaten auf dem Boden der früheren DDR statt. Über 200 Gegendemonstranten forderten die Überführung der Kaserne in kommunale Nutzung und schlossen sich damit dem Kreistag und den Fraktionsbeschlüssen des Stadtrats an. — (uld)

Grüne Kritik an staatlicher Kirchenförderung

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat in einer Anfrage (Drucksache 11/8102 vom 9. 10. 90) die staatliche Kirchenförderung kritisiert. Sie kritisieren die Kirchensteuer, die mit der Trennung von Staat und Kirche nicht vereinbar sei, die Militärseelsorge und den kirchlichen Einfluß in Kindergärten und fragen nach dem Umfang des Kirchenbesitzes in der BRD. Einige Ergebnisse der Anfrage: 51,6 Mio. DM erhalten die Kirchen jährlich für Militärseelsorge, 13,6 Mrd. DM kassierten sie 1989 aus Kirchensteuern, 58,4 % aller Kindergärten, genau: 14294 von 24476, waren 1986 in kirchlicher Trägerschaft. — (rül)

Sudetendeutsche drohen der Tschechoslowakei

Die revanchistische „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ droht der CSFR. In einem Schreiben ihres Vorsitzenden Franz Neubauer (CSU) behauptet der Revanchistenverband, die „Frage des (nach 1945 wegen NS-Kriegsverbrechen oder als Reparation, d. Red.) beschlagnahmten Eigentums“ von Deutschen in der CSFR sei „nach wie vor of-

fen und ungelöst“. Eine Prager Zeitung, zu deren Herausgebern die Regierung gehört, hatte demgegenüber richtig festgestellt, daß die Reparationskommission der Alliierten 1945 in Paris dieses Eigentum völkerrechtlich eindeutig und endgültig der Tschechoslowakei zugesprochen habe. Sollte die CSFR diesen Standpunkt beibehalten, „würde dies den Zusammenbruch aller Bemühungen um Ausgleich und Versöhnung bedeuten“, drohte Neubauer. — (rül)

IG Farben: statt Liquidation auf Expansionskurs

Die auch nach 45 Jahren nicht aufgelöste „IG Farben AG in Liquidation“ erhebt Anspruch auf die Chemiekombinate Buna und Leuna. Rechtzeitig vor dem 10. Oktober hat die Gesellschaft ihre Ansprüche beim zuständigen Landratsamt Merseburg angemeldet. Das Chemiemonopol IG Farben ist zwar von der Antihitlerkoalition wegen Kriegstreiberei und der Ermordung von Zwangsarbeitern in die Chemiekonzerne BASF, Bayer und Hoechst aufgelöst worden, für die Restabwicklung ist aber die Liquidationsgesellschaft gegründet worden. Am 21. Oktober erklärte der Vorsitzende Dr. Bartel, die IG Farben seien

nicht an den Betrieben, sondern an Entschädigung interessiert — beide Betriebe zusammen besitzen ca. 150000 qm Boden. Entschädigung der Tausende von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen, die für die IG Farben arbeiten mußten, lehnte er rundweg ab. — (uld)

Roter Tisch: Ergebnisse der dritten Tagung in Leverkusen, 20./21.10.

Anwesend waren Arbeiterbund, BWK, DKP, FDJ, KPD, KPD/ML, Volksfront. VSP und PDS fehlten entschuldigt. Die Konferenz beschloß ein Solidaritätstelegramm an die PDS, unterstützte den „Anachronistischen Zug 1990“, beschloß eine Übersicht über die reaktionären Pläne zur Verfassungsreform und regte an, in der „Beilage“ die Diskussion über „Sozialismus/Verfassung“ fortzuführen. Thema der nächsten Konferenz am 12./13. 1. 91 wird der „Antifaschistische Widerstand gegen Rassismus und Großdeutschland“ sein. Dazu sollen u.a. Vertreter antifaschistischer Organisationen eingeladen werden. Zusätzlich zu den Arbeiten an der „Sozialcharta“ soll eine Arbeitsgruppe eine Übersicht über Positionen der Organisationen zur Verfassungsdiskussion erstellen. — (jöd, rül)

Arbeitsgruppe „Sozialcharta“ des „Roten Tisches“

An einem neuerlichen Treffen der Arbeitsgruppe „Sozialcharta“ am 12. 10. 1990 in Leverkusen nahmen Mitglieder aus BWK, DKP, PDS sowie der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie teil. Aus der Arbeitsgemeinschaft Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe wurde schriftlich Interesse an Mitarbeit angemeldet. Die Arbeitsgruppe erörtert, welche sozialen Folgen die Annexion der DDR durch die BRD nach sich zieht und welche grundlegenden sozialen Ansprüche und Rechte („Sozialcharta“) im Zuge der aktuellen Verfassungsdiskussion demgegenüber geltend gemacht werden sollen. Als nächster Schritt der Arbeitsgruppe ist die Herausgabe einer Broschüre „Soziale Folgen des Anschlusses und Widerstandspositionen“ zu einem Termin um die Bundestagswahl im Dezember 1990 geplant. Das nächste Treffen der Arbeitsgruppe, deren Erweiterung erwünscht ist, findet am 17./18. 11. 1990 in Leverkusen statt, Am Stadtpark 68. Beginn am 17. 11. um 16 Uhr. Themen sind die redaktionelle Fertigstellung der Broschüre und die Fortsetzung der Diskussion um eine Sozialcharta. — (mio, rok)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Aktuell in Bonn

BDV gegen Art. 116-Diskussion

Mit Genugtuung weist der revanchistische „Bund der Vertriebenen“ in seiner Zeitung darauf hin, daß die Bundesregierung eine Änderung des Art. 116 („deutsche Volks- und Staatszugehörigkeit“) ablehnt. SPD-Kandidat Lafontaine hatte eine Einschränkung des Asylrechts in Verbindung mit einer gleichzeitigen Änderung des Art. 116 angeregt, um so die Zuwanderung angeblich „deutscher Aussiedler“ aus Osteuropa zu beschränken. Das hatte Innenminister Schäuble abgelehnt. Auf dem völkisch-großdeutschen Artikel 116 beruht u.a. die staatliche Förderung der revanchistischen „Vertriebenenverbände“.

Weiter Geld für BDV

Der revanchistische „Bund der Vertriebenen“ erhält weiter Hilfe durch die Bundesregierung. Zufrieden berichtet der BDV in seiner Zeitung, Anträge der Grünen auf Streichung der Mittel für den BDV seien gescheitert. Gleichzeitig berichtet das Blatt („Deutscher Ostdienst“ Nr. 42 vom 19.10.) von einem Empfang des BDV-Präsidenten durch Kanzler Kohl. Dabei sicherte Kohl dem BDV zu, die Bundesregierung würde sich für „kulturelle Eigenständigkeit und entsprechende Minderheitenrechte“ von Volksdeutschen im Ausland einsetzen: „Dieser Punkt war auch ein Hauptanliegen der BdV-Repräsentanten“. Mit massiven Bundesmitteln betreibt der BDV derzeit den Aufbau von großdeutschen Propagandagruppen in den osteuropäischen Staaten.

Polen: Noch kein Grenzvertrag

Der polnische Außenminister Skubiszewski hat die Bundesregierung wegen der ausstehenden Zustimmung zu einem endgültigen Grenzvertrag kritisiert. „Der Grenzvertrag ist eine einfache Angelegenheit. Seinen Wortlaut könnten wir in zwei Tagen abstimmen und unverzüglich zur Unterzeichnung bringen.“ Die Bundesregierung verzögert die Fertigstellung des Vertrags, um von der polnischen Regierung weitere Sonderrechte der sog. „deutschen Minderheit“ in Polen zu erpressen. Das lehnt die polnische Regierung ab. Man sei bereit, sich bei der Behandlung nationaler Minderheiten an „europäischen Standards“ zu orientieren, erklärte der Außenminister. Privilegierende Sonderregelungen für die Deutschen werde es aber nicht geben.

Bundesrat: Föderale Rechte

Die Ministerpräsidenten der Länder haben auf einer Konferenz am 19.10. in Hannover beschlossen, eine Verfassungskommission einzusetzen, die Maßnahmen zur Sicherung föderaler Strukturen ausarbeiten soll. Welche genauen Aufgaben sie haben soll, ist offen. Immerhin hatten mehrere Länderregierungen, darunter Hamburg und NRW, für eine Neugliederung der Länder Propaganda gemacht, um Konzernwünschen nach größeren Ländern („Nordstaat“)

nachzukommen, und damit der reaktionären Propaganda für einen stärkeren Zentralstaat nachgegeben.

EG-Währungsunion

Die Bundesregierung will auf den EG-Konferenzen Ende Oktober und Mitte Dezember für einen Beginn der sogenannten „zweiten Phase der Währungsunion“ ab 1.1.1994 eintreten. Die Zentralbankpräsidenten lassen gerade eine Studie anfertigen, worin diese „2. Phase“ bestehen soll. „Konvergenz der Haushaltspolitik“ und „Inflationsbekämpfung“ sind die Schwerpunkte. Gemeint ist der weitere Abbau staatlicher Zahlungen an Lohnabhängige und Lohnsenkung, insbesondere in den „Defizitländern“ wie Italien, Spanien, Portugal und Griechenland, dem (Billiglohn)-„Südgürtel“ der EG.

Sozialrenten höher?

Die SPD-Fraktion hat im Bundestag einen Antrag eingereicht, bei den Rentenerhöhungen im Gebiet der DDR zum 1. Dezember auch die sogenannten „Sozialzuschläge“ um 10 % zu erhöhen (Ds. 11/8088). Kurz vor den Landtagswahlen hatte Blüm angekündigt, die DDR-Renten würden um 15 % angehoben. Da etwa ein Viertel aller Rentner in der DDR aber unter dem Minimum der „Sozialrente“ von 495 DM bezieht, führt für diese die steigende Rente lediglich zu weniger Sozialzuschlag. Die Grünen fordern, den DDR-Sozialzuschlag als „dynamisierte Mindestrente“ ebenfalls anzuheben. Der von der SPD vorgelegte Antrag zielt dagegen mit der geringeren Anhebung des Sozialzuschlags als der Rente auf einen — langsamen — Abbau des Sozialzuschlags.

Faschisten-Förderung

Kleine Parteien, die bei der letzten Bundestagswahl ohne die 5%-Klausel einen Sitz bekommen hätten und kleine Parteien in der DDR brauchen bei der kommenden Wahl keine Unterstützungsunterschriften für ihre Kandidatur. Das entschied das Bundesverfassungsgericht am 18.10. per einstweiliger Anordnung. Die Anordnung erging auf Antrag von NPD und ÖDP. Das Gericht hat so die Kandidatur und den Aufbau faschistischer Parteien im Gebiet der ehemaligen DDR direkt gefördert. (Az. 2 BvE 6/90 und 2 BvE 7/90)

Was kommt demnächst

Am 26.10. entscheidet der Bundeswahlausschuß im Reichstag in Berlin über die Zulassung von Parteien zur Wahl am 2. Dezember. Am 27./28.10. findet in Rom ein zweitägiger Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der EG zur Beschleunigung der Wirtschafts- und Währungsunion statt. Im November veranstalten die Grünen einen zusätzlichen Wahlkongreß, auf dem Grüne aller Richtungen zum Wahlkampf sprechen sollen. Am 2. Dezember sind Bundestagswahlen. Am 20.12. findet die erste Konferenz der Länder-Ministerpräsidenten nach den Wahlen statt.

Das Bürgertum wird immer gewissenloser

Bayernwahlen: Die „Insel des Wohlstands“ wird mit Chauvinismus verteidigt

Die Landtagswahlen in Bayern haben dem rechten Parteienlager mit der CSU (54,9 %), der FDP (5,2 %), der REP (4,9 %), der ÖDP (1,7 %) und der Bayernpartei (0,8 %) bei einer Wahlbeteiligung von 66 % ein Stimmenergebnis von insgesamt 67,5 % erbracht. SPD und Grüne erzielten zusammen ein Ergebnis von 32,4 %. Vor vier Jahren konnten die Rechten 63,9 % und SPD und Grüne 35 % erzielen. Die Wahlbeteiligung war damals um 4 % höher. Dies drückt eine Stabilisierung und Stärkung der konservativen, wirtschaftsliberalen und faschistischen Rechten in Bayern aus und eine Schwächung für das sozial eingestellte, antifaschistische und antiimperialistische Lager. Dieses Wahlergebnis kann auch nicht dadurch relativiert werden, weil 34 % der Wahlberechtigten — dies sind 2,91 Millionen Menschen — nicht zur Wahl gingen und darüber hinaus ca. 500.000 Menschen kein Wahlrecht in Bayern besitzen. (1) Zum Wahlboykott wurde nicht aufgerufen, und auch außerparlamentarisch gegen die CSU-Politik wirkende Gruppen aus dem antifaschistischen, autonomen und sozialistischen Spektrum konnten durch ihre Tätigkeit nicht dazu beitragen, daß die Rechten Stimmen verloren haben. Eher unwahrscheinlich ist, daß dieser Trend bei den Bundestagswahlen im Dezember geändert werden kann. Dieses bayerische Wahlergebnis hat sicher auch einige Besonderheiten, die nicht im Trend liegen und vor allem von örtlicher Bedeutung sind. Aus Münchner Sicht wäre hier z.B. zu erwähnen, daß die CSU nicht mehr — wie vor vier Jahren — alle Direktmandate der Stimmkreise einkassierte, sondern zwei an die SPD verlor.

Der SPD-Linke und lange in der Kommunalpolitik tätige Klaus Hahnzog hat gegen den ehemaligen OB Erich Kiesl (CSU) gewonnen, und im Stimmkreis München-Milbertshofen hat der bayerische Finanzminister Tandler sein Direktmandat gegen Franz Maget (SPD) verloren. (2)

Die CSU interpretiert das Wahlergebnis als Bestätigung dafür, daß die Annexion der DDR durch die Bundesrepublik bei der Bevölkerung gut angekommen sei. (3) Die CSU hat in Bayern für diesen Anschluß der DDR jahrelang gekämpft, indoktriniert und unterdrückt. Insofern hat die CSU recht mit ihrer Wahlanalyse. Die Widerstandskräfte gegen die Einverleibung der DDR und die Kolonisierung des Ostens sind in Bayern stärker denn je marginalisiert.

Hat die SPD zu dieser Entwicklung beigetragen oder sich entgegengestellt? Die SPD schreibt in ihrer Wahlplattform 1990: „Wir freuen uns über die deutsche Einheit und erstreben gleiche Lebenschancen in allen Teilen Deutschlands. Aber wir verhindern, daß wenige daraus Riesengewinne schöpfen und das übrige Volk die Zeche zahlt.“ Gegenüber dieser Politik des sozialverträglichen Anschlusses hat die CSU auf Chauvinismus gesetzt und dafür in Bayern das Bürgertum hinter sich gebracht. Chauvinistisch heißt es im CSU-Wahlprogramm: „Bayern, seine Menschen und seine Politik haben bewiesen, daß sie bereit sind, das in ihren Möglichkeiten stehende zum Neuanfang in der DDR beizutragen. Gerade weil das so ist, verwahren wir uns gegen ständig neue Forderungen und Zumutungen, die vor allem von sozialistischen Parteien aus der

DDR kommen. Wir werden es nicht zulassen, daß unsere Bürgerinnen und Bürger durch Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen belastet werden.“ Die CSU tritt mit dieser föderalistischen Politik für koloniale Beziehungen im Verhältnis der alten und neuen Bundesländer ein und ist sich gegenwärtig einer ausreichenden Anzahl von Annexionsgewinnlern sicher. Ob sich die SPD in dieser Situation nach links entwickelt, ist nicht sicher.

Die Grünen haben zusammen mit allen Antimperialisten die Erfahrung machen müssen, daß auch die Verwicklung von führenden CSU-Politikern in Waffenschmuggelgeschäften und andere Gemeinheiten gegenüber den Völkern der 3. Welt nicht dazu führen muß, daß dieser Partei mangelnde Kompetenz durch die Wahlbürger bescheinigt wird. Aus der bayerischen Rüstungsmetropole München haben die Grünen keinen einzigen Kandidaten über ihre oberbayerische Wahlkreisliste in den Landtag bringen können. Dies läßt den Schluß zu, daß der Metropolenbürger diese Politik deckt und nach dem Motto fördert: Geschäft ist Geschäft und wenn wir die Waffen nicht verkaufen, verkaufen andere Länder diese Waffen.

Hans-Günther Schramm, der in Mittelfranken wieder in den Landtag gewählt wurde, hat zu diesem Problem Stellung bezogen: „... Bayern kann keine Insel des Wohlstands bleiben, in einem steigenden Meer von Elend und Armut, das bayerische Wirtschaftsinteressen selbst mitverursacht haben. Gegen Flüchtlingsbewegungen lassen sich keine Dämme bauen, da muß den Menschen geholfen werden und der einzige Weg, Flüchtlingsbewegungen in der Zukunft zu verhindern, liegt darin, den Menschen ein Überleben in ihren Heimatländern zu ermöglichen. Den Schlüssel dazu halten die Industrieländer in der Hand.“ (4)

Die FDP ist durch ihre Wahlergebnisse in den Regierungsbezirken Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben — also in den großen bayerischen Städten — in den Landtag gewählt worden. Ursula Feist vom Sozialforschungsinstitut Bonn gibt in einem Interview mit dem Münchner Stadtanzeiger folgende Analyse: „Ihre Wähler sind nicht mehr Bauern und selbständige Handwerker, sondern Yuppies, junge Manager und Vertreter eines neuen Lebensstils. Und das findet sich vor allem in den Städten.“ Zum Abschneiden der REP antwortet sie: „Unsere Analysen zeigten schon Anfang der siebziger Jahre ein beständiges rechtsradikales Potential auf. Und mit fünf Prozent sind die Republikaner wirklich nicht mausetot.“ (5)

Quellen: (1) Staatsanzeiger 19.10.; (2) SZ, 16.10.; (3) Bayernkurier 20.10.; (4) Presse- dienst der Grünen 7/90; (5) Münchner Stadtanzeiger, 18.10. — (dlt)

Das vorläufige amtliche Endergebnis

BAYERN	Landtag 1990			Landtag 1986		Bundestag 87
	Erst- und Zweitstimmen	Prozent	Mandate	Prozent	Mandate	
Wahlbeteilig.	5 657 068	66,0	204	70,1	204	81,8
CSU	6 089 840	54,9	127	55,8	128	55,2
SPD	2 881 664	26,0	58	27,5	61	27,0
Grüne	711 798	6,4	12	7,5	15	7,7
FDP	572 335	5,2	7	3,8	—	8,1
REP	538 514	4,9	—	3,0	—	—
ÖDP	190 885	1,7	—	0,7	—	0,6
BP	93 501	0,8	—	0,6	—	0,4
ABU	4 342	0,0	—	—	—	—
BBB	1 660	0,0	—	—	—	—
LIGA	7 057	0,1	—	—	—	—

Das bayerische Wahlergebnis ist rundum eine Ermutigung für Ostkolonisatoren und andere Fanatiker des 4. Reiches. Der Widerstand dagegen muß mit eher schwachen und zersplitterten Kräften organisiert werden. Der Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen (BdV) erläuterte am 2.10. in Regensburg auf einer Veranstaltung mit dem Thema „CSU — Anwalt der Vertriebenen“ den „Blick in die Zukunft“. In Anbetracht des „Verzichts“ auf die Gebiete östlich von Oder und Neiße im Rahmen der Wiedervereinigung sollen die Vertriebenen nicht resignieren, sondern schrittweise „Europäisierung der Gebiete des Ostens“ anstreben. Dazu solle zuerst Stettin zu einem deutsch-polnischen Freihafen gemacht werden, dann sollten „die geteilten Städte an Oder und Neiße“, wie z.B. Frankfurt/Oder, stärker zusammenarbeiten. Und dann sollte als dritter Schritt eine besondere „grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit“ erfolgen.

Ein Jahr Dienstleistungsabend

Verbände, Bundeswirtschaftsminister Haussmann und die FDP: Ladenschluß muß ganz weg!

Für die Konzerne ist es eindeutig: der Dienstleistungsabend hat's gebracht. Unter Beschluß nehmen sie die Verkürzung des monatlichen langen Samstags während der Frühsommer- und Sommerzeit. Bundesminister Haussmann und FDP-Generalsekretärin Schmalz-Jacobsen unternehmen neue Vorstöße in Richtung Beseitigung des Ladenschlusses.

Nach einem Jahr Ladenschlußgesetz mit Dienstleistungsabend ziehen die Konzerne, die Einzelhandelsverbände und der Bundeswirtschaftsminister Bilanz.

Für die Konzerne und die großen Handelsfilialketten hat's der Dienstleistungsabend gebracht, während die kleineren Betriebe und Läden in ländlichen Gebieten eher einen früheren Ladenschluß am Donnerstag wollen oder gar nicht erst öffnen. „Große Warenhäuser mit günstigen City-Standorten sowie Einkaufszentren freuen sich dagegen über höhere Umsätze... Der Bundesverband der Filialbetriebe und Selbstbedienungswarenhäuser... hält den langen Kaufabend dagegen für insgesamt erfolgreich... Auch die Kaufhof AG in Köln berichtet, per Saldo habe es für ihre Häuser einen realen Umsatzzuwachs gegeben, nicht nur eine Verschiebung der Umsätze.“ (Handelsbl. 2.10.)

Die Öffnungszeiten sind nicht nur donnerstags flexibilisiert worden, oft wurde die Ladenöffnung auf 8.30 Uhr vorverlegt. „Nicht nur die Monopolkommission, sondern auch 50 % der Unternehmen hätten sich nach einer Umfra-

ge der Vereine Creditreform für die Aufhebung aller Ladenschlußbestimmungen ausgesprochen. Handlungsbedarf zeichne sich auch durch die europäische Integration und die deutsch-deutsche Vereinigung ab... Auf der Sollseite der Bilanz stehe... die unzureichende Beteiligung von Behörden, Kreditinstituten, Nahverkehrsunternehmen und Reisebüros. Auch die Verkürzung der langen Samstage in Sommermonaten sei „eher unglücklich“. Der lange Samstag sei weiterhin ein „beliebter Familientag“ (Handelsblatt, 5.10.) Den wollen alle Unternehmen „wieder haben“.

Bundesminister Haussmann will „die Reglementierung der Ladenschlußzeiten beseitigen und das Ladenschlußgesetz ganz abschaffen“. Die FDP-Generalsekretärin Schmalz-Jacobsen fordert die Beseitigung der „unzeitgemäßen Ladenschlußzeiten“. (Bad. Neueste Nachrichten, 5.10.) Weg mit dem Ladenschluß ist wieder ein Wahlkampfpunkt der FDP. Im SWF3-Radio ließ sie verkünden, daß sie einen Gesetzesvorstoß nach den Bundestagswahlen plane.

Ihre wesentlichen Argumente: der

EG-Binnenmarkt und neu die Länder der ehemaligen DDR. Hier müssen die Friese in der DDR erhalten. Diese arbeiten in der ehemaligen DDR z.Zt. noch in einem Zwei-Schicht-System bis abends 22.00 Uhr, angepaßt an die damaligen Arbeitszeiten in der DDR. Damit versuchen die FDP und nach Umfrage der Creditreform die Handelsunternehmen, längere Ladenschlußzeiten in den fünf Ländern der ehemaligen DDR zu propagieren.

Nicht einleuchtend ist die Auffassung des zweiten HBV-Vorsitzenden Dieter Steinborn, daß das „Experiment Dienstleistungsabend gescheitert“ ist. Über die Umsatzsteigerungen der Handelskonzerne ist oben berichtet worden. Spürbare Entlastungen in den Kaufhäusern oder SB-Märkten durch Neueinstellungen gibt es nicht, die Arbeitszeit der Beschäftigten ist weiter verschoben und flexibilisiert worden, der Tarifvertrag stellt dagegen keine Schranke dar. Die Auseinandersetzung: Öffnung der Banken und Reisebüros am Donnerstagabend und Samstag steht erneut ins Haus bei den Tarifverhandlungen. — (rub)

BASF übernimmt Synthesewerk

Übernahme der Altlasten nicht vorgesehen

Am 12. Oktober 1990 wurden die mehrmonatigen Verhandlungen zwischen der BASF AG und der Treuhandgesellschaft über die Übernahme des Synthesewerks Schwarzheide AG abgeschlossen. Die BASF will damit ihre weltweiten Aktivitäten im Bereich Polyurethan-Grundprodukte und PUR-Spezialitäten verstärken. Die BASF erhöht ihren Umsatz auf diesem Gebiet um ein Fünftel. Die technischen Anlagen in Schwarzheide waren von der BASF-Tochter Elastogran in Lemförde geliefert worden.

Der BASF-Vorstandsvorsitzende erklärte, die BASF beabsichtige, in den nächsten Jahren „mehrere 100 Millionen DM zur Absicherung der Produktion und der Infrastruktur (zu) investieren.“ (BASF aktuell, 12.10.90) Dies soll aber billiger sein, als eine Kapazitätserweiterung in Ludwigshafen.

Der Personalstand von derzeit 5000 werde sich in den kommenden Jahren verringern. Die Produktion von Pflanzenschutzmitteln in Schwarzheide wird eingestellt.

Diese Übernahme, laut M. Ritz vom Verband der Chemischen Industrie (VCI) ein „Einzelfall“, war von der Öffentlichkeit mit Interesse verfolgt worden, da es sich um eine grundsätzliche Entscheidung in der Frage der Altlasten

gehandelt hatte. Die westdeutsche Chemieindustrie konnte einen Erfolg verbuchen. Alle von den Altlasten ausgehenden Risiken wird die „öffentliche Hand“ tragen. Die BASF hatte ihre Expansion nach Schwarzheide von der Lösung dieses Problems, nämlich der privatrechtlichen Haftung, abhängig gemacht. Im Einigungsvertrag war bereits festgelegt, daß die Treuhandanstalt Investoren von den ökologischen Altlasten „freistellen“ kann. Die BASF braucht jetzt aber auch keine privatrechtlichen Ansprüche befürchten. Damit hat sie mehr erreicht, als im Einigungsvertrag festgelegt worden war. wo es heißt, daß die Haftung aufgrund privatrechtlicher Ansprüche von der Freistellung unberührt bleibt.

Besondere Risiken bestehen, weil kaum Unterlagen über die chemische Produktion, die in Schwarzheide seit 1945 betrieben wurde, vorliegen. (Mannheimer Morgen, 13.10.90) „Die jetzt für BASF gefundene Präzedenzlösung sei, so hieß es in den Regierungskreisen, „mit auf Betreiben des Kanzleramtes zustande gekommen“. Es soll sich eingeschaltet haben, als sich die Verhandlungen zwischen der BASF-Geschäftsführung und der Treuhandanstalt immer länger hinzogen. — (ede AGCh)

Ich komme aus einem Land, dessen Bevölkerung so gespalten ist untereinander, daß nationale Unglücke nur das Mitgefühl der Leute derselben Gruppe erwecken. Wenn zum Beispiel 50 Weiße in einem Unfall sterben, verspüren auch nur Mitglieder dieser Gemeinschaft den Kummer und die Schwarzen leben weiter als sei nichts geschehen.

Gleichwohl sind dies Leute, die, ob sie es mögen oder nicht, ein gemeinsames Schicksal und gemeinsame Ziele teilen müssen. Dank der Anstrengungen unserer Befreiungsorganisationen und der internationalen Gemeinschaft beginnt sich ein fernes Licht in dem Tunnel der Verzweiflung und Zerstörung zu zeigen. Schließlich werden wir unser gemeinsames Schicksal erkennen.

Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes scheinen sich die Dinge zu bewegen. Obgleich Geschwindigkeit schnell erscheint, ist die Verpflichtung für die Regierung unglücklicherweise nicht stark genug.

Ich wurde gebeten, einen Überblick über die Änderungen, die stattgefunden haben, zu geben. Hat es wirklich unumkehrbare Veränderungen gegeben?

Als professioneller Journalist möchte ich mehr über die praktischen Entwicklungen und wie sie sich in die politische Umgebung einordnen berichten. Die Schlußfolgerung und das Aktionsprogramm, das aus diesem Treffen hervorgehen soll, wird von unseren politischen Organisationen propagiert werden, weil sie es sind, die von unserer Gemeinschaft beauftragt wurden, über die Art der nötigen Unterstützung zu entscheiden.

Am 2. Februar dieses Jahres liberalisierte Präsident F. W. de Klerk das politische Leben, indem er den Bann gegen den African National Congress, den Pan African Congress und die Südafrikanische Kommunistische Partei aufhob. Seitdem ist das politische Leben offener, und Protest gegen Unterdrückung ist nun erlaubt. Eine Aufschiebung der Hinrichtungen derjenigen, die wegen politischer Tätigkeit verurteilt wurden, ist angeordnet. Die Regierung versucht im großen und ganzen, die Bedingungen der Harare Deklaration zu erfüllen.

Während dies für die Beobachter aus Übersee Änderungen anzeigt, muß hier und jetzt festgestellt werden, daß das Szenario genau auf die Zeit vor 1960 zurückgestellt worden ist. Unterdrückung, wie sie den schwarzen Südafrikanern lange bekannt ist, ist lebendig und trifft.

Auf der anderen Seite würde es bedeuten, die Zähne von Präsident de Klerk zu treffen, wenn man behauptet, daß die Veränderungen im Land kosmetisch oder unbedeutend seien. Obwohl jedoch weitreichend auf der Ebene der Wahrnehmung und der politischen Aktivitäten, haben sie leider das Leben der schwarzen Südafrikaner in praktischer Hinsicht nicht erreicht.

Was statt dessen zunehmend herauskommt, ist, daß die Regierung, obwohl sie von Wende spricht, sicherstellen will, das sie diese Wende kontrolliert und durchführt. Während sie anerkennt, daß die Wende unvermeidlich ist, will sie sicherstellen, daß Weiße nicht von der Position der Privilegien und Macht vertrieben werden, die sie so lange Zeit genossen haben:

➤ Erstens, die Regierung und die meisten Weißen wollen „Eine Person, eine Stimme“ nicht so, wie dies vom Rest der Welt verstanden wird. Präsident de Klerk hat dies bei vielen Gelegenheiten klar gemacht. Er will eine Formel, die die Kräfte kontrolliert und zähmt. Er ist nicht darauf vorbereitet, die normalen Kontroll- und Ausgleichsverfahren zu haben, die jedes Parlament hat, er spricht von einem, das insbesondere die weißen Leute schützen soll. Wird dies nicht der Schutz von Leuten sein, weil sie weiß sind und so eine Fortsetzung der Apartheid? Außerdem will die Regierung den Druck verringern wissen, der auf sie durch die Befreiungsorganisationen und die internationale Gemeinschaft ausgeübt wird, so daß Südafrika seine Zukunft allein gestalten kann — mit de Klerk als Führer.

➤ Zweitens, wie sich aus dem vorhergehenden ergibt, wünscht die Regierung, Schwarze und ihre Organisationen in diese Strukturen zu kooptieren. Weil dies über Jahre nicht gelang, versucht sie nun, schwarze Organisationen in eine halb-verwandelte Demokratie aufzusaugen, die mittel- bis langfristig die Fortexistenz der privilegierten weißen Klasse sicherstellt. Eine kleine und unbedeutende Gruppe von schwarzen Bourgeoisie-Liberalen und politischen Führern wird aufgesaugt, um das Element des Schwarzen zu präsentieren in

De Klerk hat das Gesicht der Politik geändert, aber nicht die Politik selbst

Ein Bericht aus Südafrika über die Reformen der Rassistenregierung und wie sie wirken

Die südafrikanische Regierung versucht, den Eindruck zu erwecken, als betreibe sie die tatsächliche Ausrottung der Apartheid und als erfülle sie weitgehend die international erhobenen Forderungen. Vor einem Jahr hatte die UN-Vollversammlung in einem einmütigen Entschluß, d. h. mit der Unterstützung der Befreiungsorganisationen und den Stimmen der westlichen Länder, der USA, Großbritanniens und der BRD einen Entschluß gefaßt, in dem fünf Mindestbedingungen aufgeführt sind, die in Südafrika erfüllt sein müssen, damit die Sanktionen fallen können und ein Klima für Verhandlungen im Land geschaffen ist. Diese

dieser einzigartigen, aber häufigen Art von Anspruch auf Gleichheit und Nicht-Rassismus.

➤ Drittens, und am wichtigsten ist, daß die Regierung nur die gesetzliche Apartheid abschaffen will. Die Wiederherstellung der Gesellschaft gehört nicht zu ihren Vorhaben. Was nun entstehen muß, ist die wirtschaftliche Apartheid, in der Macht und Privilegien bei den Besitzenden liegen. Man braucht nicht raten, wer denn die Besitzenden sein werden.

➤ Viertens: Viel Wert wird auf das Wort „Vertrauen“ gelegt. Worauf dies letzten Endes hinausläuft, ist: Weil Präsident de Klerk seine ehrlichen Absichten demonstriert hat, indem er das Gesicht der Politik änderte, ist dies der Beweis dafür, daß er nun an die Wende gebunden ist, denn kein anderer weißer

kürzlich anmerkte: „Sind die Weißen Südafrikas bereit, ihre Privilegien und ihre Macht wegzuwählen?“

In Anbetracht der obigen Analyse ist es notwendig, einen kurzen Blick auf die Apartheid zu werfen und darauf, wie sie sich im schwarzen Leben manifestiert. Lassen Sie uns die Zersplitterung der Gesellschaft ignorieren, aber auf das Leben sehen, wie es Tag für Tag geführt wird. Dafür habe ich einen Blick auf die Einkommen gewählt.

Nach dem SA Institute of Race Relations war die Verteilung des Gesamteinkommens im Jahr 1987 wie folgt: Weiße verdienten 67 Prozent, Afrikaner 27 Prozent, Farbige 7,5 Prozent und Inder 3,5 Prozent der Gesamtsumme. Man muß erkennen, daß „27 Prozent für die Schwarzen“ 27 Prozent für vier Fünftel

rückverteilung an Schwarze geben. Alles, was er meinte, war, daß Land an jeden verkauft würde, der es kaufen wolle, das reicht für ein paar Hektar, die uns dann und wann vor die Füße geworfen werden. Was er tatsächlich sagt, ist, daß der Status quo bleibt, wie er war, denn nur sehr wenige Schwarze sind in der Lage, Land zu kaufen. Apartheid hat dafür gesorgt.

Außerdem: ist die Landfrage nicht die wichtigste im ganzen Befreiungskampf?

Nun zu einem anderen Beispiel: Vor einigen Monaten hat die Regierung die Apartheid in den Krankenhäusern aufgehoben. Dann erklärte einige Tage später der Gesundheitsminister, daß nicht genug Geld vorhanden sei, um die Krankenhäuser in vollständig nicht-rassistische Institutionen zu verwandeln. Letzte Woche erklärte Dr. Venter, eine neue Gesundheitspolitik würde Teil einer neuen Ordnung sein.

In anderen Worten: Apartheid in Krankenhäusern besteht fort. Wir haben regelmäßig Berichte von Krankenhäusern, die sich weigern, schwarze Patienten aufzunehmen.

Was in Südafrika passiert, ist wie ein Kartenspiel, bei dem der Geber zuerst sich selbst alle Asse gibt und dann den Rest der Karten an alle, einschließlich sich selbst, verteilt. Er entschuldigt sich dann, aber erwartet trotzdem, daß das Spiel weitergeht mit den ausgeteilten Karten. Kein neues Mischen, nichts dergleichen.

Lassen Sie mich fortfahren. Vor zwei Monaten kündigte die Regierung an, daß sie eine neue Ausbildungsordnung herausbringe. Wir stöhnten, als die Ankündigung kam. Selbst de Klerks größter Anhänger, die progressive weiße Gemeinschaft, war enttäuscht. Denn die Regierung teilte mit, daß die Eltern der Öffnung von Schulen für andere Rassen zustimmen müssen. Sie erklärte, daß schließlich 72 Prozent der Eltern zustimmen müssen (so daß selbst bei einer Beteiligung von etwas über 50 Prozent noch die Mehrheit aller Eltern gesichert bleibt, die Red.)

Die Regierung hat den Ball raffiniert an die weißen Eltern weitergegeben, so daß sie ihre Unschuld vorführen kann, wenn diese Eltern mit dem Daumen nach unten zeigen. Auf der anderen Seite versicherte die Regierung den Schulen, deren Eltern das Wagnis auf sich nehmen, daß die Schülerschaft zu mehr als 80 Prozent weiß sein wird. Zusätzlich erläuterte die Ankündigung, daß die Abstammung keine automatische Zuteilung von schwarzen Schülern zur Folge haben werde, ich zitiere: „andere Faktoren müssen ebenso berücksichtigt werden“. Um diesen Punkt zusammenzufassen: „Die Abstimmung wird durch weiße Gefühle und Ängste entschieden und nicht durch den gesunden Menschenverstand.“

Warum muß eine Regierung, die seit 1949 über die Belegung von Schulen entschieden hat, nun plötzlich all diese Verantwortung den Eltern übergeben? Als sie die Apartheid errichtete, bedrohte die Regierung jede Schule, die die Apartheid verweigerte, mit Schließung. Warum erklärt sie heute nicht alle Schulen offen für alle Rassen und bedroht die Schulen, die Widerstand leisten, mit der Schließung?

Herr Präsident, in dieser Woche ist das Gesetz über die „Getrennten Annehmlichkeiten“ aufgehoben worden. Es ist zu früh, um Schlüsse zu ziehen, aber die Regierung hat ein Schlupfloch gelassen. Sie hob hervor, daß lokale Behörden die Macht haben sollen, „unwillkommene Personen“ rauszuschmeißen. Von schwarz war keine Rede. Was jedoch soll eine rechtsgerichtete, lokale Behörde stoppen, die jede schwarze Person zur unerwünschten erklärt, in dem sie behauptet, die Person sei betrunken

gewesen oder irgendeine andere Entschuldigung erfindet?

Ebenso müssen wir verfolgen, wieviele der weißen Stadträte, die die Öffnung der Einrichtungen für Schwarze verweigern, angeklagt werden. Inzwischen haben Stadträte, die von der Konservativen Partei kontrolliert werden, so weit wie möglich entweder die Schwimmbäder geschlossen oder ihre Einrichtungen für Leute in einem spezifischen geographischen Bereich reserviert. Diese Gebiete sind weiß. Büchereien verlangen auf einmal Beiträge von Leuten, die aus einem anderen Gebiet kommen. Werden die Schwarzen nicht auf diese Art ferngehalten, denn in den schwarzen Gegenden gibt es keine Büchereien?

Allerdings ist es immer noch früh am Tag und weitere Beobachtung ist notwendig.

Als Abschluß möchte ich einige Bemerkungen machen zu Verhandlungen, ich glaube jedoch, daß die daran beteiligte Organisation, der ANC, am besten Einblick geben kann. Wie auch immer, der Eindruck, den ich habe, ist, daß die Verhandlungen versuchen, einige der fünf Punkte, auf die ich am Anfang meiner Rede Bezug genommen habe, zu erreichen. Die Regierung will die schwarzen Massen entwaffnen. Auf der anderen Seite glaube ich fest, daß Verhandlungen Teil jedes Konflikts sind und befördert werden müssen. Die Sorge jetzt und hier ist, daß sie mehr zum Vorteil von de Klerk zu sein scheinen als für alle anderen beteiligten Parteien.

Als Ergebnis hat in der letzten Woche die Azanian Peoples Organization (Azapo) eine Einladung der Regierung zur Teilnahme zurückgewiesen. Der PAC will nächsten Monat auf dem Kongreß seiner Organisation entscheiden. Jedoch, allein ein Blick auf das, was bis jetzt passiert ist, ist weit davon entfernt, irgendjemanden zur Teilnahme zu ermutigen.

Dies sind nicht die Art Verhandlungen, die die schwarze Gemeinschaft will. Dies ist vielleicht der Grund, warum in der letzten Woche die Regierung und der ANC sich gegenseitig an die Kehle gingen. Zusätzlich, wenn man das Tempo der Verhandlungen sieht, erhalte ich den Eindruck, daß die schwarze Gemeinschaft gedrängt wird, und die Frage ist: Warum?

Damit die Verhandlungen fortschreiten können, müssen die beteiligten Parteien eine gemeinsame Vorstellung teilen und ein gemeinsames Ziel haben. Im Augenblick bereitet die Regierung sich darauf vor, über die Abschaffung der Apartheid zu verhandeln, während Schwarze eine neue Verfassung verhandeln wollen. Wenn Verhandlungen eine Bedeutung haben sollen, muß die Abschaffung der Apartheid vorher erledigt sein. Wenn wir dann am Verhandlungstisch sitzen, wird es um Diskussion der Zukunft des Landes gehen.

Dies bedeutet, wir müssen zuerst die ehrliche und vollständige Beseitigung der Gesetze über die Bevölkerungsregistrierung, der Homeland- und des Dreikammer-Gesetzes, des Gesetzes über die Bantu-Erziehung, die Landgesetze, das Gesetz über die getrennten Wohngebiete und alle andere rassistische Gesetzgebung erreichen.

Eine Person, eine Stimme und die Verteilung des Reichtums, nicht notwendig seine Nationalisierung, müssen als gemeinsames Ziel akzeptiert sein. Wir müssen dann festlegen, wie dieses Ziel erreicht werden wird, indem wir eine verfassungsgebende Versammlung wählen, die alle politischen Tendenzen repräsentiert, die das künftige Südafrika bilden werden.

Herr Präsident, ich danke Ihnen allen dafür, daß Sie mich zu diesem Hearing eingeladen haben und ich hoffe, mein Beitrag will diese Versammlung befähigen, um die Art von Entscheidung zu treffen, daß den Wiederaufbau unseres Landes und ein für alle Mal die Zerstörung der Apartheid befördern wird, denn das, wonach sich jeder und jede schwarze Südafrikaner und Südafrikaner sehnt. Wir wollen ein Südafrika, in dem die Farbe der Haut eines Menschen so unwichtig ist wie der Schnitt seiner Nase und in dem die Ressourcen des Landes für das Wohlergehen aller genutzt werden sollen.

Dies kann nicht erreicht werden, wenn der Druck auf das südafrikanische Regime, der schließlich doch ganz nützlich gewirkt hat, nicht fortgeführt wird. Es wäre tragisch, wenn sich die internationale Gemeinschaft von de Klerks Maske täuschen ließe.

Thami Mazwai, Genf, den 18.10.90



Noch ist die Apartheid nicht ausgerottet: Viele Arbeiter müssen sich als Wanderarbeiter, getrennt von ihren Familien, verkaufen. Ihre Rechtlosigkeit dauert an.

Herrscher hat sich je getraut, die Änderungen durchzuführen, die er ausgeführt hat. Deshalb müsse ihm vertraut werden.

➤ Fünftens: Die Regierung wird zunehmend gewahr, daß einige der Versprechen, die sie gemacht hat, nicht im Gleichschritt mit den weißen Gefühlen sind. Um die überquellenden Gezeiten von Widerstand und Unsicherheit in den weißen Gemeinschaften einzudämmen, versichern de Klerk und seine Regierung ihrer Wählerschaft, daß sie nicht verraten würde. Es wurden zwei, sogar drei Bedeutungen für die Änderungen, die die Regierung einführt, angeboten.

Außerdem: wenn ihre Versicherungen dem Minimum der schwarzen Erwartungen — eine Person, eine Stimme — widerstreben, ist die Zeit gekommen, um zu fragen: wer wird der Angeführte sein?

Der andere Gesichtspunkt, der hier angemerkt werden muß, ist: Selbst wenn die Regierung es ehrlich meint, wird sie in der Lage sein, die weiße Gemeinschaft mitzuziehen, wenn eine Regelung, die unsere Organisationen akzeptieren können, erreicht wird?

Oder, wie ein Kommentator im Land

der Bevölkerung bedeutet. Das Jahres-Pro-Kopf-Einkommen lag im selben Jahr bei 14800 R für Weiße, bei 1246 R für Afrikaner, bei 4560 für Asiaten und bei 3000 R für Farbige. Dies ist das wahre Gesicht der Apartheid.

Selbst wenn die Regierung die Apartheid beseitigt, werden sich diese Ungleichheiten über Jahrzehnte oder selbst für Jahrhunderte wiederherstellen. Angesichts dessen müssen die Änderungen, die angestrebt und ermutigt werden sollten, nicht nur mit der Ausrottung von Apartheid enden, sondern auch solche tiefverwurzelten Ungleichheiten austilgen.

Auch in Anbetracht der Entwicklungen dieses Jahres steht die Ausrottung noch am Anfang.

Vor zwei Wochen hat Dr. Gerrit Viljoen, der Minister der Regierung für die Kommunikation mit schwarzen Organisationen, angekündigt, daß die Landgesetze von 1913 und 1936 aufgehoben werden sollen. Diese Gesetze teilten 13 Prozent des Landes der Mehrheit zu, und die Minderheit genoß den Rest.

Zu dem Aufschrei, der insbesondere aus der weißen Farmgemeinschaft folgte, erklärte er, es würde keine Land-

Internationale Umschau



Bis zu 5000 Bewohner des Armenviertels Kamagasaki der westjapanischen Stadt Osaka beteiligten sich Anfang Oktober an militanten Protesten gegen die Polizei. Die in dem trostlosen Viertel zusammengepferchten und von der Polizei regelmäßig schikanierten Tagelöhner belagerten die Polizeiwachen (Bild), Bahnhöfe und Autos wurden angezündet und Läden geplündert. Die Polizei verletzte bei ihren Einsätzen mehr als hundert Personen und nahm 52 fest. Auslösender Funke des Aufstandes war ein der Korruption überführter Polizist, der umgerechnet 32000 DM von der japanischen Mafia kassiert und diese als Gegenleistung vor Razzien gewarnt hatte. Die 50000 Tagelöhner des Ghettos, von den Gangstern ausgebeutet und der Polizei erniedrigt, forderten vor den Revieren eine Entschuldigung der Polizei. Als ihnen diese verweigert wurde, riß ihr Geduldsfaden. — (uga)

Peru: Neues
Armee-Massaker entdeckt

In der Nähe von Ayacucho sind Opfer eines neuen Armee-Massakers entdeckt worden. In einem Massengrab wurden 18 Leichen entdeckt, alle durch Kopfschüsse aus nächster Nähe getötet. Wenige Tage vorher hatte die Armee in der Nähe 20 Personen festgenommen, die seitdem spurlos verschwunden sind. Selbst die Regierung räumt ein, daß die nun gefundenen Leichen vermutlich von der Armee ermordet wurden. Der Widerstand gegen diesen Terror wächst auch in den Städten und hat längst die Hauptstadt Lima erreicht. Am letzten Wochenende wurde der Oberkommandierende der Militärregion Nordost von Attentätern lebensgefährlich verletzt, als er von einem Hotel zu einer Kaserne fuhr. In der BRD-Botschaft in Lima explodierte eine Bombe. — (rül)

Sahara: Marokko
lehnt Rückzug ab

Die Regierung Marokkos lehnt es ab, ihre Truppen aus den besetzten Gebieten der Westsahara abzuziehen. Seit 1976 hält Marokko das Gebiet gegen den Widerstand des saharischen Volkes und der Befreiungsfront FPolisario besetzt, insbesondere wegen großer Phosphatreserven. 1988 hatte Marokko der FPolisario ein Referendum über die Unabhängigkeit zugestanden, das 1990 stattfinden sollte. Jetzt hat Marokko erklärt, daß es nicht bereit ist, seine Truppen und Polizeikräfte vor dem Referendum in Kasernen zurückzuziehen, geschweige denn abzuziehen. — (rül)

Südafrika: 1500 Farmer
streiken seit August

Am 8. August begannen 1500 Farmer auf der Zebedelia Citrus Estate in Nordtransvaal mit ihrem Streik. Die Farm ist größte Obstfarm in Afrika und exportiert ihre Früchte vor allem nach Europa unter dem bekannten Markennamen „Outspan“. Besitzer der Zebedelia Pty. Ltd. ist der staatliche South African Development Trust, zu dessen Treuhändern u. a. Staatspräsident de Klerk persönlich gehört. Die Arbeiter fordern eine sofortige Lohnerhöhung um 60 % — ihre Monatslöhne liegen bei 120 Rand —, einen Mindestlohn von 500 Rand, den Abschluß der Verhandlungen über Arbeitsbedingungen, die seit einem Jahr laufen, und den Beginn von Verhandlungen über erträgliche Lebensbedingungen auf der Farm. Am 8. und 9. Oktober hat die Farmaufsicht 200 Familien rausgeschmissen und aus ihren Wohnungen verjagt, die National Union of Farmworkers, die den Streik organisiert, rechnet mit weiteren derartigen Angriffen. Die Geschäftsleitung hat bereits mehrfach versucht, Wanderarbeiter als Streikbrecher einzusetzen. Sie verweigert die Anerkennung der Gewerkschaft und damit jegliche Verhandlungen. Damit beruft sich die Geschäftsleitung auf die rassistischen Arbeitsgesetze, nach denen Farmerarbeiter völlig rechtlos sind. Protestschreiben an F.W. de Klerk, Private Bag 1000, Union Buildings, Pretoria, RSA, sind erwünscht. — (uld)

PCI: Streit um Namen,
Symbol und Parteikonzept

Nach elf Monaten heftiger innerparteilicher Auseinandersetzung um die weitere Entwicklung der PCI hat der Generalsekretär Occhetto den Vorschlag für einen neuen Namen und ein neues Parteisymbol veröffentlicht, über den der nächste Parteitag abstimmen soll. Als Namen schlägt er Demokratische Partei der Linken vor, Partito Democratico della Sinistra (PDS); als Symbol eine grüne Eiche vor weißem Hintergrund mit rotem Schriftzug, den Farben der italienischen Fahne. Am Fuß der Eiche ist klein das bisherige Parteisymbol (rote Fahne mit Hammer, Sichel und Stern vor der italienischen Flagge sowie der Schriftzug „P.C.I.“) eingesetzt. Die Aufnahme des bisherigen Symbols im Miniaturformat ist absehbar vorübergehend und soll vor allem linke Parteiabspaltungen unter dem bisherigen Namen und Symbol erschweren. Occhetos Vorschlag für den Namen und das Symbol mit dem nicht zuletzt stark ökologischen Einschlag verdeutlicht den Plan: Eine „neue Partei der Linken“ (Occhetto) soll alle zusammenführen, vom linken Katholizismus über die Sozialdemokratie, den Ökologismus und den Feminismus bis zur PCI. An Kräfte links von der PCI richtet er sich nicht. Tatsächliche Anhaltspunkte, daß sich eine solche neue Sammelpartei unterschiedlicher ideologischer und politischer Strömungen bildet, gibt es aus den letzten elf Monaten nicht. Im Gegenteil, andere Parteien wie die Sozialistische Partei (PSI) versuchen, die eigene Organisation über die Schwächung der PCI auszudehnen. — Die Opposition in der PCI, auf dem letzten Parteitag etwa ein Drittel der Delegierten, lehnt die Vorschläge für Namen und Symbol ab. Sie kritisiert, daß in der Begründung des neuen Parteikonzepts Kritik am Kapitalismus nicht mehr vorkommt und alle Elemente von Marxismus liquidiert sind. — (rok)



Über 10000 Leute protestierten am 20. Oktober erneut in London gegen die Einführung der Kopfsteuer in den Gemeinden in einer landesweiten Demonstration. Als nach dem Ende der Demonstration etwa 2000 Leute weiterzogen zu einer genehmigten Kundgebung vor dem Gefängnis in Brixton, in dem 300 Teilnehmer der letzten landesweiten Demonstration im März dieses Jahres inhaftiert sind, nahm die Polizei wiederum Demonstranten — insgesamt 91 — fest. Sie hatte nicht mit so vielen Teilnehmern der Gefängnis Kundgebung gerechnet. Viele Gemeinden sind durch die Finanzreform der Thatcher-Regierung an den Rand des Ruins geraten und müssen z.B. fast alle Sozialeinrichtungen, Versorgungseinrichtungen für Behinderte, öffentliche Büchereien etc. schließen. — (uld)

US-Tarifabschluß bei der
Autoindustrie: Kleine Brötchen

Mit der Unterzeichnung des neuen 3-Jahresvertrags am 19. Oktober 1990 für 300000 General-Motors-Arbeiter sind die Tarifverhandlungen für die US-Autoindustrie unter Dach und Fach. Im ersten Jahr des neuen Tarifvertrages werden die Löhne bei steigender Inflation um miese 3 % erhöht. In den beiden folgenden Jahren werden die 3 % als Einmalzahlungen behandelt und halten so die Lohnbasis für die nächsten Tarifverhandlungen niedrig. In der Frage der Arbeitsplatzsicherheit, von der Gewerkschaftsführung als zentraler Verhandlungspunkt herausgestellt, wurden keine Fortschritte erzielt. Trotz Zurückhaltung im Lohn bei den letzten Verhandlungen hat der General-Motors-Konzern etwa 50000 Arbeiter in den letzten drei Jahren entlassen. Innerhalb der nächsten zehn Jahre ist es GMs erklärtes Ziel, 100000 Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Die Gewerkschaft setzt dem nichts entgegen, wie Forderungen gegen Überstunden, nach mehr Urlaub usw. Vor allem wurde kein wirksamer Schutz gegen Produktionsauslagerung oder das Engagieren von Fremdfirmen erwirkt, deren Arbeiter meist nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Für's Stillhalten gab's aber ein Zuckerbrot: bei mehr als 36 Wochen Kurzarbeit wegen Fabrikschließung oder Stagnation im Autverkauf wird eine Abfindung gezahlt, die drei Jahreslöhnen entspricht. Bei Ford ist den Arbeitern der gleiche Vertrag zur Annahme empfohlen. Der Chrysler-Konzern wird versuchen, auf Grund seiner „angespannten Marktlage“ noch billiger davonzukommen. — (her)

Norwegen: Anschluß
an das EWS-Währungssystem

Wenige Wochen vor den für Oktober und Dezember vereinbarten Gipfelkonferenzen der EG, auf denen über eine weitere Beschleunigung der Wirtschafts- und Währungsunion beraten werden soll, ist der Währungsverbund EWS erneut erweitert worden. Wenige Tage nach dem britischen Beitritt zum EWS gab die norwegische Regierung bekannt, daß sie die Währung des Landes, die Krone, künftig an den ECU binden werde. Bei Abweichungen des Devisenkurses der Krone um mehr als 2,25 % werde die Regierung bzw. Zentralbank intervenieren. „Es ist für uns sehr wichtig, die Abhängigkeit der norwegischen Wirtschaft und des Landes vom Ölpreis zu verringern“, begründete Finanzminister Skauge den Schritt. Norwegen sei nun weniger von Dollar und Yen, dafür aber mehr von der D-Mark abhängig. Als „Ölwährung“ war die norwegische Krone bei Ölpreissteigerungen stets im Kurs gestiegen, was die Exporterträge der norwegischen Konzerne gedrückt hatte. Das will die Regierung bekämpfen. Für die EG-Monopole ist damit auch der norwegische Markt gegen „Kursverluste“ im Im- und Export weitgehend gesichert. Die EG-Kommission begrüßte dementsprechend den norwegischen Schritt als Ausdehnung der „Stabilitätszone“ EWS nach Norden. Nun müßten auch Schweden und Finnland dem EWS beitreten, forderte der dänische Wirtschaftsminister. Quelle: FAZ, Handelsblatt, 22. 10. 90 — (rül)



Rassistische Reaktionen

Kanada: Kampf der Mohawk findet nicht nur Unterstützung

Die Zukunft des Verhältnisses zwischen den Ersten Nationen und dem v. a. europäisch besiedelten Kanada ist offen. Seit der Auseinandersetzung um den Golfplatz in Oka, Provinz Québec, und der damit verbundenen wochenlangen Besetzung der Mercier-Brücke bei Montréal ist klar, daß die Regierung Mulroney die Interessen der Ersten Nationen nicht mehr ignorieren kann. Klar ist aber auch geworden, daß die Aktionen der Mohawk unterschiedliche Reaktionen im eurokanadischen Lager bewirkt haben — es gibt gewaltsame Gegenaktionen und offen rassistische Ausbrüche.

Einige Beispiele: Als das Militär Ende August die Belagerung der Mohawk in Oka und an der Mercier-Brücke übernahm, fürchteten die Bewohner des Kahnawake-Reservats eine militärische Invasion. Sie evakuierten daher das Reservat in einem Konvoi von 60 Fahrzeugen mit Frauen, Kindern und alten Leuten.

Am Ende der Brücke wartete eine Menge von 250 „Nicht-Eingeborenen“, wie die Presse schreibt, die die Fahrzeuge mit Steinwürfen überschüttete. Nach Angaben der Mohawk wurden mindestens neun Menschen dabei verletzt, darunter ein Querschnittsgelähmter, der von einem Stein am Hals getroffen wurde. Die zwei Dutzend anwesenden Polizisten machten keine Anstrengungen, diese Gewaltakte zu unterbinden.

In Chateaugay in der Nähe des Kahnawake-Reservats stürmten 250 Elenn eine Sitzung der Schulkommission, um zu verlangen, daß Kindern vom Kahnawake-Reservat der Besuch von Schulen in Chateaugay verboten wird. Bewohner des Orts hinderten medizinisches Personal daran, mit einem Boot vom Montréal zum Reservat zu fahren.

Die Presse konzentriert sich auf Polemik gegen die Forderung nach Selbstverwaltung und Unabhängigkeit. „Viel leicht verstehen wir endlich, daß es der Gewehrlauf war, der dieses Land geschaffen hat, und daß er wieder verwendet werden muß, wenn Kanada unsere Heimat bleiben soll“, schreibt eine Kolumnistin.

Ein anderer Journalist erklärt: „Wenn wir die indianischen Bestrebungen nach Souveränität akzeptieren und ihnen ihre 2234 Reservate zurückgeben — nur nicht zu reden von ihren vielen anderen Landforderungen —, würde das zur Bildung von 2234 Monacos im ganzen Land führen. So würden riesige, unregelmäßige Löcher in das Kanada geschnitten, das wir kennen und lieben. Wir würden dann aussehen wie eine riesige Scheibe Schweizer Käse.“

Die Mohawk haben sich im Verlauf der Auseinandersetzung um Oka zur politisch souveränen Nation erklärt. Das ist nicht neu, sondern eine Bekräftigung ihrer althergebrachten Position, die aber jetzt zur Kenntnis genommen wird.

Quellen: Maclean's, 3., 10. 9. 90 — (mif)

Spanien: Hungerstreik geht weiter

Kontaktsperre gegen Gefangene aus GRAPO und PCE(r)

Seit nunmehr 330 Tagen — elf Monaten — befinden sich die Gefangenen aus den GRAPO und der PCE(r) im Hungerstreik für ihre Wiederauslieferung. Die Situation hat sich für die Gefangenen in den letzten zwei Wochen deutlich weiter zugespitzt. Zwei Gefangene erlitten Herzstillstände; einer der beiden — Antonio Lago Iglesias — erklärte nach der Reanimierung, sollte es zu einem erneuten Herzstillstand kommen, wolle er nicht noch einmal wiederbelebt werden. Es ist eine zusätzliche Tortur, wie die Zwangsernährung.

Seit vorletzter Woche wurde in sieben Gefängnissen de facto Kontaktsperre verhängt; sie betrifft etwa 20 Gefangene, etwa die Hälfte der Hungerstreikenden. Es werden keine Besuche mehr zugelassen, weder von Angehörigen, noch von Anwälten (andere Besucher kamen bei den hungerstreikenden Gefangenen schon das ganze Jahr kaum noch rein). Ebenso kommt keine Post mehr durch, weder raus noch rein. Betroffen sind die Gefängnisse von Ávila, Yserías (Frauen), Málaga, Sevilla, Puerto de Santa María, Almería und Logroño. Die Angehörigen der politischen Gefangenen — hier wie in Spanien — sind wegen dieser Ereignisse in größter Sorge. Die spanische Regierung versucht nunmehr, mit der völligen Isolierung der Gefangenen ihren Streik zu brechen.

Jeder mag sich vorstellen, wie immens wichtig die Besuche und Briefe von draußen für die Gefangenen in so einer Situation sind. Die Kontaktsperre muß durchbrochen werden, z.B. indem die hungerstreikenden Gefangenen massiv Solidaritätspost bekommen. Oder indem sich Gruppen — ernsthaft — überlegen, bei einzelnen Gefangenen Besuch zu beantragen (bei den Knastleitern).

Betroffen von der Kontaktsperre sind z.B. Francisco Pérez Pérez in Ávila; Hierro Chomón in Málaga; Brotons Beneyto in Puerto de Santa María; Josefina García Aramburu in Logroño und Mercedes Carbonell in Yserías. Die Adressen stehen im Angehörigen-Info Nr. 43. — (cvh)

Widerstand gegen Golf-Aufmarsch

Große Demonstrationen in den USA und Frankreich

Etwa 15000 Menschen demonstrierten am vergangenen Wochenende in New York gegen den US-Truppenaufmarsch am Golf. Aufgerufen zu der Aktion hatten gewerkschaftliche Gruppen, religiöse Organisationen und Veteranenverbände. Auch in Washington, Atlanta, Boston und San Francisco fanden Protestdemonstrationen gegen den US-Aufmarsch statt. „Nein, wir gehen nicht dorthin, wir kämpfen nicht für Texaco“, lautete eine der Parolen in New York.

Ein Beispiel für die Aktivitäten in den USA gegen den Truppenaufmarsch am Golf ist ein Rundbrief der „antiimperialistischen Vietnam-Veteranen gegen den Krieg“ VVAW-AI (Vietnam Veterans Against the War Anti-Imperialist). In dem Rundbrief, der an alle ihnen bekannten in der US-Armee und ihnen bekannte Gruppen, die Kontakt zu den US-Truppen haben, ging, richteten sie sich an die Soldaten, die in Saudi-Arabien stationiert sind oder dorthin verschickt werden sollen. Sie berichten darin von Angehörigen der US-Truppen, die den Einsatz verweigerten, wie der Obergeliebte Jeff Paterson (auf Hawaii stationiert) und der Reservist Eric Larsen. Von Paterson wird zudem die Erklärung zu seiner Verweigerung mitgeschickt. Darin erklärt er am Schluß,

daß er sich nicht zu einem Bauern in einem Machtspiel der USA um Profite und Öl im Mittleren Osten machen wird. In einem Flugblatt, das sich an die Truppen im Fort Saudi Arabian (Titel) richtet, wenden sich die Veteranen an ihre Kameraden und versuchen, sie zur Desertion zu bewegen. Hauptargumente sind dabei, daß die USA zuvor die irakische Invasion in Iran gebilligt hätten, der Irak nun aber auf einmal „böse“ sein soll. Die USA und die BRD hätten während des Kriegs chemische Waffen geliefert, die gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt wurden und nun auch die US-Truppen zu spüren bekommen könnten. Sie seien es jedenfalls nicht, die daran verdienten. Herausgestellt wird auch der Machtkampf der USA um die Ölreserven, um sich weiterhin als Weltmacht halten zu können.

Auch in Frankreich fanden Protestaktionen gegen die Truppenentsendung in den Golf statt. In Paris demonstrierten am 19. 10. 30000 Menschen. „Man macht Krieg, aber es geht um Erdöl und nicht um Gerechtigkeit und Recht“, erklärte einer der Redner in Paris. Auch in Lyon fand eine Demonstration gegen den Truppenaufmarsch statt.

Quellen: Süddeutsche Zeitung, 22. 10. 90, NDR 22. 90 — (rül)

Zur Geschichte der Mapuce

Der Widerstand der Mapuce begann im Jahre 1540, dem Jahr, als die Spanier auf der Erde der Mapuces landeten. Gebiete, in die sie eindringen, verloren sie bald wieder. Um dem aufgezwungenen Krieg etwas entgegenzusetzen, gründeten die Mapuce die *Wicamapu*, eine Widerstandsorganisation mit den Strukturen einer regionalen Volksguerilla. 1559 eroberten die Mapuce alle Gebiete südlich des Flusses Bio-Bio zurück und vernichteten die kolonialisierenden Hinterlassenschaften der Spanier, wie z.B. die Goldminen, in denen die Mapuce zu Fronarbeiten gezwungen worden waren, die Sklavenhaltung und das Steuersystem.

Die Legalisierung der Sklavenhaltung beantworteten die Mapuce 1655 mit einem Aufstand aller Mapuces aus dem Norden und Süden. 1726, im *Pakt von Negrete*, mußte die spanische Krone die Nation der Mapuce südlich des Bio-Bio anerkennen. *Dies war das einzige Mal in der Geschichte der Eroberung Amerikas, daß das spanische Imperium ein indianisches Volk völkerrechtlich als Nation anerkannte.*

Im chilenischen Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien kämpften die Mapuce auf der Seite der chilenischen Patrioten. Nachdem Chile 1810 unabhängig geworden war, wurde auch bald die Sklaverei offiziell abgeschafft und die Mapuce als gleichwertige Bürger betrachtet. Doch trotz dieser Deklaration bedeutete die Unabhängigkeit nicht gleichzeitig die Autonomie der Mapuce.

Mit der *Befriedung der Araucania* 1834 begann die Zeit der Invasion der Chilenen in Mapuce-Gebiet. Mit militärischen Aktionen, die die Ermordung, Versklavung und Zerstörung der Produktionsmittel zum Ziel hatten und einer Besiedlungspolitik, die stark an jene in den von Israel besetzten Gebieten Westjordanland und Gaza-Streifen erinnert, entzieht der chilenische Staat den Mapuce ihre angestammten Lebensgrundlagen. 1881 kommt es zu letzten Aufständen, die blutig niedergeschlagen werden. Als „Strafmaßnahme“ wird das Land der Gemeinschaften aufgeteilt und an chilenische und ausländische — hauptsächlich deutsche — Siedler verteilt. *Erst in der Regierungszeit Salvador Allendes, von 1970—1973, gab es Reformen, die das Unrecht an den Mapuces wiedergutmachen sollten.*

Am 11. September 1973, dem Tag der Ermordung Allendes, werden 2000 Mapuce vom Militär unter Führung Pinochets ermordet. Mit dem Militär kamen wieder Gefängnis und Folter, die Reformen wurden rückgängig gemacht.

Am 24. September hat die FMLN, die Befreiungsbewegung El Salvadors, eine Grundsatzerklärung „Die demokratische Revolution“ veröffentlicht. Im folgenden dokumentieren wir Auszüge aus dem Anfangsteil und dem wirtschaftspolitischen Teil der Erklärung. — (akg)

1. Die Armut und Unterdrückung haben zugenommen, die Revolution ist eine Notwendigkeit.

In den vergangenen zehn Jahren hat die Armut in unserem Land weiter zugenommen, die soziale Ungerechtigkeit hat sich verschlimmert; die Militärs, unbarmherziger denn je, fahren mit dem Morden und der Unterdrückung fort und beherrschen die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Die wirtschaftlichen Pläne von Regierung und ARENA haben die Bereicherung der Reichen und die Verarmung der Armen zum Ziel. Gesundheitsversorgung, Erziehungswesen und andere Grundbedürfnisse der Mehrheit haben darin keinen Platz. Unser Land ist verschuldet und hängt mehr denn je von den Vereinigten Staaten ab. Offensichtlicher denn je ist heute die Notwendigkeit einer Nationalen Demokratischen Revolution, um die politische und wirtschaftliche Herrschaft der Militärs und der Familien der Oligarchie zu brechen und so die nationale Souveränität wieder zu erlangen und einen dauerhaften Frieden zu erreichen ...

4. Die Revolution ist demokratisch und national

Die FMLN hat sich von jeher durch das demokratische, patriotische, revolutionäre und traditionelle Gedankengut in unserem Land inspirieren lassen. Die Waffen der FMLN dienen nicht dazu, die Gesellschaft zu beherrschen. Mit ihnen soll der Militarismus und die Vorkherrschaft der Waffen beendet werden

Ende des Militarismus

Angesichts der offensichtlichen Spaltung unserer Gesellschaft in Reiche

500 Jahre Unterdrückung und Widerstand: Autonomie für die Mapuce!

Mapuce (spanisch: Mapuche) bedeutet auf Mapudungun, der Sprache dieses Volkes, „Menschen der Erde“. Ein Volk von 1,2 Mio. Menschen, das auf der Erde des heutigen Chile lebt, dort schon immer lebte. Kaum verbreitet sind jedoch das Wissen um die Existenz und den Kampf dieses alten amerikanischen, indianischen Volkes, seine Geschichte, sein aktueller Kampf um Autonomie und Selbstbestimmung als Nation — wichtig auch gerade in Bezug auf die Feierlichkeiten des spanischen Staates zu „500 Jahre Ent-

deckung Amerikas 1992“, einem Teilprojekt von „Europa '92“. Der Kampf der unterdrückten und kolonisierten Völker um Autonomie und Selbstbestimmung erlebt momentan weltweit einen neuen Aufschwung. Der Kampf der indianischen Völker gegen die Privatisierung ihres Landes, gegen die Unterwerfung unter westliche Herrschaftssysteme drückt sich beispielsweise durch die Aufstände in Kanada und Ecuador aus, aber auch durch den Kampf der Mapuce um die *Rückeroberung ihrer Erde*.

Die Verabschiedung der Gesetze 2568 und 2570 machen den Ethnozid an den Mapuce perfekt. Das Land, das von den Mapuce seit je als Gemeinschaftsland bewirtschaftet wurde, wird in Privatsitz überführt, um es kapitalistischer Ausbeutung zugänglich zu machen. Die Zerstörung der Gemeinschaften jedoch heißt Zerstörung des Systems gemeinschaftlicher Produktion, Zerstörung der Tradition, der Sprache und der kulturellen Identität. Durchgesetzt wurde diese Zerstörung mit dem ganzen bekannten Instrumentarium politischer und militärischer Repression, wie Verhaftungen, Ermordungen, Verbrennungen von politischen Führern, Zerstörung und Einneigung ganzer Dörfer, Bombardierungen aus der Luft ... Daran hat sich auch nach der „Rückkehr Chiles zur Demokratie“ nicht viel geändert.

Die regionalen Gemeinschaften der Mapuce

Die Mapuce (Menschen der Erde) benennen sich jeweils nach dem Gebiet, in dem sie leben. Die *Mapuce-Pewen*, die in Südkhile leben, benennen sich nach dem Baum Pewen (auf spanisch Araucarie), der in der Gebirgskette der südlichen Anden vorkommt und mit seinen Früchten, den Pinones, das wichtigste Nahrungsmittel der Mapuce-Pewen darstellt. Durch den geplanten Bau von fünf Staudämmen (Staudammprojekt am Bio-Bio, das nach unseren neuesten Informationen durch den Widerstand der Mapuce gestoppt werden konnte) des nationalen *Energieunternehmens ENDESA* würde nicht nur der Pewen-Wald unwiederbringlich zerstört werden, sondern auch die natürliche Lebensgrundlage der Mapuce-Pewen.

Die *Mapuce-Wiyice* (Menschen des Südens), die in den Provinzen Osorno und Valdivia sowie auf der Insel Chiloe leben, sehen sich wie die anderen Gemeinschaften mit der Versteigerung ih-

res Landes konfrontiert sowie mit dem Verkauf den Wälder an Privatfirmen, wogegen den Mapuce die Nutzung des Holzes verboten ist.

Heute gehören die besten Ländereien und die schönsten Seen Deutschen oder deutschen Einwanderern, die die Infrastruktur in den Städten kontrollieren.

Die Mapuce-Wiyice der Insel Chiloe und die *Mapuce-Lafence* (Menschen des Meeres) kämpfen gegen die Privatisierung des Meeres, der Flüsse und der Seen. Die Privatisierung des Meeres bedeutet, daß Fischereikonzessionen verkauft werden. Nur die großen Flotten der reichen Länder haben das Geld dafür, den kleinen Fischern ist somit das Fischen verboten.

Gegen den alten und neuen Kolonialismus

Die Mapuce begreifen die Privatisierung und die Enteignung und Zerstörung ihrer Lebenszusammenhänge als die Fortführung einer 500-jährigen imperialen Eroberung, die mit Christoph Kolumbus ihren Anfang nahm. Der Kampf um ihr Gemeinschaftsland ist somit der Kampf um Autonomie und Selbstbestimmung. Deswegen haben die Mapuce-Gemeinschaften 1983 beschlossen, für die Rückeroberung ihres Landes und damit für ihre Autonomie und Selbstbestimmung zu kämpfen.

Die Zurückeroberung des Landes wird von den Mapuce im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zur „Entdeckung“ Amerikas gesehen. Am 12. Oktober 1984 (am 12. Oktober 1492 wurde Amerika von Kolumbus „entdeckt“; er wird heute als „Tag der Rasse“ gefeiert) wurden Protestaktionen gegen den Jahrestag der „Entdeckung“ ins Leben gerufen, die Jahr für Jahr wiederholt und ausgeweitet werden. Am 12. Oktober vergangenen Jahres wurde die Rückeroberung von Gemeinschaftsland in Lumaca in der Provinz Malleco ver-

sucht, die von schwerbewaffneter Polizei brutal unterdrückt wurde. Dabei wurden mehr als vierzig Mapuce festgenommen, die zum Teil erst im Mai 1990 (!) wieder freigelassen wurden. (Aktuelle Informationen zu den diesjährigen Aktionen gegen den Besuch des spanischen Königs zum 18. 10. 90 in Chile in einer der nächsten Ausgaben.)

Die Feierlichkeiten zu 500 Jahre Entdeckung Amerikas

Sie haben für die Völker, besonders für die indianischen Völker des amerikanischen Kontinents eine große Bedeutung, denn sie sind der Versuch Europas, unter Führung des spanischen Staates den Kolonialismus und die Ausbeutung fortzuführen, auszubauen und zu festigen.

Offen ist, ob zu dieser Politik der Vernichtung auch die tragischen „Unfälle“ zählen, die dazu geführt haben, daß in-

nerhalb des letzten Jahres drei von fünf Auslandsvertretern indianischer Völker auf mysteriöse Weise im Ausland um Leben kamen. Der letzte Vertreter, Eli Lachi, ist an der Verletzung gestorben, die ihm per Schlag auf den Kopf am 12. Oktober vergangenen Jahres („Dia de la Hispanidad“, Tag des Spanischseins!) zugefügt wurde.

Die indianischen Völker haben auf der UNO-Vollversammlung am 1.8.90 in Genf eine Resolution gegen die 500 Jahr-Feiern verabschiedet, die jedoch von der UNO boykottiert wurde. Der Wortlaut und weitere Informationen können bei der Kontaktadresse bestellt werden.

Autonomie für die Mapuce

Unter diesem Titel hat sich in Freiburg eine Gruppe gebildet, die mit den Mapuce zusammenarbeiten will. Wer Kontakt zur Gruppe aufnehmen möchte, kann dies über folgende Adresse tun, bei der auch Informationsmaterial angefordert werden kann:

AUTONOMIE FÜR DIE MAPUCE
Habsburgerstr. 9
7800 Freiburg
Tel.: 0761/56125

Wer die Möglichkeit hat, die Mapuce auch finanziell zu unterstützen, hier unser Konto (es kann auch ein spezielles Projekt unterstützt werden; Infomaterial bitte anfordern):

Kto.-Inhaber E. Fey
Kto.-Nr. 229 865-755
BLZ 660 100 75

Post giro Karlsruhe
Stichwort „AUTONOMIE“ — (J.)



Protestaktion von Mapuce

Erklärung der FMLN an die Nation

„Die demokratische Revolution“ (El Salvador, den 24. September 1990)

und Arme haben die Streitkräfte nur die Interessen der Reichen vertreten. Deshalb war die Entstehung der FMLN als politisch-militärische Kraft notwendig. Wir haben die Rolle der Streitkräfte der Armen eingenommen. Es ist demzufolge nicht annehmbar, daß den Reichen eine Armee verbleibt, während wir, die Armen, uns erneut unterdrücken und entwaffnen lassen sollen.

Die Armee war in der Quintessenz Garantie für einen kleinen Teil der Gesellschaft und Bedrohung für eine große Mehrheit. In der neuen Gesellschaft müssen für alle gleiche Bedingungen gelten, was bedeutet, daß die Probleme auf der Basis von Verständigung und Zusammenarbeit gelöst werden. In unserer Demokratie darf es keine Art von Armee mehr geben, alle müssen sich von den Waffen trennen. Dafür sind drei Maßnahmenpakete zu verwirklichen:

1. Völlige Abschaffung der Streitkräfte

Mit dieser Maßnahme wird nicht nur die Demokratie gestärkt werden, sondern auch die Umlenkung der umfangreichen Mittel des Militärhaushalts in die Bereiche Gesundheitsversorgung und Bildungswesen der Bevölkerung ermöglicht ...

2. Neue Ordnungskräfte

Um den Vorsatz, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, die Anarchie zu verhindern und das Verbrechen zu bekämpfen, zu erfüllen, ist die Schaffung völlig neuer Ordnungskräfte notwendig. Damit sich diese nicht erneut in eine Kraft verwandeln, die es einem Bevölkerungssektor erlauben, sich gegen andere durchzusetzen, müssen sie sehr professionell sein ... ihre Ausbildung soll Angelegenheit aller politischen

Kräfte des Landes sein ...

3. Verurteilung der Verantwortlichen für Verbrechen, Massaker, Verschwinden-Lassen von Personen und Folter; Beendigung der Verfolgung aus politischen Gründen

Die Verantwortlichkeit der Befehlshaber der ehemaligen Streitkräfte und der Mitglieder der Oligarchie, die in derartige Taten verwickelt sind, wird aufgeklärt werden. Die Todesschwadronen der Streitkräfte und der Privatwirtschaft werden aufgelöst und alle geheimen Gefängnisse und Folterinstrumente zusammen mit den Geheimdienstarchiven, die zur Kontrolle der politischen Opposition dienten, öffentlich zerstört werden. **Wirtschaftliche und politische Neuordnung**

Die wirtschaftliche Macht des Landes liegt in den Händen weniger Familien, die in den vergangenen zehn Jahren enorme Summen ins Ausland geschafft und dort investiert haben ... So lange wie der Reichtum in wenigen Händen konzentriert ist, wird es keine wirkliche Demokratie und keine Chancengleichheit für alle geben, werden nicht alle gleich sein vor dem Gesetz und wird die soziale Ungerechtigkeit weiter fortbestehen. Deshalb ist die Errichtung einer neuen ökonomischen Ordnung, mit der die wirtschaftliche Beherrschung des Landes durch die Oligarchie beendet wird, von grundlegender Bedeutung. Dafür sind sieben grundsätzliche Veränderungen notwendig:

1. Tiefgreifende Veränderungen zugunsten der Bauern

... werden weitere Schritte ergriffen werden, mit denen der Großteil der landwirtschaftlichen Flächen unseres Landes unwiderruflich als genossenschaftli-

cher, kleiner, mittlerer, privater und individueller Landbesitz in die Hände der Landlosen, der kleinen und mittleren Bauern übergeht. Damit wird der nationale Reichtum entflochten und die ungeheure Armut und Rückständigkeit in den ländlichen Gebieten aufgehoben. Diese tiefgreifende Veränderung der wirtschaftlichen Ordnung ist für die Überwindung der ungerechten Verteilung des Grundbesitzes entscheidend, Hauptursache des sozialen Konfliktes und der Verhinderung der wirtschaftlichen Entwicklung und Modernisierung unseres Landes.

2. Das Volk als Mittelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung

Dies beinhaltet die Stärkung, Erweiterung und Entwicklung von Kooperativen und Selbstverwaltungsstrukturen, sowie anderer Formen sozialen oder kollektiven Eigentums in allen Produktionsbereichen. Damit gelangt ein wichtiger Teil unserer Wirtschaft als soziales Eigentum in seinen verschiedenen Ausprägungen in die Hände der arbeitenden Bevölkerung auf dem Land und in der Stadt. Zusammen mit der großen Anzahl von kleinen und mittleren Privatunternehmern entsteht so eine im Volk breit abgestützte und für die Ökonomie des Landes entscheidende Kraft ...

3. Städtische Reform zur Bekämpfung der Armut

Dabei soll die Eigentumsfrage in der Hauptstadt und den wichtigsten urbanen Zentren in gerechtem Sinne geklärt werden. Die Stadtplanung ... soll in sozialem Sinne erfolgen und der Bevölkerungsmehrheit den Zugang zu Finanzierung und technischer Unterstützung für den Häuserbau eröffnen. Weiter wird die städtische Reform die Probleme gro-

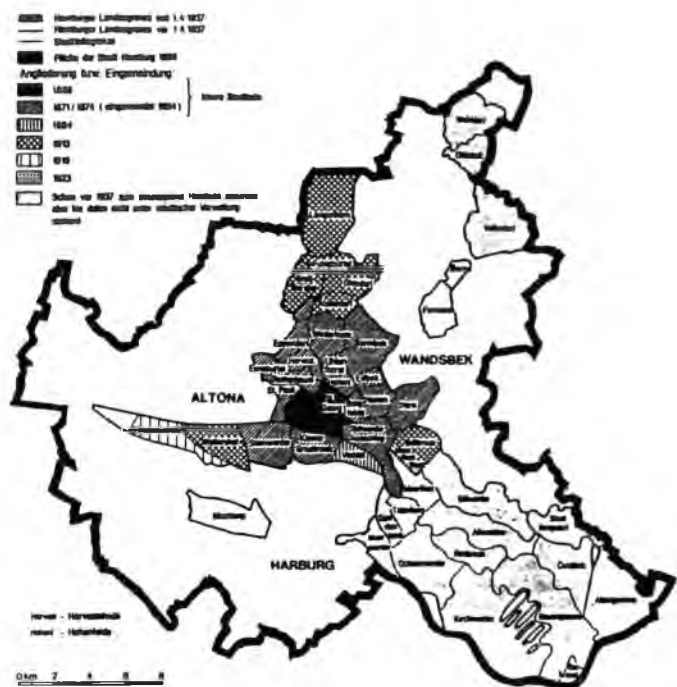
ße Teile der armen Bevölkerung, die unter prekären Bedingungen in Außenquartieren, Bretterhütten, Mietshäusern und „wildem“ Siedlungen wohnen, in den Bereichen Trinkwasser, ungesunde Lebensbedingungen, öffentliche Dienste, ungerechte Mieten und allgemeine Unsicherheit lösen.

4. Ein wirtschaftlich starker Staat, um Ernährung, Gesundheitsversorgung, Alphabetisierung, Bildung, Wohnung, Kultur und Erholung der Bevölkerung zu gewährleisten

... Erste Priorität werden dabei die Alphabetisierung und die Volksgesundheit genießen, für die Spezialpläne in Kraft gesetzt werden. Außerdem werden Mechanismen geschaffen werden, um den Opfern des Genozids und des Krieges, den Müttern, Waisen und zivilen Kriegsversehrten beizustehen. Als Beitrag zur Versöhnung nach dem Krieg sollen die Angehörigen beider Streitkräfte mit bleibenden Verletzungen unterstützt werden. Zur wirtschaftlichen Stärkung des Staates werden das Bankwesen und der Außenhandel nationalisiert werden. Die Steuerbelastung wird gerecht sein und vom Einkommen abhängen, die Kapitalflucht wird bekämpft werden ...

5. Ständige und für die Bevölkerungsmehrheit gerechte Abstimmung von Löhnen, Preisen, Arbeitsmarkt und Kreditwesen auf nationaler Ebene

Die Abstimmung der Politik zur Festlegung von gerechten Grundlöhnen, stabilen Preisen, gesicherten Arbeitsplätzen und demokratisch verteilten Krediten zwischen Staat, Arbeitern, kleinen, mittleren und großen Unternehmern, Kooperativen und anderen Gruppen des wirtschaftlichen Lebens, ist fester Bestandteil der institutionellen Politik. Die Abwälzung der Kosten der Krise auf die armen Mehrheiten muß ein Ende haben. Opfer und Erträge müssen gerecht verteilt werden ...



Der kleine schwarze Fleck in der Mitte ist die Stadt Hamburg vor etwas mehr als hundert Jahren. Die großen weißen Flächen sind die Gebiete der preußischen Städte Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg, die auf einen Schlag durch das Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 einverleibt wurden, die grünen kleineren Flächen all die Gemeinden, die zwar der Stadt gehörten, aber auch erst durch das Groß-Hamburg-Gesetz ihre Selbstständigkeit verloren. Die schraffierten Flächen stellen die Eingemeindungen in der Zeit zwischen 1868 und 1923 dar.

Von der Hafenstadt zum Moloch

Begründungen der städtischen Expansion

In den Anfang der 20er Jahre fallen die ersten Anstrengungen der Hamburger Bourgeoisie, das Stadtgebiet auszuweiten auf die — damals noch preußischen — Nachbarstädte Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek. Vor allem Harburg und Altona waren direkte Konkurrenz für die Stadt Hamburg und verfügten im Gegensatz zu Hamburg über eine von ihren Häfen unabhängige großindustrielle Struktur. „Die Handelskammer Hamburg ist der Überzeugung, daß eine Erweiterung des hamburgischen Stadtgebietes dringend erforderlich ist. Infolge des verlorenen Krieges ist ein Zusammenraffen aller Kräfte erforderlich, um erneut den Wettbewerb auf dem Weltmarkt aufzunehmen. Es geht daher durch die ganze Volkswirtschaft ein starker Zug nach Zusammenschluß der Betriebe. Es handelt sich hierbei durch Vereinheitlichung der Leitung und durch Senkung der Selbstkosten um die Hebung der technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der verbundenen Werke. Diese Maßnahme, die sich im kleinen vollzieht, muß auch im großen vollzogen werden. Das allgemeine deutsche Wirtschaftsinteresse verlangt gebieterisch, daß mit größter Beschleunigung, Energie und Zielbewußtsein an die Wiederherstellung unserer Handelsbeziehungen herangetreten wird und daß insbesondere die alten Überseeverbindungen auf das kräftigste wieder ausgestaltet werden ... Es braucht hier nicht näher ausgeführt werden, daß leistungsfähige eigene Häfen eine Lebensnotwendigkeit für das Deutsche Reich bedeuten.“ (Handelskammer Hamburg, April 1921) Die hier entwickelte Linie, daß sich die Stadt Hamburg dem imperialistischen Deutschen Reich als Haupthafen andient und daraus die Argumente zieht für städtische Expansion, verläuft kontinuierlich bis heute; ebenso die Forderung, daß die staatliche Verfaßtheit der Zentralisierung des Kapitals zu folgen habe. Fritz Schumacher versuchte dann sechs Jahre später, dieser Expansionspolitik gar den Rang eines Naturgesetzes zu verleihen: „Wo es sich darum handelt, einen der wichtigsten Punkte des Deutschen Reiches zu möglichst großer Wirkungskraft auszugestalten, darf man nur von dem Endzustand ausgehen, den dieses Stück Welt einmal haben muß, wenn es seine vollkommenste Form erreichen will.“ Und „Für ein gesundes deutsches Gefühl muß es selbstverständlich sein, daß dieser ringenden Stadt nicht auch im eigenen Nest die Reibung widerstrebender Konkurrenz entstehen darf. Dieser Standpunkt würde sich im Interesse Deutschlands auch dann rechtfertigen, wenn er rücksichtslos wäre. In Wahrheit ist er nicht rücksichtslos. Eben wie bisher die ganze Umgebung Hamburgs hauptsächlich durch das Blühen dieser Stadt ihren Wert erhalten hat, wird sie an dem Aufrechterhalten dieses Blühens wachsenden Teil haben.“ (F. Schumacher, Zukunftsfragen an der Unterelbe, 1927). Die Nachbarstädte allerdings sa-

hen das anders und verweigerten den Zusammenschluß. So kam bis zur Herrschaft der Faschisten lediglich ein „Vertrag über einheitliche wirtschaftliche Maßnahmen im hamburgisch-preußischen Wirtschaftsgebiet an der unteren Elbe“ 1928 zustande.

Erst die Faschisten wußten die ständigen Angebote von Teilen der Hamburger Bourgeoisie an das Reichsinteresse so richtig zu würdigen und erzwangen im „Groß-Hamburg-Gesetz“ 1937 die Einheitsgemeinde. Der Zusammenschluß umfaßte zwei alt-hamburgische Städte (Hamburg und Bergedorf), 17 alt-hamburgische Landgemeinden, drei preußische Städte (Altona, Wandsbek und Harburg-Wilhelmsburg), 27 preußische Landgemeinden und einzelne Gemeindeteile. Das Territorium vergrößerte sich um 80 % auf 747 qkm. Die Einwohnerzahl stieg um 40 % auf 1,7 Mio. Menschen. Die eingerichtete bezirkliche Struktur verlief entlang den Parteistrukturen der NSDAP. Der damalige Reichsinnenminister konnte bruchlos an die alten Argumente anknüpfen: „Damit aber eine planmäßige und organisatorisch richtige Aufschließung dieses ganzen niederelbischen Wirtschafts- und Siedlungsraumes möglich ist und aus ihm die höchste Leistung für die deutsche Wirtschaft herausgeholt werden kann, ist die verwaltungsmäßige und staatsrechtliche Zusammenschließung ein unabwiesbares Bedürfnis.“ So verschafften die Faschisten schließlich durch die Beseitigung von 49 Städten und Gemeinden der Hamburger Finanzbourgeoisie das, was sie auf parlamentarischem Wege nicht hatten bekommen können: den einheitlichen Wirtschaftsraum Groß-Hamburg, den Mustergau, von zentraler Bedeutung für die Kriegspläne der Finanzbourgeoisie.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß dieser Moloch nach Zerschlagung des Faschismus nicht beseitigt wurde, die Kapitalinteressen waren schließlich unverändert geblieben. Im Zusammenspiel mit der britischen Besatzungsmacht konnte der Senat 1949 verkünden: „Groß-Hamburg ist eine Tatsache, an der der Senat nichts zu ändern gedenkt. Die Entwicklung drängte seit langer Zeit auf diese Lösung. Jede andere Regierung hätte ihr genauso gut Rechnung tragen können.“ Gegen das Gebot des Potsdamer Abkommens zur Abschaffung aller Nazi-Gesetze blieb Groß-Hamburg also bestehen. In den Bezirken, den ehemals selbständigen Städten Altona, Wandsbek und Harburg war erheblicher Widerstand dagegen entwickelt. Altona hatte ein Konzept vorgelegt, nach dem als Lehre aus der faschistischen Vergangenheit Demokratie und Dezentralismus untrennbar sind, und hatte verlangt, fünf selbständige Kreise mit kommunaler Selbstbestimmung einzurichten. Dieser Widerstand scheiterte. Im „Gesetz über die Bezirksverwaltung“ von 1949 wurde dann die im wesentlichen heute noch gültige Bezirkseinteilung festgelegt.

Reform der Hamburger Verwaltung Mehr Nutzen für den „Wirtschaftsbürger“

Soziale Interessen stehen bei der Verwaltungsreform nicht zur Debatte

Bereits die Herausbildung Groß-Hamburgs bis zum Jahre 1937 war davon geprägt, daß die Stadt dem Kapital als Handels- und Verkehrsknotenpunkt nach Übersee und Osteuropa und nicht zuletzt als logistische Basis für die direkte militärische Aggression in den Weltkriegen dienen sollte. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die daraus herrührende zentralistische Struktur der Einheitsgemeinde im wesentlichen beibehalten. Die kommunalpolitischen Reformbestrebungen auf der Ebene der Bezirke in den sechziger und siebziger

Jahren schlugen sich im Bezirksverwaltungsgesetz von 1978 nur in sehr geringfügigen Verbesserungen nieder.

Gegen die bescheidenen Möglichkeiten, über die bezirklichen Organe, insbesondere die Bezirksversammlungen auf die Verwaltung im Interesse der Wohnbevölkerung Einfluß zu nehmen, richtet sich unter anderem die seit über zehn Jahren andauernde Politik der Kapitalisten und ihrer politischen Vertreter in der Frage der Verwaltungsreform. — (mek, ulj)

1937 waren 49 Hamburger und preußische Gemeinden zur zentralistisch geführten Einheitsgemeinde Groß-Hamburg zusammengefaßt worden. Entsprechend der Gliederung des NSDAP-Gaues Hamburg wurde sie in zehn Kreise und 110 Bezirke aufgeteilt. Auch die unter den Bedingungen des Bombenkrieges dezentrale Verwaltung der Stadt in Kreisen wird vom ersten Nachkriegsbürgermeister Petersen sofort wieder aufgehoben. Mit dem Gesetz über die Verwaltungsbehörden vom 3.6.1947 läßt sich der Senat wieder zum einzigen Führer der Verwaltung erklären. Mit dem Gesetz über die Bezirksverwaltung vom 21.9.49 folgt die Bürgerschaft den Vorschlägen des ehemaligen Präsidenten des Deutschen und preußischen Städtetages, Oskar Mulert, die er in einem vom Senat in Auftrag gegebenen Gutachten gemacht hatte. Nach diesen wird die Stadt durch die Fachbehörden des Senats in sieben Bezirken mit 104 Stadtteilen (siehe Abbildung) verwaltet. Die Bezirksversammlungen sind keine Kommunalparlamente mit legislativen Rechten, sondern als Beiräte Teil der Exekutive. Diese Einflußlosigkeit der dezentralen Ebene war in den folgenden Jahrzehnten ständiger Gegenstand von Auseinandersetzungen. So forderte etwa der SPD-Abgeordnete Rolf Lange 1979 in seiner Dissertation, die Bezirksaufgaben gesetzlich festzulegen und nicht von einfachen Anordnungen des Senats abhängig zu machen. Ferner sollte es auf Bezirksebene gewählte politische Beiräte geben, die Bezirke sollten z.B. über eine 2. Kammer an der Gesamtstadtpolitik mitwirken können, die Fraktionen der Bezirksversammlungen sollten bessere Arbeitsmöglichkeiten erhalten. Alle diese Bemühungen führten aber allenfalls zu kleinen Verbesserungen im Bezirksverwaltungsgesetz. So muß der Senat einen Bezirksamtsleiter, der von der Bezirksversammlung fristgemäß gewählt worden ist, seit der Neufassung von 1978 ernennen, während er es vorher auch bleiben lassen konnte.

1979 wurde nach einem Skandal um Giftgas-Funde auf dem Gelände einer ehemaligen Waffenfabrik eine „Kommission zur Überprüfung von Verbesserungsmöglichkeiten in der Hamburger Verwaltung eingesetzt“ (Haas-Kommission), die in ihrem Bericht vor allem die unklare Abgrenzung von zentralen und dezentralen Aufgaben zwischen Senatsbehörden und Bezirken bemängelte. Seither reißt die Debatte um eine Reform der Hamburger Verwaltung nicht mehr ab, wobei hinter dem immer wieder im Vordergrund vorgeführten Streit um Zentralismus oder Dezentralisierung und unter dem Druck der zunehmenden Belastung der öffentlichen Haushalte durch die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsweisen die staatstragenden Parteien SPD, FDP und CDU inzwischen weitgehend auf die folgenden Ziele vereinhaltet sind, die die Handelskammer als Organ der Hamburger Kapitalistenklasse formuliert hat:

— Konsolidierung der Staatsfinanzen u.a. durch Verringerung des Staatsapparates
— einfachere, schnellere und effizientere Verwaltung im Interesse des Kapitals funktionierende Verwaltung
— Stärkung der Metropolfunktion Hamburgs als Ausgangsbasis zur wirtschaftlichen Expansion nach Nord- und Osteuropa, Unterwerfung von dem zuwiderlaufenden Interessen von Gewerkschaften, Wohnbevölkerung, Umweltschutz etc.

Landesregierung und insbesondere die des 1. Bürgermeisters als Ministerpräsidenten stärken soll, verhandelt.

Zwar hat die nunmehr seit fast zehn Jahren andauernde Debatte noch keine gesetzliche Neuordnung der Landes- wie auch der Bezirksverfassung gebracht, sie haben aber durchaus zur Durchsetzung einiger einschneidender Veränderungen in der Verwaltungspolitik und zur politischen Ausschaltung von Widerständen gegen die Politik im Kapitalinteresse beigetragen. So konnte Vorschau bei der Nominierung des Senatskollegiums durch die SPD durchsetzen, daß nicht — wie auch bei der Wahl in der Bürgerschaft — jeder Senatorenposten einzeln gewählt wurde, sondern ein von ihm zusammengestellter Gesamtvorschlag. Dies hat den Einfluß der SPD-Linken und des Gewerkschaftsflügels auf den Senat, der sich bis dahin immer über solch einen Postenproporz geltend machte, erheblich vermindert. Schon 1986 hatte der damalige (nurSPD-)Senat ein Konzept zur „Effektivitätssteigerung der Verwaltung“ erarbeitet (BüDrs. 11/5887 v. 4.3.86), das als „vorrangige politische Ziele“ angab:

— die Sicherung des Arbeitsplatzangebots ... durch Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Hamburg,

— die ökologische Modernisierung des Industriestandortes Hamburg ... ,
— die Konsolidierung des Hamburger Haushalts.“

Dazu sollten unter anderem beitragen „Abbau von Regelungsbelastung, Verringerung von Verwaltungseinheiten, die verstärkte Nutzung von betriebswirtschaftlichen Instrumenten und Steuerungsmethoden, der verstärkte Einsatz von neuen Informations- und

Kommunikationstechniken.“

Der Entwurf zur Neuordnung von Verfassung und Verwaltung, den zwei Staatsräte im Auftrag von Bürgermeister Voscherau im Januar dieses Jahres vorgelegt haben, und den die SPD bereits abgesegnen hat, verschwendet keinen Gedanken mehr an die sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben von kommunaler Verwaltung im Interesse von Werktätigen, wie es noch für die SPD-Kommunalpolitik der zwanziger Jahre galt (vgl. Kasten). Allen Bestrebungen nach mehr Demokratie, mehr kommunalen Einflußmöglichkeiten wird eine Absage erteilt zugunsten der Stärkung des Zentralismus: Die Einheitsgemeinde bleibt, in ihr werden gestärkt der 1. Bürgermeister gegenüber dem Senat, der Senat gegenüber der Bürgerschaft, die zentrale Verwaltung gegenüber den Bezirken. Vermindert werden soll auch der Einfluß der Bezirksversammlungen: sie sollen unter dem Motto „Stärkung der ehrenamtlichen Mitwirkung“ noch mehr zu Angelegenheiten der Verwaltung („Bürgerversammlungen“ in bis zu 14 Bezirken) umgewandelt werden. Die Leiter der Bezirksverwaltungen werden vom Senat eingesetzt, die Bürgerversammlungen können sich einen „Bürgervorsteher“ wählen, „eine Mitwirkung an Angelegenheiten der laufenden Verwaltung findet nicht statt.“ Das Evokationsrecht des Senats in Bezirksangelegenheiten bleibt erhalten. Indem die Einflußnahme der Bevölkerung auf die dezentralen Verwaltungseinheiten solchermaßen weiter eingeschränkt werden soll, kann diesen freie Hand gegeben werden, im Rahmen von Haushaltsplänen und einer Globalsteuerung durch den Senat den Wünschen der Kapitalisten flexibler zu Diensten zu sein.



Arbeit im Hamburger Hafen

Kommunale Selbstverwaltung in Altona

„Diese Monopolstellung (der Wirtschaft, d. Verf.) dadurch aufzuheben, daß das Privateigentum an den Monopolen beseitigt wird, durch deren Übergang in gesellschaftliches Eigentum, das ist das wichtigste Ziel des Sozialismus ... Vergesellschaftung der großen Monopole, das ist also eine der wichtigsten Aufgaben der ökonomischen Entwicklung ... unserer Zeit — aber auch ihrer politischen Entwicklung. Denn der Staatsgewalt fällt bei der Lösung dieser Aufgabe die entscheidende Rolle zu.“ Dieses Zitat aus dem Heidelberger Programm der SPD von 1925 umschreibt die Politik, die die Sozialdemokraten in den 20er Jahren in Altona betrieben haben. Die Stadt entwickelte ein kommunales Wohnungsprogramm, betrieb in kommunaler Regie das Elektrizitätswerk „Unterelbe“, die „Altonaer Gas- und Wasserwerke“, die „Altonaer Quai- und Lagerhausgesellschaft“, mehrere kommunale Wohnungsunternehmen usw. Zahlreiche Firmen, die in finanziellen Schwierigkeiten waren, wurden mit dem Ziel der Kommunalisierung bzw.

Teilkommunalisierung übernommen. Grundlage dieser „Kommunalsozialismus“ titulierte Politik war die Einsicht, daß die Interessen der Lohnabhängigen Bevölkerung über kommunales Wirtschaften gesichert werden müssen, weil sie den Interessen der Monopole diametral zuwiderlaufen. Die Mittel für diese Politik mußten allerdings über immense Staatsverschuldung aufgebracht werden. Finanziell wurden die kommunalen Wirtschaftsbestrebungen schließlich durch die Reichsregierung praktisch liquidiert, die den Kommunen immer neue Kosten (z.B. die der Massenarbeitslosigkeit) aufbürdete und den Widerstand gegen neue Steuern durch Einsatz von Staatskommissaren niederhielt. Wichtig aber scheint, daß zumindest in sozialdemokratischer Praxis noch Eingang fand, daß die kommunale Politik irgendwie den Bedürfnissen der Lohnabhängigen verpflichtet ist und sich dazu durch eigenes Wirtschaften die Mittel sichern muß. (Quelle: Stadtteilarchiv Ottensen. Ohne uns hätten sie das gar nicht machen können.)

Wahlrecht für alle!

Aufruf: „Gemeinsam für Demokratie und gleiche Rechte“

Mit dem nachfolgend abgedruckten Aufruf eines Aufrufs wird zur Zeit ersucht, anlässlich der Bundestagswahl am 2. 12. dem bevorstehenden Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe am 13. 11. und dem Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes zum 1. 1991 eine breitere Kampagne für gleiche Rechte von Deutschen und Ausländern ins Leben zu rufen.

Mit einer Postkartenaktion an das Verfassungsgericht (die Karten sind Z. in Druck) soll das Wahlrecht für AusländerInnen gefordert werden. Am 2. 12. ist geplant, „alternative Wahlen“ durchzuführen, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. Lokale Demonstrationen / Fackelzüge vom 17. bis 24. November und eine zentrale Demonstration am 1. 12. in Frankfurt oder Köln sind geplant. Wer den Aufruf unterstützen will, die Aktionen unterstützen oder mehr Informationen bekommen will, kann sich wenden an: *Devrimci Isci, Postfach 2603, 3000 Hannover 1.* Der vollständige Text ist in den Antifaschistischen Nachrichten 22/90 veröffentlicht. — (jöd, u.b.)

Gemeinsam für Demokratie und gleiche Rechte

Schwere Zeiten kommen auf die ca. 5 Millionen „AusländerInnen“ in der neuen deutschen Republik zu. Der Ostblock löste sich rasch auf und das BRD-Kapital annektierte die DDR. In diesen Monaten sollen die letzten gesetzlichen Regelungen für diese faktische Situation vollzogen werden. Als letzte Formalität und Krönung dieses Prozesses werden am 2. Dezember 1990 die ersten gemeinsamen Wahlen stattfinden ...

Die deutsche Regierung akzeptiert diese Menschenrechte und Demokratie für ca. 5 Millionen Menschen nicht, die in den Grenzen Deutschlands leben, obwohl sie sich anmaßt, im Namen der sowjetischen und osteuropäischen Völker „Demokratie“ und „Menschenrechte“ zu fordern.

Die Regierung sieht nichts Verwerfliches darin, eine rassistische Politik in ihren Grenzen fortzuführen, während sie sich auf der ganzen Welt als Verteidiger der „Demokratie“ darstellt. Das von der Bundesregierung trotz aller Proteste durchgepeitschte Ausländergesetz, das am 1. 1. 1991 in Kraft treten soll, stellt das letzte Beispiel für diese Haltung der BRD-Regierung dar.

Die deutsche Regierung bewertet die Menschen nicht als Menschen, sondern im Interesse des deutschen Kapitals. Dazu gelten für die deutsche Regierung die grundlegenden Menschenrechte nicht nach der Tatsache, Mensch zu sein, sondern nach dem Kriterium, Deutsche/r oder Nichtdeutsche/r zu sein. Das neue Ausländergesetz ist ein Dokument der Verletzung selbst bürgerlicher Rechte

und Freiheiten ...

Der deutsche Staat bemüht sich um die Führungsrolle unter anderen europäischen Staaten auch in der Frage der Entrechtung der Ausländer. Um die Ausländer vom zukünftigen vereinten Europa auszuschließen, versucht der deutsche Staat, seine Ausländerpolitik zur richtungsweisenden Politik auch für andere europäische Länder zu machen. Der erste Schritt dahin ist im sogenannten Schengener Abkommen zu sehen ...

Die „Verteidigung der Menschenrechte“, die vom deutschen Staat als eine Mission verkauft wird, erweist sich als reine Propaganda durch seine rassistische und ausländerfeindliche Politik. Die Ausländer werden daran gehindert, an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen. Sie dürfen an Wahlen nicht teilnehmen. Das Wahlrecht als eines der grundlegendsten Rechte des Menschen in unserem Jahrhundert wird vom deutschen Staat für andere Länder in Asien und Afrika eingefordert, während er dieses Recht in größter rassistischer Manier für die Ausländer hier verhindert.

Die Beschränkungen im Bereich des Asylrechts sind mit den Menschenrechten nicht zu vereinbaren. Das Asylrecht in der Verfassung der BRD wurde durch gesetzliche Regelungen und Bestimmungen ausgehöhlt, daß es nur noch reine Formalität ist. Die Angriffe Lafontaines auf dieses Recht sind das letzte Beispiel für die Angriffe auf das Asylrecht, das ein Menschenrecht ist.

Die Gleichstellung der Ausländer mit den Deutschen erfordert einen schweren Kampf um dieses Ziel. Das Problem ist nicht nur das Ausländergesetz und das Wahlrecht. Es ist ganz und gar ein Demokratieverständnis in diesem Land. Ohne Demokratie für Ausländer — keine Demokratie für Deutsche — dies muß die deutsche Gesellschaft einsehen.

Diese Forderungen werden im Prozeß der Schaffung eines „Vereinten Deutschland“ brennender, da sie in der Euphorie zurücktreten. Daher ist es eine Notwendigkeit, die Forderung nach Demokratisierung Deutschlands und nach Gleichberechtigung immer wieder zu erheben, während das deutsche Kapital den Nationalismus schürt.

Die Wahlen im vereinten Deutschland bieten eine günstige Gelegenheit dafür, diese Forderungen hinauszutragen und gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zu kämpfen.

Wahlrecht für alle
Das Ausländergesetz muß abgeschafft werden
Asylrecht ist Menschenrecht.
Nein zur Aushöhlung des Asylrechts. Keine Abschiebung.
Gleiches Recht für Deutsche und Nichtdeutsche
Bleiberecht für Roma und Sinti

Landesweite Demonstration gegen den PKK-Prozeß, 27.10.

Karlsruhe. Die Demonstration zur Bundesanwaltschaft beginnt um 11 Uhr. Veranstalter sind die Kurdistan-Solidaritätsgruppen und kurdischen Arbeiter- und Kulturvereine in Baden-Württemberg. Gefordert wird u.a. die Einstellung des Düsseldorfer PKK-Verfahrens, Weg mit dem § 129a. Den Aufruf unterstützen: Antifa-AK Heilbronn, Autonome Antifaschisten, Infobüro, MieterInnen-Laden, Politik- und Kulturgruppe, SDAJ und Volküche Karlsruhe, Autonomie für Emma Puche, AK Intern. Solidarität Waldkirch, ERNK-Komitee Freiburg, Info gegen Abschiebung und herrschende Flüchtlingspolitik Südbaden, Feyka Kurdistan und Infobüro Stuttgart, Infobüro Tübingen, BWK, Volksfront. Die Demonstration unterstützen: MLPD Nordwürttemberg, Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen Tübingen. — (rub)

11 Gefangene der JVA Hannover im Hungerstreik

Hannover. An dem seit dem 4. 10. 90 andauernden Hungerstreik in der JVA Hannover beteiligten sich zeitweise 11 Inhaftierte, am 21. 10. waren es noch vier. Alle sind Gefangene der „Station mit eingeschränkter Kommunikation“, sie werden isoliert, weil sie angeblich sonst in der Anstalt mit Drogen handeln könnten. Die Gefangenen wandten sich an Fraktionen und Petitionsausschuß des Landtages, sie fordern Angleichung ihrer Haftbedingungen an den „normalen Vollzug“. Die Vereinigung Niedersächsischer Strafverteidiger verlangte in einem offenen Brief die Auflösung der Station, da gesetzwidrig. Das Justizministerium hat inzwischen einige haftverschärfende Maßnahmen aufgehoben; einmal in der Woche telefonieren, zwei Stunden Sport pro Woche, zwei Stunden Besuch im Monat sind nun erlaubt. Auf eine Sonderbehandlung derer, die des Drogenhandels verdächtig sind, will die Justizministerin Alm-Merk laut Presse aber nicht verzichten. — (rec)

Weiter Mahnung für „Heimatrechte“

Berlin. Am Theodor-Heuss-Platz betreiben die Revanchistenverbände seit 1955 ein Mahnmal. Eine Flamme sollte nach bisheriger Inschrift „bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und der Verwirklichung des Rechtes auf Heimat“ brennen. Senat und Bezirksamt setzten das Erlöschen zum 3. Oktober durch. Die „Vertriebenen“ erreichten aber eine Umwidmung, mit der weiter revanchistische Ansprüche gepflegt werden. Zum Tag der Menschenrechte (10. 12.) soll die Flamme wieder entzündet werden. Nach neuer Inschrift soll sie die „völkerrechtliche Anerkennung von „Heimatrechten“ überall in der Welt anmahnen und die besondere Verantwortung Deutschlands aufzeigen. — (ard)

Offener Brief von Gefangenen an Ministerpräsident Streibl

Amberg. „Wir, die unterzeichnenden Gefangenen der JVA Amberg, protestieren schärfstens gegen den Gewaltexzess hiesiger Wärter. Namentlich bekannte Wärter gingen am 1. 10. 1990 mit Knüppeln bewaffnet und in brutalster und menschenverachtender Manier gegen einen einzelnen Gefangenen vor. Augenzeugen waren weit über hundert Gefangene, als etwa zehn Wärter wie eine Meute wilder Tiere über unseren Mitgefangenen Yilmaz herfielen. Dieser lag bereits überwältigt und fixiert auf dem Rücken, als die anstürmende Wärtermeute ihrem Haß freien Lauf ließ und entfesselt auf den Gefangenen eindrosch; augenscheinlich auch dann noch, als dieser bereits das Bewußtsein verloren hatte.“

Der Abtransport des besinnungslosen Gefangenen, der überdies stark aus einer Kopfwunde blutete, war eine Fortsetzung der Grausamkeit. Wie eine erlegte Jagdbeute wurde der verletzte Gefangene an den Extremitäten abtransportiert. Der Kopf des Besinnungslosen baumelte dabei seltsam verrenkt, so daß befürchtet wurde, die Wärter hätten den Gefangenen totgeschlagen ...

Wir, die unterzeichnenden Gefangenen, machen Sie, Herr Ministerpräsident, politisch und moralisch mitverantwortlich für die gefährliche Körperverletzung an unseren Mitgefangenen.

... Wir Gefangene machen Sie für das weitere Schicksal des Gefangenen Yilmaz verantwortlich. Yilmaz dürfte sich mittlerweile im berühmten Haus III, der Vollzugspsychiatrie in der JVA Straubing, befinden.“

(Unterzeichner: 64 Gefangene der JVA Amberg)

— (Pressematerial der GRÜNEN) — (ekg)

Gegen die imperialistische Aggression am Golf!

Karlsruhe. An der Veranstaltung „Westeuropäische und US-Truppen raus aus der Golfregion! Solidarität mit dem kurdischen und palästinensischen Befreiungskampf!“ nahmen am 10. Oktober 50 Leute teil. Vertreter von ERNK und PLO berichteten über den Befreiungskampf in Kurdistan und die palästinensische Intifadah. Beide forderten die Bekämpfung der imperialistischen Aggression besonders in den imperialistischen Ländern gegen die Truppenstationierung der USA, WEU und NATO-Staaten. In der lebhaften Diskussion über den Irak betonte der Genosse der PLO, daß jetzt im arabischen Raum große Möglichkeiten für gesellschaftliche Veränderung durch revolutionäre und fortschrittliche Kräfte bestehen. 300 DM wurden für den kurdischen Befreiungskampf gespendet. — (rub)

NPD bricht Veranstaltung am 3. Oktober ab

Schwenningen. Anlässlich der Reichsgründung hielt die NPD eine Einheitsfeier ab. Es redeten Jürgen Schützinger (Landesvorsitzender Ba-Wü, Kreis- und Stadtrat in Villingen-Schwenningen), Martin Mußnug (Bundesvorsitzender) und Mathias Jäger (Landesvorsitzender der JN). Die ursprünglich als zweistündig geplante Kundgebung wurde nach nicht einmal einer Stunde abgebrochen. Ungefähr 100 örtliche AntifaschistInnen erschienen trotz kurzfristiger Mobilisierung. Diese störten die NPDler und ihre Anhänger mit Pfeifkonzert, Topfdeklern, Transparenten und Parolen so massiv, daß die Faschisten ihr eigenes Wort nicht mehr verstanden und lieber aufgaben. — (frw/hat)



Köln. Nachdem der Prozeß gegen das Angehörigen-Info bereits im August verschoben wurde, fand der Prozeß am 17. Oktober wieder nicht statt. Der Richter fand keinen großen Gerichtssaal für die 100 Zuschauer und vertagte daraufhin ohne Rücksprache mit den Angeklagten den Prozeß auf unbestimmte Zeit. Der durch das Verfahren erzeugte Druck auf die Redaktion hält damit an. — (jöd)

Nachkonditionierung gestoppt

Keine Überführung der „Mol-Fässer“ von Gorleben nach Duisburg

Norderstedt. Seit ihrer Inbetriebnahme im Jahre 1984 stehen auf dem Zwischenlagergelände in Gorleben 1290 Atommüll-Fässer in kompakten Stapeln. Im Zuge des Transnuklearkandals im Januar 1988 wurde bekannt, daß

sich unter ihnen auch 302 im belgischen Mol konditionierte Fässer befanden, die nicht nur schwach-aktiven Abfall, sondern auch Kernbrennstoffe enthalten sollten. Jetzt macht Gorleben wegen dieser Fässer wieder von sich reden.

Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg erstattete schon 1988 wegen der Mol-Fässer Strafanzeige gegen die Brennelementlager Gorleben GmbH (BLG), Tatbestand: Illegaler Betrieb einer Atomanlage. Die zuständige Lüneburger Staatsanwaltschaft ließ daraufhin zwar die Mol-Fässer als Beweismittel beschlagnahmen; aber erst in diesem Jahr bemühte sich das inzwischen rot-grüne Umweltministerium in Hannover um „rückhaltlose Aufklärung der Vorgänge im Zusammenhang mit dem Transnuklearkandal“.

Im August dieses Jahres wanderten stichprobenartig fünf Fässer zur Untersuchung in die Kernforschungsanlage (KFA) nach Jülich, wo auch prompt festgestellt wurde, daß ihr Inhalt nicht den Angaben auf den Begletpapieren entsprach. Für solche Überprüfungen verlangt die KFA normalerweise 150000 DM pro Faß, 1290 würden also für die BLG Kosten in Höhe von etlichen Mio. Mark verursachen.

Daraufhin fiel die rückhaltlose Aufklärung der Hannoveraner Regierungskoalition unter den Tisch. Jetzt sollten die Fässer in die ehemaligen Lagerhal-

ten des Thyssen-Konzerns nach Duisburg transportiert und dann von der Duisburger Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) nachkonditioniert werden, d.h. man wollte den genauen Inhalt feststellen und den gesamten Müll in Konrad-Containern „endlagerfähig“ verpacken.

Die BI Lüchow-Dannenberg war empört. Ein solches Verfahren bedeute eine vorsätzliche Beseitigung der Beweismittel „Mol-Fässer“. Die Annahme der Fässer mit ungeklärtem Inhalt, die laut Strahlenschutzverordnung der Annahme von kernbrennstoffhaltigem Abfall gleichkomme, sei ein Verstoß gegen die Betriebsgenehmigung der GNS. Wenn außerdem der TÜV Hannover behauptete, die 302 Mol-Fässer könnten aus den insgesamt 1290 Fässern mit Hilfe eines sogenannten Gammascanners herausgesichtet werden — aus der Strahlung der „Leitnukleide“ Kobalt 60 und Cäsium soll z. B. auf den Gehalt von Plutonium geschlossen werden —, dann sei das „reines Blendwerk“. Bei einem Atomphysiker des Ökoinstituts in Darmstadt löste diese Methode eine gewisse Belustigung aus: „... die haben ja immer

tollere Ideen.“ Bei Stichproben wurde 1988 in einigen Fässern, die gerade kein Cäsium enthielten, Plutonium gefunden. Damit wäre ein Rückschluß von Cäsium auf Plutonium hin möglich.

Die „Bürgerinitiative gegen radioaktive Verseuchung“ in Duisburg, die in dieser Fässer-Angelegenheit eine Atomfilzuntersuchung startete, fand heraus, daß ausgerechnet der ehemalige Geschäftsführer der Transnuklear (TN), Henning Baatz, der seinerzeit bei der Mol-Affäre schwer belastet worden ist, weil er an den Atom-Schiebereien verdient haben soll, jetzt Geschäftsführer der GNS ist!

Seit dem letzten Herbst hat diese BI alle zuständigen Behörden und Lokalpolitiker aufgefordert, „die illegale Annahme der Fässer zu verhindern“. Ende September dieses Jahres untersagte endlich das Duisburger Gewerbeaufsichtsamt der GNS, Fässer aus Gorleben anzunehmen und in Duisburg nachzukonditionieren. Die Atommüllfirma habe bisher nicht den Beweis erbracht, daß bei den Gorlebenfässern die in der sogenannten Umgangsgenehmigung enthaltenen Vorschriften erfüllt seien. — (edl)

Kundgebung am 18. Oktober

BAW fordert zwölf Jahre Haft gegen Luitgard Hornstein

Stuttgart. Im seit Mai diesen Jahres andauernden Verfahren gegen Luitgard Hornstein wegen angeblicher Beteiligung am Anschlag auf den Rüstungsbetrieb Dornier forderte die Bundesanwaltschaft (BAW) am 4. Oktober, dem 24. Verhandlungstag, vor dem 4. Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart-Stammheim zwölf Jahre Haft. Die Höhe der geforderten Verurteilung ergebe sich „aus der Schwere des Verbrechens, für das der gesetzlich vorgesehene Strafrahmen nicht ausreicht“. Ob Luitgard Hornstein unmittelbar an dem Anschlag beteiligt war oder nicht, ist nach Auffassung des Oberstaatsanwalts gleichgültig. Entscheidend sei, daß sie als „vollwertiges Mitglied in die Tätergruppe integriert“ gewesen sei und damit Planung und Durchführung der Aktion „psychisch mitgetragen“ habe. Die BAW will eine erneute Verurteilung aufgrund von „Lebenssachverhalten“ durchsetzen — zu diesen „Lebenssachverhalten“, die über weite Strecken Verhandlungsgegenstand waren, zählt z.B. die Teilnahme an einer militanten Demonstration, der Besitz und das Studium „linksradikaler“ Schriften und die Diskussion mit Leuten aus der RAF.

Noch am gleichen Verhandlungstag wurde erneut in die Beweisaufnahme eingestiegen. Die Verteidigung äußerte den begründeten Verdacht, daß Landes-

kriminalamt und Bundesanwaltschaft Entlastungsmaterial unterdrücken und damit die Gerichtsakten fälschen. Dieser Verdacht konnte bisher nicht ausgeräumt werden. Die weitere Terminierung der Verhandlung und damit auch der Plädoyers der Verteidigung ist derzeit ungewiß, der Vorsitzende Richter gibt immer nur den jeweils nächsten Verhandlungstag bekannt, was eine Mobilisierung zum Prozeßbesuch ziemlich erschwert.

Am Samstag, den 13. 10., demonstrierten etwa 150 Leute mit Parolen für Luitgards Freilassung durch die Stuttgarter Innenstadt. Am 18. 10. beteiligten sich 40 Leute an einer Kundgebung vor dem Gefängnis. Dort wurden Redebeiträge gehalten zum Prozeßstand gegen Luitgard Hornstein, zum 18. Oktober 1977 und den Anzeichen eines neuen '77 an den Gefangenen sowie zur Unterstützung der Protestaktion von Gefangenen in Stammheim, die ihre Amnestierung forderten und gegen die z.T. jetzt wegen „Verdacht der Gefangenemeuterei“ ermittelt wird. Zur Kundgebung aufgerufen hatte die Prozeßgruppe für Luitgard Hornstein unter den Forderungen: Kein neues '77 an den Gefangenen! Keine Bestrafung von Beteiligten an der Häftlingsrevolte! Luiti muß raus! Stammheim — Es reicht!

Quelle: Flugblatt der Prozeßgruppe — (evc)

Die Textilfertigung bleibt doch

Teilerfolg der Belegschaft von Mercedes

Mannheim. Der Protest und die Arbeitsniederlegung der Beschäftigten im Mannheimer Omnibuswerk von Mercedes-Benz (ca. 14000 Beschäftigte) hat Wirkung gehabt. Auch für die neue Modellreihe des 190er sollen die Sitzbezüge und die Kopfstützen in der Textilfertigung in Mannheim hergestellt werden.

Allerdings mußte der Betriebsrat bei den Verhandlungen auch einige Kröten schlucken: Nur 300 der 400 Arbeitsplätze werden zukünftig garantiert. D.h. 100 Arbeitsplätze fallen weg. Gekündigt darf zwar keiner werden, dafür sollen Arbeiterinnen der Textilfertigung umversetzt werden. Darüber hinaus anfallende Arbeiten, also sogenannte Produktionsspitzen, sollen dann doch fremdvergeben werden.

Außerdem ist eine noch weitergehende Flexibilisierung der Arbeitszeit vorgesehen. Neben dem Zwei- und Normalschichtbetrieb soll ein „Modell schichtfreier Arbeitsplätze in Teilzeitarbeit“ geschaffen werden, sogenannte Hausfrauenschichten. Das bedeutet Teilzeitarbeit von 14.45 Uhr bis 19 Uhr und abwechselnd Zwei- bis Drei-Tageweche in der Normalschicht. Vorteil für Mercedes-Benz: Die Maschinenlaufzeiten werden über die Arbeitszeiten der Normalschicht verlängert, aber die Schichtprozentage wie bei der Zweischichtarbeit fallen weitgehend weg.

Für die „Hausfrauenschichten“ haben sich bis jetzt nur sehr wenige freiwillig gemeldet. Wer arbeitet denn auch schon gern in Teilzeit und Schicht. Sei der Bedarf aus den eigenen Reihen nicht zu decken, „dann gehen wir auf den Arbeitsmarkt“, so kündigte der Personalleiter Sauer an. Bedenklich ist, daß der Gesamtbetriebsratsvorsitzende dieses Fleximodell als „mütterfreundlich“ preist.

Trotzdem ist das Ergebnis für die Beschäftigten der Textilfertigung (von den 400 Beschäftigten sind 300 Frauen) ein Teilerfolg. Die geplante Verlagerung der Textilfertigung an eine billigere Textilfirma (die geplante Kostenersparnis beträgt 10 bis 20 Millionen Mark pro Jahr) ist zunächst mal abgewehrt. Für die etwa 3000 Beschäftigten in den anderen Textilfertigungen von Mercedes-Benz in Sindelfingen, Bremen, Düsseldorf und Wörth dürfte das Ergebnis in Mannheim zudem eine Signalwirkung für künftige Auseinandersetzungen haben.

Die konzernweite Fremdvergabe der Textilfertigung, der Kunststoffproduktion u.a. ist Teil eines zehnjährigen Kostenkürzungsprogramms, mit dem der Vorstand die Fertigungstiefe senken und gleichzeitig 10000 Arbeitsplätze weg-schaffen will. — (scr)

ÖTV für Erhöhung der Gewerbesteuer

Hannover. Mit einer Stellungnahme des Kreisvorstands Hannover der ÖTV an alle Ratsfraktionen will die Gewerkschaft Einfluß auf die Haushaltsberatungen für 1991 nehmen. Kernpunkt ist die Anhebung der Gewerbesteuer um 25 auf 450 Prozentpunkte, was der Stadt Hannover zusätzliche Einnahmen von rund 25 Mio DM brächte. Die Gewerkschaft ÖTV fordert zusätzlich zum Haushaltsentwurf weitere 7 Mio DM zur Umsetzung des Kita-Fachprogramms, außerdem jährlich 2 bis 2,5 Mio. DM zur Sanierung und Erweiterung von Kindergärten. In der Altenpflege müßten 40 neue Stellen geschaffen werden sowie 20 zusätzliche Stellen in der Haus- und Familienpflege der Sozialstationen. Außerdem will die ÖTV Verbesserungen im Dienstleistungsangebot der Büchereien. — (rec)

Stiehl für zweijährige Einzelhandels-Ausbildung

Karlsruhe. Unvershämmt fordert der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsstages, Hans Peter Stiehl, im Handelsblatt vom 19.10. neben der dreijährigen Kaufmann/Kauffrau-Ausbildung die Beibehaltung der zweijährigen Verkäufer/Verkäuferinnen-Ausbildung: „Es gebe nach wie vor viele eher praktisch begabte Jugendliche.“ „Eine umfassende Ausbildung entspreche nicht der Eignung und Neigung dieser Jugendlichen.“ 1987 vereinbarten die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und die Gewerkschaft HBV die neue Ausbildungsordnung im Einzelhandel. 1989 konnten letztmals zweijährige Ausbildungsverträge abgeschlossen werden. — (rub)



Stuttgart. Ca. 12000 Erzieher, Eltern und Kinder aus dem Mittleren Neckarraum beteiligten sich an der Demonstration der ÖTV am 13.10. zur Situation im Kindertagesstättenbereich. Anlaß dafür war die beginnende Tarifaufseinerseitigung um eine bessere Eingruppierung im Sozial- und Erziehungsdienst, anstehende Gebührenerhöhungen und verschärfter Mangel an Kindergarten- und Tagheimplätzen. — (mok)

„Entrüstet Daimler!“ Demonstration am 17. November

Stuttgart. Die Kampagne „Produzieren für das Leben — Rüstungsexporte stoppen“, die von etlichen Gruppen vor allem aus der christlichen Friedensbewegung getragen wird, begann am Antikriegstag 1989 mit einer Anzeigenaktion anlässlich der Fusion Daimler — MBB. Die bundesweite „Entrüstet-Daimler“-Demonstration am 17.11. soll „auf vielfältige und einladende Art unseren Protest gegen die Rüstungsproduktion und den Rüstungsexport der Firma Daimler-Benz und der Bundesregierung zum Ausdruck“ bringen. Im Aufruf heißt es: „Wir fordern von der Daimler-Benz AG und der Bundesregierung den Stopp aller Rüstungsexporte, die Umstellung der Rüstungsproduktion auf sozial nützliche und ökologisch sinnvolle Güter, die demokratische Beteiligung der Gewerkschaften, Kommunen, KonsumentInnen über das ‚Was‘ und ‚Wie‘ dieser Konversion, die sofortige Einstellung der Rüstungswerbung, die Umschichtung des Verteidigungshaushaltes und der Gelder für ‚Forschung und Entwicklung‘ zugunsten sozialer, ökologischer und entwicklungspolitischer Projekte, den sofortigen Stopp des Jäger-90-Programms. ... Warum gerade Daimler-Benz? ... Daimler ist nach der Fusion mit MBB der Hoflieferant der Bundeswehr. Bei fast allen Waffensystemen zu Lande, zu Wasser und in der Luft ist Daimler dabei. Daimler ist der größte bundesdeutsche Rüstungsexporteur. ... Das Daimler-Benz-Management spricht zwar viel von der Umstellung auf zivile Produktion, betreibt aber weiterhin zielgerichtet den Ausbau zu einem der weltweit größten und schlagkräftigsten Rüstungskonzerne.“ — (evc)

Massive Arbeitsplatzvernichtung bei Wamsler

Vertrauensmann L. Steinert kämpft um Wiedereinstellung vor dem Landesarbeitsgericht

Nach einem Redebeitrag auf der Betriebsversammlung wurde Lothar Steinert gekündigt. Er hatte berechtigte Kritik geübt und unter dem Beifall der Kollegen höhere Löhne gefordert. In der Öffentlichkeit und aus Betrieben gab es

breite Proteste. Inzwischen hat Wamsler Pläne zur Produktionsverlagerung nach Ungarn offengelegt. Emaille-Abteilung und Montage werden geschlossen und damit ca. 190 der jetzt 400 Arbeitsplätze vernichtet.

München. Von der Produktionsverlagerung nach Ungarn verspricht sich Wamsler immense Einsparungen vor allem bei Lohn- und Produktionskosten. Zu diesem Zweck haben sie sich in eine bereits bestehende Firma eingekauft. Offiziell werden keine Entlassungen vorgenommen. Tatsache aber ist: Über einen schon mit dem Arbeitsamt abgesprochenen Sozialplan werden die älteren Kollegen nach Hause geschickt, d.h. sie erhalten ein Jahr lang ihren bisherigen Lohn und weitere 20 Monate Arbeitslosengeld.

Eine Abfindung ist bis heute nicht vorgesehen. Während in anderen Abteilungen, z.B. Schweißerei oder Großküche Überstunden verlangt werden, sollen die Kollegen der betroffenen Abteilungen zur Kündigung gedrängt oder rausgeekelt werden. Neueinstellungen gibt es nur unter Zeitverträgen. Der Betriebsrat versichert im Einklang mit der Geschäftsleitung, daß niemand gegen seinen Willen entlassen werde. Bis Mitte nächsten Jahres soll die beabsichtigte Schließung erfolgt sein. In der Montage, wo die Herde und Öfen zusammenge-

baut werden, läuft bereits jetzt nur noch ein Band, das andere ist stillgelegt.

Um diese finsternen Pläne ungestört und reibungslos durchziehen zu können, braucht Wamsler absolute Ruhe im Betrieb. Ein kritischer Vertrauensmann, der die Kollegen um ihre berechtigten Forderungen zusammenschließt, ist für die Geschäftsleitung gefährlich. Nachdem das Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung von Steinert entschieden hat, hat Wamsler erneut gekündigt und ist in die Berufung gegangen. Mittlerweile geht es nicht mehr um einen möglichen innerbetrieblichen Kündigungsgrund, sondern um die Tatsache, daß Steinert sich in der Öffentlichkeit gegen seine Entlassung gewehrt hat. Dafür soll er mit Entlassung bestraft werden, das ist die Grundlage des bereits in der ersten Instanz gestellten Auflösungsantrages.

Mit fast 30 Beschäftigten will Wamsler jetzt in der zweiten Instanz belegen, daß Lothar Steinert sich öffentlich für seine Wiedereinstellung stark gemacht hat, als ob dies ein Straftatbestand sei. Unter Druck werden die Kollegen gehalten, auf einer Liste zu bestätigen, daß sie Steinert am Informationsstand des

Solidaritätskomitees gesehen hätten. Auch der Betriebsrat hat sich inzwischen offen auf die Seite der Geschäftsleitung geschlagen. Während der Betriebsrat sich bei der ersten Kündigung einer Stellungnahme enthielt, hat er nach Rücksprache mit der Ortsverwaltung der IG Metall der zweiten Kündigung ausdrücklich zugestimmt. Voller Stolz hat Wamsler dies in der Klageschrift vermerkt: „Der Betriebsrat hat der Kündigung ausdrücklich zugestimmt und hat festgestellt: ‚Abschließende Stellungnahme des Betriebsrats: Um den Betriebsfrieden in der Firma zu wahren, stimmt der Betriebsrat der Kündigung zu. Herr Steinert hat sich durch Flugblätter und Informationsstände geschäftsschädigend verhalten.‘“ Das „Solidaritätskomitee Lothar Steinert“ tritt ein für den Erhalt aller Arbeitsplätze bei Wamsler, gleichzeitig ruft es alle Kollegen auf, durch ihre Anwesenheit vor Gericht die Wiedereinstellung von Lothar Steinert zu unterstützen. Die Gerichtsverhandlung findet statt am Do., den 15.11.90, um 10 Uhr vor dem Landesarbeitsgericht in München, Winzerstr. 104. — (los, ecg)

Stahl: IGM kündigt Überstundenboykott und Warnstreiks an

Oberhausen. Nach drei Jahren Pause beginnen am 26.10.1990 neue Tarifverhandlungen für die Stahlindustrie NRW, Südwestfalen und Bremen. Ebenso wie die Forderungen der IG Metall — Vorgehenanhebung der Tariflöhne auf das Niveau der metallverarbeitenden Industrie, 10 % mehr und Einführung der 35-Stunden-Woche — hatten die Kapitalisten auch frühere Verhandlungstermine rundweg abgelehnt. Bei einer Konferenz von Betriebsräten und Vertrauensleuten in Oberhausen rief der stellvertretende IG Metall-Vorsitzende Zwickel deshalb dazu auf, ab 1.11. Überstunden zu verweigern. Diese Maßnahme kann die Kapitalisten durchaus treffen: Allein bei Krupp Stahl in Bochum wurden im August bei knapp 5000 Beschäftigten 43500 Stunden Mehrarbeit verfahren. Schon früh sollen auch Warnstreiks stattfinden. — (wof)

IGM gegen Streichung der Berlinförderung

Berlin. 6,2 Mrd. DM erhalten die Kapitalisten 1990 an Steuervergünstigungen in Westberlin. 3 Mrd. DM erhalten die Arbeitnehmer in Form einer netto ausgezahlten 8 %igen Zulage auf den Bruttolohn. Als „Arbeitnehmer“ zählt auch jeder Geschäftsführer. Manche erhalten so mehr Berlin-Zulage als Industriearbeiterinnen Lohn erhalten. Die Gewerkschaften kritisierten in den vergangenen Jahren, wenn auch schwach entwickelt, diese Form der Berlin-Förderung. Jetzt will die Bundesregierung diese Berlin-Förderung beseitigen. Anstatt die Mitglieder gegen die Streichung der Berlin-Zulage breit zu mobilisieren, soll der „Schulterschuß“ mit den Kapitalisten hergestellt werden. DGB und IHK haben eine gemeinsame Erklärung für den Erhalt der Berlin-Förderung herausgegeben. Auf einer Konferenz der IGM wurde dies von vielen Kolleginnen und Kollegen kritisiert und eine Protestkundgebung während der Arbeitszeit gefordert. — (kla)

Streichung der Berlin-Zulage für Polizisten bei „Ost“-Einsatz

Berlin. Trotz öffentlicher Bekundungen, daß die Berlin-Zulage (8 % unversteuert auf den Bruttolohn) noch über die Jahrhundertwende erhalten bleibe, gibt es erste Anweisungen des Finanzsenators auf Streichung derselben. Betroffen sind vorerst Beamte, und zwar Polizeibeamte, die aufgrund der Verwaltungseinheit vorübergehend in den Ostteil der Stadt abgeordnet wurden. Ihnen soll die Berlin-Zulage nach 12 Monaten gestrichen werden. Wer dagegen in den Ostteil der Stadt versetzt wird oder dessen Dienststelle dorthin verlegt wird, muß noch früher mit dem Wegfall rechnen. Nach Aussagen des Vorsitzenden der Berliner GdP sind derzeit rund 2500 Beschäftigte davon betroffen. — (har)

9%, mindestens 300 DM

Tarifverhandlungen bei Versicherungen und Banken

Hamburg/Frankfurt. Für die diesjährigen Tarifrunden in Versicherungen zum 1.10. sowie Banken zum 1.11. hat die Gewerkschaft HBV erstmals seit den siebziger Jahren wieder eine Festgeldkomponente in die Forderungen aufgenommen. Für die Auszubildenden in den Versicherungen werden einheitlich 120.- DM, bei den Banken 130.- DM für alle Ausbildungsjahre gefordert. Verhandelt wird aber nur für Westdeutschland und Westberlin.

Nachdem der Arbeitgeberverband Versicherungen in der ersten Verhandlungsrunde mit einem Null-Angebot ankam, gab es am 5. Oktober ein Angebot von nackten 4,8 %. Gegenüber den Bestandteilen Mindestbetrag und Festgeld tritt die Arbeitgeberseite mit einem glasharten „Nein“ auf.

In Betrieben waren zuvor verstärkt Mindestbeträge und sogar wieder Festgeldforderungen aufgestellt worden, die HBV-Betriebsgruppe Deutscher Ring erklärte z.B.: „Der reale Nettolohn der Arbeitnehmer/-innen ... lag 1989 nur um 1 Prozent über dem Stand von 1979. Im vergangenen Jahr gingen die Nettolöhne ... erneut um 1 % zurück. In den letzten Jahren haben die Beschäftigten in den Versicherungen die Arbeitszeitverkürzung mit Abschlägen bei den tariflichen Gehaltserhöhungen bezahlt. Entsprechende Einstellungen wurden jedoch nicht vorgenommen, was zu einer weiteren Erhöhung der Arbeitsintensität geführt hat. ... Angesichts der immer noch großen Abstände zwischen den Tarifgruppen ... ist es diesmal erforderlich, eine Forderung aufzustellen, die einheitlich wirkt.“

Die Spanne der Tarifgehälter in den Versicherungen reicht von 2318 bis 4957 DM. Die angebotenen 4,8 % würden demnach eine Bruttoerhöhung zwischen 111 DM und 238 DM bedeuten. Selbst zwischen den stark belegten Tarifgruppen 3 und 6 würde sich die Kluft in den Endgehältern noch einmal um 70.- DM vergrößern. Der Mindestbetrag würde dem weiteren Auseinanderdriften des Tarifs entgegenwirken.

Die aktuelle Situation hat die Lage in dieser Tarifrunde noch einmal drastisch verschärft: Preissteigerungen von inzwischen bald 4 %. Mietenexplosion in den Ballungszentren, in denen die meisten Versicherungszentralen angesiedelt sind, anstehende Steuererhöhungen bei gleichzeitiger enormer Auspowerung der Beschäftigten. Zwischen 30 % und 50 % liegen die Zuwachsraten der letzten Monate in der Branche, teilweise noch weit darüber — die Ergebnisse der DDR-Annexion werden in die Scheuer gefahren. Die Mehrarbeit wird fast ausschließlich über Überstunden und Verdichtung des Arbeitstages aufgefangen. Stammbelegschaften werden nicht aufgestockt, allenfalls gibt es Aushilfen für

die Antragserfassung. So beantragt z.B. die Hermes-Geschäftsleitung pauschal 25 Überstunden pro Angestellten und Monat, bei der Iduna wird ein Schichtbetrieb eingerichtet, um die Antragsflut zu bewältigen, es gibt allerorten Samstags- und sogar Sonntagsarbeit, die Abend-Überstunden gehen teilweise in Nacharbeit über, Telefonbereitschaft in der Bandbreite von 6 bis 20 Uhr wird eingeführt. In Westberlin werden z.T. Arbeitskräfte aus der DDR angeheuert — zu niedrigen DDR-Tarifen.

Bis zur nächsten Verhandlung am 25.10.90 finden in den Versicherungen etliche Aktionen statt. In Hamburg wurden in wenigen Tagen über 3000 Unterschriften gegen das Arbeitgeberangebot gesammelt (Stand 19.10.90). In der Hamburg-Mannheimer wurde eine Gleitzeitaktion durchgeführt, und die sieht so aus: Alle gehen um 15 Uhr — mit Ende der Kernzeit — nach Hause. In einer Umfrage von HBV und DAG hatten hier viele Kollegen erklärt, daß sie bereit wären, sich ggf. an einem Warnstreik zu beteiligen.

Auch bei den Banken — wo die Arbeitgeber in der zweiten Verhandlung am 22.10. 4,5 % angeboten haben — ist ein Hauptthema der auch infolge der DDR-Annexion gestiegene Leistungsdruck und die ausufernden Betriebszeiten. Insbesondere seit Einführung der Deutschen Terminbörse ist Nacharbeit in traditionellen Bankbereichen wie dem Wertpapierhandel eingerissen. In Wertpapier- und Auslandsabteilungen der Dresdner Bank-Hauptverwaltung wird Druck ausgeübt, durch versetzte Arbeitszeiten größere Betriebszeiten abzudecken. Ganze Abteilungen werden benötigt, statt um 8 Uhr morgens um 9 Uhr anzufangen. Bei Abordnung in die DDR ist ein 10- bis 14-Stundentag üblich. Die abgeordneten Beschäftigten werden in den West-Betrieben nicht ersetzt.

Angesichts dieser Situation provozieren die Bankarbeitgeber dazu noch in der ersten Verhandlungsrunde: Ihre Preisbeobachtungen hätten ergeben, daß es Belastungen nur punktuell und nur bei qualifizierten Spezialisten gebe. Im übrigen zeigten die Statistiken, daß es in Banken und Versicherungen die wenigsten Überstunden gebe.

Die Forderung von HBV nach mehr Mitbestimmung bei der Personalplanung dient sicher nicht unmittelbar einer Begrenzung von Überstunden und der Einstellung von Personal. Daß die Beschäftigten aber wenigstens die erhobene Anspannung ihrer Arbeitskraft entsprechend besser bezahlt bekommen, dafür gibt es Aussichten: Neben der Gehaltserhöhung fordert HBV Zuschläge und Freischichten für Schichtarbeit sowie ein 13. Stes Monatsgehalt für alle — (res, gsa)

PDS und Linke Liste/PDS in Berlin

Gemeinsame Offene PDS-Liste — eigenständige Tätigkeit im West-Teil

Die Änderungen des Berliner und Bundeswahlgesetzes veränderten auch für die Linke Liste/PDS (Landesverband Berlin) die Bedingungen einer Wahlbeteiligung. Anders als im Bundesgebiet gibt es aber starkes Interesse, den Diskussionsprozeß zwischen verschiedenen linken Strömungen weiterzuentwickeln. Dies wird in bisher 11 eingerichteten Arbeitskreisen versucht. Die Mitgliederversammlung am 6. Oktober faßte einen Beschluß zum weiteren Vorgehen: Die Linke Liste/PDS wird ihren organisatorischen Zusammenhang aufrecht erhalten, auch wenn die Bundespartei sich in einzelne Landesverbände der PDS umwandelt. Zur Wahlbeteiligung hat die LL/PDS beschlossen, daß sie keine eigene Liste aufstellt. Als eigenständiger Bündnispartner der PDS Berlin kandidiert sie auf der Offenen Liste der PDS. Die PDS soll bis Ende 1990 darauf verzichten sich auf den Westteil auszuweiten.

Entsprechend dem Angebot der PDS, die Hälfte der Listenplätze zur Abgeordnetenhauswahl Vertretern aus Ost- und Westberliner Organisationen und Bündnissen zur Verfügung zu stellen, legte eine weitere Mitgliederversammlung am 14.10. eine Kandidatenliste fest. Die Landesdelegiertenkonferenz der PDS am 17.10. berücksichtigte die Vorschläge für die Offene Liste. Vier Kandidaten und Kandidatinnen der Linken Liste/PDS sind auf aussichtsreichen Plätzen. Aus Ostberlin kandidieren u.a. Vertreter von Vereinigte Linke, Die Nelken, USPD und Unabhängiger Frauenverband. Sehr spät meldete auch ein neuer Kreis „Zasilo“ (Zwischen allen Stühlen — Initiative für eine linke Opposition) Ansprüche an. Für ihn wurde u.a. der kürzlich aus der AL ausgetretene Harald Wolf auf die Liste genommen.

Die Linke Liste/PDS hat als Voraussetzung zur Mandatsübernahme be-

schlossen, daß Bereicherung und „Mandatsklau“ ausgeschlossen sein sollen. Die Kandidatur ist mit der freiwilligen Selbstverpflichtung verbunden, Teile der Diäten (nach Lebenslage gestaffelt) in einen Fonds abzuführen und bei Verlassen der Fraktion das Mandat niederzulegen. Ähnliche Regelungen sind auch bei der PDS vorgesehen.

Die PDS Berlin verabschiedete auf ihrer Delegiertenkonferenz ein Kurzwahlprogramm für Berlin. Die folgenden Auszüge geben aus unserer Sicht einige interessante Diskussionspunkte wieder. — (ard)

„2. Für sicheres Wohnen und bezahlbare Mieten

... Wir fordern uneingeschränkten Kündigungsschutz für RentnerInnen, Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehende und kinderreiche Familien — keine Räumung in die Obdachlosigkeit. Wir fordern Mietpreisbindung, sozialverträgliche Instandsetzungs- und Modernisierungskonzepte, kommunale Absicherung alternativer Wohnungsprojekte und sozialen Wohnungsbau für ganz Berlin ...

6. Für die Interessen der Frauen! Für reale Gleichstellung von Frauen und Männern

... Wir treten ein für das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung über das eigene Leben und Selbstverwirklichung in allen Lebensbereichen, für das Recht auf Berufstätigkeit, für die Quotierung aller Ämter und Mandate. Wir sind für selbstbestimmte Schwangerschaft und kostenlose Schwangerschaftsverhütung, für die Übernahme und Erweiterung der DDR-Gesetze zur Freistellung nach der Geburt und zur Pflege erkrankter Kinder für Frauen und Männer ...

7. Für Chancengleichheit und ein Leben in Würde

... Im künftigen Landesparlament wer-

den wir Gesetzesentwürfe einbringen, die jegliche Diskriminierung untersagen. Wir fordern die konsequente Auseinandersetzung mit allen Ursachen und Erscheinungsformen von Rechtsradikalismus, Neofaschismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit. Wir fordern die juristische und soziale Gleichstellung aller Lebensformen, das uneingeschränkte Wahlrecht für AusländerInnen sowie ein umfassendes Asylrecht

9. Für eine wirkliche Demokratisierung Berlins

... Wir fordern die Chancengleichheit der politischen Opposition und werden für eine neue, demokratische Berlin-Verfassung, Landessozial-, Landesantidiskriminierungs-, Landesbildungs- und Hochschulgesetze kämpfen. Die Interessen der Menschen werden jedoch nur dann wirksam in den Parlamenten vertreten werden, wenn die Menschen selbst — v.a. über außerparlamentarische Aktionen — Einfluß auf die Entscheidungen nehmen können.

Erforderlich ist deshalb ein verbindlicher Rechtsstatus aller Interessenvertretungen der BürgerInnen. Im besonderen treten wir für das Rede- und Antragsrecht dieser Gremien im Parlament ein. Wir sind dafür, Gremien nach Art der Runden Tische für möglichst viele Sachfragen zu bilden und ihnen verbindliche demokratische Entscheidungsmöglichkeiten zu sichern ... Wir treten für die Abrüstung und die Demokratisierung der Polizei sowie für die vorrangig politische Lösung gesellschaftlicher Konflikte ein. Wir sind für wirksamen Datenschutz sowie für das Recht eines jeden, die über ihn erhobenen Daten einsehen zu können. Das Landesamt für Verfassungsschutz muß abgeschafft werden.“



Köln. 15000 Besucher nahmen am 20. Oktober an einer Festveranstaltung zum 12. Jahrestag der Gründung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) teil. Es gab Musik, einen Videofilm mit einer Grußbotschaft des Generalsekretärs der PKK und einen Videofilm über den Kampf der kurdischen ARGK-Guerilla. Eine Spendensammlung erbrachte mehr als 10000 DM für den kurdischen Befreiungskampf. — (rül)

Aus Ländern und Gemeinden

Gorleben: Bund klagt gegen Baustopp

Hannover. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat das Land Niedersachsen verklagt, im Wege einer einstweiligen Anordnung die weiteren „Erkundungsarbeiten“ am geplanten Lager für radioaktive Abfälle in Gorleben fortzuführen. Die Landesregierung hat den Baustopp für das Endlager verfügt, weil sie Gorleben nicht für geeignet hält und weil rechtlich notwendige Hauptbetriebspläne nicht vorliegen. Bei diesem Streit zieht sich Ministerpräsident Schröder auf Erklärungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Albrecht zurück, wonach ein Sicherheitskonzept vorhanden sein müsse, bei dem gewährleistet sei, daß „nicht ein Millirem Radioaktivität“ entweichen könne. Schröder betont unermüdlich, sich streng an das Recht halten zu wollen. Er grenzt sich damit von den Initiativen gegen Atomenergie ab, die der Meinung sind, daß der von der Landesregierung angekündigte „Ausstieg aus der Atomenergie“ nur dann kein bloßes Lippenbekenntnis ist, wenn die Landesregierung für eine Neubewertung der mit der Atomenergie verbundenen Gefahren in den atomrechtlichen Regelungen eintritt. — (kek)

ALL-Plenum diskutiert Eingreifen in den Wahlkampf

Konstanz. Das Plenum der Alternativen Linken Liste besprach am 10.10. das Eingreifen in den Bundestagswahlkampf: Die ALL wird nicht zur Wahl der Linken Liste/PDS aufrufen; zum einen, weil in ihren Reihen auch Gegner einer Wahlbeteiligung arbeiten, zum anderen wegen der ausgrenzenden Politik der baden-württembergischen Linken Liste. Sie will aber einen Beitrag zur Zusammenführung des Widerstands gegen das „4. Reich“ leisten. Ein Vertreter der PDS Dresden und eine Sympathisantin der Partei nahmen an der Diskussion teil. Sie kritisierten das undemokratische Vorgehen bei der Konstituierung der Linken Liste in Ba-Wü und sprachen sich für ein breites Bündnis der Linken ohne Ausgrenzung aus. — (jüg)

Bleiberechtsregelung für einen Teil der Flüchtlinge

Göttingen. Das niedersächsische Landeskabinett bereitet ein Bleiberecht für abgelehnte Asylbewerber und bestimmte Gruppen von Ausländern vor. Es soll zum 1. Januar 1991 wirksam werden und in Niedersachsen rund 20000 Personen betreffen. Im Bleiberecht eingeschlossen ist eine Arbeitserlaubnis. Soweit bekannt gibt es aber mehrere schwerwiegende Einschränkungen: bis zum Jahresende muß ein Antrag gestellt werden, es gibt keinen obligatorischen Anspruch. Asylbewerber müssen ihren Asylantrag zurückziehen, um Bleiberecht zu erlangen. Das neue Bleiberecht ist befristet, in Zukunft eintreffende Flüchtlinge haben kein Bleiberecht. Außerdem gilt das Bleiberecht nur für Flüchtlinge aus Afghanistan, Albanien, Irak, Iran, Libanon oder Sri Lanka oder für verfolgte Gruppen wie Palästinenser oder Kurden aus dem Libanon oder Christen oder Yeziden aus der Türkei. Z.B. ist weder von Sinti und Roma und der Mehrzahl der Flüchtlinge aus der Türkei die Rede und die Nichtnennung der Kurden aus der Türkei setzt kurdische Befreiungskämpfer weiterhin der drohenden Abschiebung aus. — (kek)

Faschistische OB-Kandidaten kamen nicht zu Wort

Stuttgart. Bei der offiziellen Kandidatenvorstellung sollte nach Rezzo Schlauch (Grüne), Manfred Rommel (CDU) und einem Einzelbewerber erst FAP-Kandidat Pape, dann der stellv. Bundesvorsitzende der Rep. Schlierer, reden. Außerdem saßen der NPD-Kandidat Schützinger und ein 2. Kandidat der FAP auf dem Podium. Die Faschisten hatten mit ihrem Anhang etwa ein Viertel des mit ca. 850 Zuhörern fast vollen Saales besetzt. 80 Antifaschisten im Saal — weitere 50 waren im Foyer — sorgten mit Parolen und Pfiffen dafür, daß der FAP-Beitrag dauernd unterbrochen wurde und Schlierer gar nicht mehr zu Wort kam. Der Versammlungsleiter, CDU-Bürgermeister Thieringer, brach die Vorstellung ab. Das Risiko einer Räumung sei ihm zu groß. — (evc)

Stadt will für Schwimmen im Bodensee kassieren

Konstanz. Die Haushaltsberatungen werfen ihre üblichen Schatten voraus: Erneut plant die Stadtverwaltung, Gebühren zu erhöhen. So will sie die Abwassergebühren um 10 Pfennig von 2,60 DM/cbm auf 2,70 anheben. Außerdem im Visier der städtischen Geldeintreiber: Die Eintrittspreise für Konstanzer Bäder. Der für alle Einrichtungen geltende Bäderpaß soll um 30 DM auf 280 DM für Erwachsene verteuert werden; Besucher des Kur- und Hallenbads sollen 50 Pfennig mehr Eintritt zahlen. Der größte Hammer: Wer künftig im Bodensee schwimmen gehen will, soll auch für das Stadtsäckel bleichen müssen. — (jüg)

Streibl soll Aufsichtsratsmandat bei MBB niederlegen

München. Die GRÜNEN im bayerischen Landtag haben Ministerpräsident Max Streibl vorgeworfen, als Aufsichtsratsvorsitzender von MBB „total versagt zu haben“. Nach den Worten des Landtagsabgeordneten der GRÜNEN Hans-Günther Schramm sei diese Feststellung noch eine „gelinde Formulierung“. In die Zeit, in der Streibl als Finanzminister den Aufsichtsratsvorsitz bei MBB innehatte, falle nämlich die hemmungslose Exportpolitik an den Irak. Als Vorsitzender des Aufsichtsrates habe es Ministerpräsident Streibl in der Hand gehabt, die MBB-Exportpolitik maßgeblich zu beeinflussen. Streibl müsse sich deshalb vorwerfen lassen, die schmutzigen Waffendeals des Konzerns „zumindest geduldet“ zu haben. Es stehe deshalb in der Verantwortung des bayerischen Ministerpräsidenten, wenn der bayerische Rüstungskonzern MBB zu einem der schlimmsten Kriegstreiber in der Welt geworden sei.

Schramm: „Die Aggression von Saddam Hussein stützt sich auf moderne Waffensysteme, die vom bayerischen Rüstungskonzern MBB stammen. Max Streibl war in den Jahren, in denen die Lieferungen erfolgten, Aufsichtsratsvorsitzender von MBB. Wer dieses Kontrollmandat übernimmt, trägt auch die Verantwortung für die Exportpolitik der Firma.“ Streibl habe diese Rüstungsexporte wenn nicht gar gut geheißenen, zumindest gefördert. „Ich fordere Ministerpräsident Streibl und Finanzminister Tandler auf, unverzüglich ihre Aufsichtsratsmandate bei MBB niederzulegen.“

Quelle: „Die Grünen in Bayern“ 7/90 — (ekg)



Heftige Auseinandersetzungen sind um die Frage des Geltungsbereichs bundesdeutscher Tarifverträge (BAT, BMT-G) im öffentlichen Dienst Berlins entbrannt. Im „Einigungsvertrag“ ist festgelegt, daß diese auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vorläufig keine Anwendung finden sollen. Innensenator Pätzold will darüber hinaus erreichen, daß in Berlin das sogenannte Wohnortprinzip gelten soll. Dies würde dazu führen, daß in ein und demselben ö.D.-Betrieb unterschiedliche tarifliche Arbeitsbedingungen und Entlohnung existieren würden. Hauptpersonalrat und ÖTV haben dieses Ansinnen abgelehnt. Bild: gewerkschaftliche Kundgebung im August vor dem Ministerratsgebäude in Berlin (Ost).

Evangelische Grundschule

Augsburg: Fromme reformerische Eltern willkommen

Augsburg. Etwa neunzig Personen haben am 4. Oktober an einer Veranstaltung der Evangelischen Kirche in Augsburg teilgenommen, die der Werbung für eine Grundschulgründung diente. Ab nächstem Schuljahr soll der Unterricht laufen. Die evangelische Kirche zieht damit nach — Anfang des Jahres hatte die katholische Kirche in Augsburg ihr Projekt der „freien katholischen Grundschule“ nach dem Stuttgarter „Marchtaler Plan“ vorgestellt. Über zwanzig Jahre nach dem Ende der bayerischen Bekenntnisschule finden somit Neugründungen statt, und zwar unter dem teilnehmenden Interesse kritischer Pädagogen. Pfarrer Kohl führte über die geistlichen Absichten folgendes aus: Die Grundschule soll ein evangelisches Profil haben, die Kinder als Geschöpfe Gottes gesehen werden, der Glaube an Gott soll das Verbindende zwischen Kindern, Lehrern und Eltern sein.

Während es in der Schule ja tatsächliche Interessenunterschiede und -gegensätze zwischen Unterrichteten, Unterrichtenden und Erziehungsberechtigten gibt, hofft die Evangelische Kirche of-

fenbar, solche Konflikte an einer Bekenntnisschule stark dämpfen oder lösen zu können durch die Gemeinsamkeit des Glaubens.

Die Vorbereitung der Schulgründung geschieht in Arbeitsgruppen, an denen sich Eltern beteiligen können. In pädagogischer Hinsicht ist die Planung geprägt durch die Augsburger Professorin Lichtenstein-Rother (Grundschuldidaktik). Ihre Ausführungen bei der Veranstaltung gingen in die Richtung, nicht eine Gegenschule zur staatlichen Schule zu machen, sondern „in gewissem Sinne Vorreiter für den Staat“ zu werden, also quasi moderner: Förderung der Leistungsbereitschaft statt Leistungsdruck; Stärkung des Vertrauens in die eigene Leistungsfähigkeit.

Das Diskussionsinteresse konzentrierte sich auf materielle Rahmenbedingungen und Aspekte der Didaktik. Zum Beispiel: Schulbeginn und Ende täglich zu regelmäßigen Zeiten notwendig für berufstätige Eltern; Hörtöffnung auch während der Schulferien; kein Schulgeld; Zugang auch für nichtreligiöse Kinder.

Daß Eltern-Interessen durchaus im Widerspruch zu den Interessen der Kinder stehen können, kam nicht zur Sprache. Gleichbleibende Anfangs- und Schulzeiten ohne Aussicht auf Ausfallstunden unterwerfen die Jugend sofort einer Art Arbeitsplatzdisziplin, um nur einen Punkt zu nennen.

Die verstärkte Zuwendung der großen christlichen Kirchen zum Grundschulbereich könnte mit veranlaßt sein durch: —zunehmende Religionsaustritte, damit sinkender Einfluß der Kirchen; —anhaltende Einwanderungsbewegung aus unterschiedlichen Ländern, damit sinkender Prozentanteil der christlichen Kirchen gegenüber anderen; —vollständiger Rückzug des Freistaats Bayern aus der Förderung von Schulerperimenten, damit wachsendes Interesse schulkritisch eingestellter Eltern und Lehrer an Privatschulen.

Das Gebiet der Schulreform den Kirchen zu überlassen, wäre ein fataler Fehler der Schülerbewegung und kritischer und gewerkschaftlich organisierter Lehrer. — (mif)

Bundeswehr-Einheiten nach Kurdistan?

Bundesregierung erwägt Entsendung von Truppeneinheiten an die türkisch-irakische Grenze, d.h. mitten in türkisch besetzte kurdische Gebiete

Die Bundesregierung erwägt eine Entsendung von Bundeswehreinheiten nach Kurdistan. Mitte Oktober wurde ein Interview von Verteidigungsminister Stoltenberg mit dem US-Magazin „Forbes“ bekannt. Darin erklärte Stoltenberg, daß die Bundesregierung bereit sei, deutsche Truppen „auf Anforderung“ an die 300 km lange türkisch-irakische Grenze zu schicken. Eine Entsendung könne „in sehr kurzer Zeit“ erfolgen. Voraussetzung dafür sei lediglich, daß es „einen Vorschlag gäbe, alliierte Truppen innerhalb der Nato-Strukturen (in die Türkei) zu schicken.“ Ein solcher Einsatz, so Stoltenberg weiter, sei „kein Verfassungsproblem“, weil das Gebiet zur Nato gehöre.

Tatsächlich ist die türkisch-irakische Grenzregion eines der Zentren des kurdischen Befreiungskampfes und des türkischen Kolonialkriegs gegen die kurdische Nation. Selbst wenn die Bundeswehr nicht direkt in die Kampfhandlungen der türkischen Armee gegen die kurdische Bevölkerung eingreifen würde, würden ihre Einheiten den Einsatz türkischer Truppen gegen das kurdische Volk zumindest absichern. Mit der Entsendung von Bun-

deswehreinheiten würde die Bundesregierung militärisch gegen den kurdischen Befreiungskampf intervenieren. Erst vor etwas mehr als einer Woche, am 16. 10., zerstörten türkische Einheiten erneut ein ganzes Dorf, das Dorf Kundes (Tosuntarla) im Kreis Pervari, mit über 100 Häusern, nachdem eine Woche vorher von ihnen bestellte „Dorfschützer“ einen Dorfbewohner nach dem Verlassen der Moschee erschossen hatten. Einen Tag vor dieser Dorfzerstörung hatten Einheiten der Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) eine ganze Nacht lang die Stadt Uludere (ca. 50000 Einwohner) besetzt gehalten und zahlreiche öffentliche Gebäude der türkischen Verwaltung in der Stadt beschossen. Am nächsten Tag verhafteten türkische Kräfte 110 Bewohner der Stadt.

Gleichzeitig mit der Ankündigung Stoltenbergs mehren sich die Anzeichen, daß die Imperialisten türkische Truppen zum Einsatz gegen den Irak treiben wollen. In der letzten Woche traten zuerst der türkische Außenminister, dann der türkische Verteidigungsminister zurück. Beide gaben Differenzen mit dem türkischen

Staatspräsident Özal als Begründung an. Özal hat sich bereits mehrfach für eine türkische Beteiligung am Golfkrieg ausgesprochen. Am 18. 10. traf Nato-Generalsekretär Wörner zu einem viertägigen Besuch in der türkischen Hauptstadt Ankara ein. Ende letzter Woche meldeten türkische Zeitungen, die Bundesregierung werde ihre militärische Türkei-Hilfe noch in den nächsten Wochen bedeutend aufstocken. Zusätzlich zu der für dieses Jahr zugesagten Rate von 130 Millionen DM sollten allein bis Jahresende weitere 110 Millionen DM Militärhilfe an die Türkei gezahlt werden.

Im folgenden dokumentieren wir erste türkische und kurdische Reaktionen auf das Bekanntwerden der Pläne der Bundesregierung. Zum Beleg für den Kolonialkrieg in Kurdistan dokumentieren wir zudem das Schreiben der türkischen Regierung an den Europarat, in dem sie die Menschenrechtskonvention für die kurdischen Gebiete aufhebt, sowie Berichte und Dokumente von neuen Angriffen auf die in türkischen Gefängnissen inhaftierten kurdischen Befreiungskämpfer. — (rül)

Kurdische Reaktionen auf Stoltenbergs Pläne: Kriegsprovokation!

Kurdische Abgeordnete im türkischen Parlament und Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen in den kurdischen Gebieten haben bereits gegen die Ankündigungen Stoltenbergs protestiert. „Dies ist nichts weiter als die Unterstützung türkischer Aggressionen und Kriegstreiberei“, erklärte der Abgeordnete Ahmet Türk. Türk wies auch auf bundesdeutsche Lieferungen von Leopard-Panzern an die Türkei hin. Diese Panzer würden in den kurdischen Gebieten eingesetzt. Er habe das Gefühl, daß Deutschland ebenfalls an einer „gewaltsamen Lösung der Kurdenfrage interessiert“ sei. Der Abgeordnete Türk gehört zu den ehemaligen Abgeordneten der Sozialdemokratischen Volkspartei (SHP), die wegen ihrer Teilnahme an einer internationalen Kurdenkonferenz in Paris aus der Partei ausgeschlossen wurden und nun als „Arbeitspartei des Volkes“ eine Fraktion im Abgeordnetenhaus bilden.

„Es gibt überhaupt keine Anzeichen dafür, daß der Irak die Türkei angreifen wird. Die westlichen Imperialisten wollen die Türkei in einen Krieg im Nahen Osten treiben. Der türkische Staatspräsident hat Appetit darauf. Doch ein Krieg im Nahen Osten führt nur zu einem Massaker am türkischen und kurdischen Volk. Das faschistische Saddam-Re-

gime darf nicht durch imperialistische Aggression, sondern muß durch den demokratischen Kampf der irakischen Völker gestürzt werden“, so der Istanbul Vorsitzende der Partei, Osman Özcelik. „Nein zum Krieg“ lautet die landesweite Kampagne aller fortschrittlichen Gruppen in der Türkei und Kurdistan.

Auch der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins der kurdischen Stadt Siirt, Zübeyir Aydar, und sein Kollege aus der kurdischen Stadt Diyarbakir, Hatip Dicle, bezeichnen die Ankündigungen Stoltenbergs als „Kriegsprovokation“. Systematisch würden in den vergangenen Monaten kurdische Dörfer und ganze Landstriche zwangsevakuiert. Das nun anstehende „Projekt der Militarisierung ist im Namen der Menschenrechte und der Demokratie eine Schande“, erklären Aydar und Dicle.

Die Istanbul Zeitschrift „Ülke“, die von prominenten kurdischen Intellektuellen getragen wird und trotz Pressezensur am 19. 10. erstmals erschienen ist, hat der Äußerung Stoltenbergs breiten Raum gewidmet. Kurdische Bauern kommen zu Wort. Unter anderem heißt es von ihnen: „Die Berge sind ohnehin voll mit Soldaten. Wenn Deutschland etwas schicken will, dann Menschenrechtskomitees und das Rote Kreuz.“

Kurdische Gefangene verschleppt Hungerstreiks gegen Verschleppung und Isolationsversuch

Im folgenden dokumentieren wir die vollständige Presseerklärung des Vorsitzenden der Zweigstelle Diyarbakir des Menschenrechtsvereins (IHD), Hatip Dicle, vom 9. Oktober 1990.

„Am 8. Oktober 1990 nach Mitternacht wurde im Gefängnis des Typs E von Diyarbakir eine Operation gestartet, wobei 95 Gefangene, darunter 86 linksgerichtete politische und 9 soziale Gefangene, deportiert wurden. Nach Berichten von Augenzeugen wurden die Gefangenen, die sich gegen diese Maßnahme wehrten, von Angehörigen der Spezialeinheiten mit Gewalt in die Transportwagen gezwungen. Dabei soll es Verletzte gegeben haben. Die Gefängnisleitung hat gemeldet, daß die Gefangenen in die Gefängnisse von Amasya, Aydin, Bursa, Bartin, Malatya, Canakkale, Ceyhan und Nazilli verlegt wurden. Gespräche von Anwälten mit ihren Mandanten werden nicht zugelassen. Ein Erlaß der Staatsanwaltschaft wird dafür als Begründung angegeben.“

Die Tatsache, daß fast alle 86 linksgerichteten politischen Gefangenen, unter denen sich die Vertreter der Gefangenen (gemeint sind die gewählten Gefangenensprecher. d. Übers.) Remzi Avci, Nurettin Yildirim und Ümit Dogan befinden, aus Vertretern der Gemeinschaftszellen und führenden Kadern ausgewählt sind, legen den politischen Charakter der Verlegung offen dar. Die Zuständigen sagen, daß die Verlegung erfolgt sei, um im Gefängnis „Ruhe und Sicherheit zu sichern“. Allerdings ist das Hauptziel politisch. Beabsichtigt ist, die Gefängnisse, die bei dem Erstarken der gesellschaftlichen Opposition eine nicht geringe Rolle gespielt haben, aus dieser Rolle zu entfernen und die gefangenen führenden Kader von den anderen Gefangenen und von der Gesellschaft zu isolieren.

Diese Verlegung ist ein Beweis dafür, daß die Maßnahmen in der Repressionsphase, die mit dem Dekret vom August (Dekret v. 1. 8. 88 zur Verschärfung der Haftbedingungen) begonnen wurden, sich verhärtet haben. Die jetzige Operation bezweckt, die Rechte der U- und Strafgefangenen, die sie zum Schutz ihrer Menschenwürde und um den Preis von Menschenleben erkämpft haben, wieder aufzuheben. Diese Maßnahme ist eine erste Vorbereitung zur Verlegung in das Einzelzellen-Gefängnis von Eskisehir, daß für Milliarden von Lira neu aufgebaut wurde und nach den Worten eines Wissenschaftlers dazu dient, die Gefangenen in den Wahnsinn zu treiben. Sie ist zugleich die erste Maßnahme, die im Gefängnis angewandt wird, nachdem die Türkei dem Europarat mitgeteilt hat, daß die Menschenrechte in der Region suspendiert wurden.

Diese Deportationsmaßnahme ist ein Anzeichen dafür, daß, wenn man dieses Ereignis zusammen mit der massiven Verhaftungswelle nimmt, die im Zentrum von Diyarbakir, in Bismil, Silvan, Cinar und anderen Kreisen seit dem Ausbruch der Krise zunehmend durchgeführt wird, in der Region nicht nur die Menschenrechte, sondern auch die Gesetze suspendiert sind. Denn nach den Gesetzen ist es nicht möglich, einen Gefangenen, gegen den noch verhandelt wird, in einen anderen Gerichtsbezirk zu verlegen. In diesem Sinne ist das Deportationsereignis vollkommen illegal. Außerdem ist die Mißachtung des Mindeststandards zur Behandlung von Gefangenen ein grober Verstoß gegen internationale Abmachungen.

Wenn man sich die schmerzhaften Erfahrungen der Vergangenheit vor Augen führt, dann liegt es auf der Hand, daß diese provokativen Maßnahmen in den Gefängnissen zu einer neuen Welle von

Hungerstreiks führen werden. Es liegt wiederum auf der Hand, daß die Verantwortung für die politischen Spannungen in der Gesellschaft und eine Reihe von Ereignissen, die mit dieser Welle zusammen beginnen werden, bei denen liegen, die diesen illegalen Deportationsbeschluß gefaßt und durchgeführt haben.

Ich richte eine dringende Warnung an den Justizminister und alle Zuständigen und rufe die demokratische Öffentlichkeit dazu auf, gegen diese willkürlichen Maßnahmen eine klare Haltung einzunehmen und sich mit den Gefangenen, deren Rechte auf das Größte mit Füßen getreten werden, zu solidarisieren.“

9. Oktober 1990

Erklärung des Kurdistan-Komitees Köln

Nachdem uns die oben dokumentierte Erklärung des Vorsitzenden des türkischen Menschenrechtsvereins in Diyarbakir, Hatip Dicle, erreicht hatte, erhielten wir weitere Informationen zur Verlegung der Gefangenen aus Diyarbakir:

Alle politischen Gefangenen, die verlegt wurden, waren in PKK-Prozessen angeklagt. Von den 86 politischen Gefangenen, die verlegt wurden, sind nur 5 rechtskräftig verurteilt, die restlichen 81

sind U-Häftlinge, deren Verlegung in andere Gerichtsbezirke nach dem Gesetz nicht zulässig ist.

Für das Gefängnis ist ein allgemeines Besuchsverbot für Angehörige und Anwälte verhängt worden. Die Gefangenen rufen aus ihren Zellenfenstern den Menschen, die sich am Gefängnis versammelt haben, zu: „Wir werden gefoltert und geschlagen.“

Es wird weiterhin mitgeteilt, daß alle vier Gefängnisblöcke für jeweils 10 Tage im Wechsel in den Hungerstreik getreten sind, also ein 40-tägiger Hungerstreik begonnen hat. Der Hungerstreik soll sich in ein Todesfasten umwandeln, wenn die Repressionen nicht aufhören. Einige Tage nach den Deportationen erreichte uns die Nachricht, daß in allen Gefängnissen, in die die Gefangenen zwangsweise verlegt worden sind, ebenfalls Hungerstreiks begonnen haben.

Bis zur Verlegung der 95 Gefangenen saßen im Gefängnis von Diyarbakir 200 bis 250 Gefangene.

Das Gefängnis von Diyarbakir galt viele Jahre als das berüchtigtste Folterzentrum in der Türkei. In den letzten zehn Jahren sind in diesem Gefängnis fast 70 Gefangene gestorben, durch Folter, in Hungerstreiks und in Selbstverbrennungs-Aktionen.

Dokumente des türkischen Kolonialterrors in Kurdistan

Dem Kurdistan-Komitee wurde ein wichtiges internes Papier des Rechtsberaters des türkischen Generalstabes zugespielt, daß wir im folgenden dokumentieren. Darin werden die berüchtigten Folterzentren auf einen Besuch des Antifolterkomitees der Menschenrechtskommission des Europäischen Rates vorbereitet und der Befehl erteilt, während des Besuchs „notwendige Vorkehrungen“ zu treffen. Dieses Schreiben ist eine grobe Verletzung der Europäischen Anti-Folterkonvention, die die Türkei angeblich ratifiziert hat. Dieses Schreiben beweist, mit welchen Mitteln die Türkei Menschenrechtsinstitutionen täuscht und „wie sehr sie die Menschenrechte achtet.“

DOKUMENT 071630 08 YL 90

Von: Justizberater des Generalstabes
nur für den Dienstgebrauch

AN: Kommandantur der Landstreitkräfte, Kommandantur der Marinestreitkräfte, Kommandantur der Luftstreitkräfte, Kommandantur der 2. Armee (eilt)
Kommandantur des 4. Armeekorps (eilt)
Kommandantur des 7. Armeekorps (eilt)

Information: Nationales Verteidigungsministerium;
Vorstand des Nachrichtendienstes des Generalstabes

Bezug (A) Schreiben des NV-Ministeriums vom 6. September 1990 und Nummer MIY: 29-107-90/AS.ADL.ISL.YETVE CZEY. S. (B) Befehlsmitteilung des Vorstandes des Generalstabes vom 0410300 SEP90 und Nummer AD.MÜS.: 0090-99-90 O.C. (C) Befehl des Vorstandes des Generalstabes vom 2. Februar 1990 und Nummer AD.MÜS.: 0050-99-90 (D) „Europäische Konvention zum Schutz von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe und Behandlung“ vom 25. Februar 1988, ratifiziert durch das Gesetz Nummer 3411

1. Der Bezug (B) hat per Botschaft mitgeteilt, daß das Europäische Komitee zur Verhinderung von Folter, das gemäß der Konvention in Bezug auf (D) eingerichtet wurde, einen Besuch in unserem Land plant und verlangt, daß man darauf vorbereitet ist.

2. Der Bezug (A) hat mitgeteilt, daß festgestellt werden konnte, daß die Orte, die die Komiteemitglieder dieses Mal besuchen wollen, Ankara, Diyarbakir und Malatya sind und daß sich außer dem Vernehmungszentrum der Regionalkommandantur der Gendarmerie in Diyarbakir unter der Verantwortlichkeit des Innenministeriums keine militärische Einrichtung im Besuchsrahmen befindet.

3. In diesem Zusammenhang ist auf die Möglichkeit zu achten, daß die Delegation sich während ihres Aufenthaltes in der Türkei entschließen kann, militärische Einrichtungen zu besuchen, in denen sich Personen befinden, die ihrer Freiheit beraubt sind und in militärischen Einrichtungen in Ankara, Diyarbakir und Malatya, wo der Besuch geplant ist, an Orten, die un-

ter die Konvention fallen, gemäß den Bestimmungen der Konvention notwendige Vorkehrungen getroffen werden.

Unterschrift

Sadi Cayci

Richter, dienstältester Major

Stellvertretender Justizberater

(unleserliche Unterschrift)

Anlage zum Brief JJ2243C vom 23. August 1990 —
Original englisch

„STÄNDIGE VERTRETUNG DER TÜRKEI
AN DEN EUROPARAT
ANZEIGE DER DEROGATIO GEMÄSS ARTIKEL 15
DER EUROPÄISCHEN MENSCHENRECHTSKONVENTION

1. Die türkische Republik ist in Südostanatolien einer in den letzten Monaten ständig sowohl im Umfang als auch in der Intensität gestiegenen Gefahr für ihre nationale Sicherheit als auch einer wachsenden Gefahr für das Leben der Nation im Sinne des Artikels 15 der Konvention ausgesetzt. Während des ganzen Jahres 1989 sind 136 Zivilisten und 143 Mitglieder der Sicherheitskräfte durch Terrorakte, die teilweise von Stützpunkten im Ausland aus unternommen worden sind, getötet worden. Allein seit Beginn des Jahres 1990 liegt die Zahl der Zivilisten bei 125 und die der Mitglieder der Sicherheitskräfte bei 96.

2. Die Gefahr für die nationale Sicherheit besteht vorwiegend in den Provinzen (*) Südostanatoliens und angrenzenden Provinzen.

Aufgrund der Intensität und Verschiedenartigkeit der terroristischen Aktionen und mit der Absicht, mit solchen Aktionen fertig zu werden, muß die Regierung nicht nur ihre Sicherheitskräfte einsetzen, sondern auch präventive Schritte unternehmen, um mit einer gefährlichen Desinformationskampagne der Öffentlichkeit, teilweise von anderen Teilen der türkischen Republik oder sogar vom Ausland aus gesteuert, und mit dem Mißbrauch der Gewerkschaftsrechte fertigzuwerden.

4. Schließlich hat die Regierung der Türkei, im Einklang mit dem Artikel 121 der türkischen Verfassung handelnd, am 10. Mai 1990 die Dekrete mit Gesetzeskraft Nr. 424 und Nummer 425 verkündet. Diese Dekrete können zum Teil zur Derogation folgender Vorschriften der Europäischen Menschenrechtskonvention und Grundfreiheiten führen: Artikel 5, 6, 8, 10, 11 und 13. Eine beschreibende Zusammenfassung der neuer Maßnahmen ist hier auch beigefügt. Die strittige Frage ihrer Verträglichkeit mit der türkischen Verfassung ist gegenwärtig vor dem Verfassungsgericht der Türkei anhängig.

5. Die Regierung der Türkei wird das Generalsekretariat des Europarates entsprechend informieren, wenn die Maßnahmen wieder außer Kraft gesetzt werden.

6. Diese Anzeige wurde nach Artikel 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention abgegeben.

* Diese Provinzen sind: Elazığ, Bingöl, Tunceli, Van, Diyarbakir, Mardin, Siirt, Hakkari, Batman, Sınak

Vorläufiges amtliches Endergebnis

Mecklenburg-Vorpommern				Brandenburg			Thüringen			Sachsen			Sachsen-Anhalt		
Parteien	Stimmen	in %	VK-W	Stimmen	in %	VK-W	Stimmen	in %	VK-W	Stimmen	in %	VK-W	Stimmen	in %	VK-W
Wahlbeteil.	926 189	65,2	92,9	1 310 810	67,4	93,5	1 441 525	72,1	94,5	2 699 854	73,5	93,6	1 455 309	65,6	93,4
CDU	343 311	38,3	36,3	374 181	29,4	33,6	637 037	45,4	52,6	1 417 177	53,8	43,4	550 642	39,0	44,5
SPD	241 866	27,0	23,4	486 843	38,3	29,9	319 218	22,8	17,5	502 763	19,1	15,1	367 099	26,9	23,7
PDS	140 193	15,7	22,8	170 480	13,4	18,3	136 408	9,7	11,4	269 200	10,2	13,6	169 115	12,0	14,0
FDP	49 096	5,5	3,6	84 439	6,6	4,7	130 010	9,3	4,6	138 404	5,3	5,7	190 723	13,5	7,7
Bündnis 90 Grüne	19 924 37 301	2,2 4,2	2,4 2,0	81 639 36 189	6,4 2,8	3,3 2,1	90 774	6,5	2,1	147 465	5,6	—	74 644	5,3	1,8
REP NPD	7 962 1 542	0,9 0,2	—	14 623 1 666	1,2 0,1	—	11 709 3 194	0,8 0,2	—	17 795	0,7	—	8 989 2 086	0,6 0,2	—

VK-W: Die Vergleichszahlen aus der Volkskammerwahl vom März 1990, umgerechnet auf das Gebiet der jetzigen Länder. Die PDS trat in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen und Sachsen im Bündnis mit anderen linken Parteien als Linke Liste/PDS an. Die Republikaner konnten in Sachsen wegen verspäteter Abgabe der Wahlunterlagen nicht kandidieren.

PDS kann sich bei den Wahlen stabilisieren

Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen im Osten deutlich geringer/PDS beschließt Kandidatur am 2. Dezember auch im Westen

Infas-Analyse der Landtagswahlen

Die Bürger im östlichen Teil Deutschlands hatten am 14. Oktober die Aufgabe und Chance, mit der Erstwahl von fünf Landesparlamenten die föderale Struktur der Bundesrepublik mit neuem Leben zu füllen, nachdem sie zehn Tage zuvor ihre alte staatliche Identität aufgegeben hatten. Sie genühten dieser Pflicht nicht mit ganzer Kraft: Die Beteiligung an der Wahl lag mit etwa 70 Prozent deutlich unter dem Spitzenwert vom 18. März, aber auch unter dem Kommunalwahl vom 6. Mai. Die Ernüchterung durch das politische Alltagsgeschäft und ein leichter Überdruß ob des dritten Wahlgangs binnen sieben Monaten — mit der Aussicht auf einen vierten in sieben Wochen — ließen den Elan sinken.

Zu schneller Übergang

Die zentralen Themen der Wahlentscheidung waren durch die Folgen der raschen Anpassung an Wirtschaft und Verfassung der Bundesrepublik bestimmt, die vielen Menschen in der ehemaligen DDR mittlerweile doch etwas zu schnell gegangen ist; so jedenfalls äußerte sich fast die Hälfte (46 Prozent) der Befragten vor der Wahl, mit Ausnahme der CDU-Anhänger, quer durch die politischen Lager. An der Spitze der Tagesordnung dieser Landtagswahlen standen klassische nationale Probleme: Arbeit, soziale Sicherung, Preise, für die Bürger der EX-DDR zugespitzt zu Fragen der Existenzsicherung. Die Landespolitik, die es ja noch gar nicht gab, konnte keine eigenständige Rolle dabei spielen.

Um so bemerkenswerter ist, daß die Wähler in den fünf neuen Ländern — ähnlich wie am selben Tag in Bayern — ihre Voten in einer sehr landesspezifischen Weise abgaben. Sie eröffneten damit die Möglichkeit, auch im Osten Deutschlands eigene politische Kulturen zu entwickeln.

Erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern

Die genaue Betrachtung der Wahlergebnisse zeigt zweierlei: daß das Wahlverhalten und die soziale Basis der Parteien in der ehemaligen DDR von denen der Bundesrepublik nach wie vor deutlich abweichen und die Angleichung nur langsam vorantritt; und daß sich erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern herauszubilden scheinen, die eher auf regionale organisatorische und personelle Besonderheiten als auf Merkmale der Sozialstruktur zurückzuführen sind.

Das Ergebnis weist auf den ersten Blick manche Gemeinsamkeiten mit der Volkskammerwahl auf. Die Reihenfolge der vier größten Parteien ist

in allen Ländern fast unverändert geblieben: CDU, SPD, PDS, FDP. Lediglich in Brandenburg hat die SPD die CDU vom Spitzenplatz verdrängt. In Sachsen-Anhalt gab es beim dritten Platz einen Tausch zwischen von der PDS zur FDP; in Sachsen spielte die DSU — vormals auf dem vierten Rang — wie überall nur noch die Rolle einer Splitterpartei. Auch das Gefälle zwischen den Ländern entspringt den bisherigen Wahlgängen: Die CDU-Hochburgen liegen im Süden, in Sachsen, wo sie die Arbeiter für sich gewann, und in Thüringen; am schwächsten ist die Union in Brandenburg.

Beim Vergleich der Wahlen vom März und Oktober ist zu beachten, daß sich die Parteienlandschaft in den vergangenen Monaten geändert hat. Demokratischer Aufbruch (DA) und Demokratischer Bauernbund Deutschlands (DBD) schlossen sich der CDU an; die Liberalen sind als FDP vereint; die Bewegungen der Bürgerrechtler und Ökologen schlossen sich (Ausnahme: Mecklenburg-Vorpommern) mal so mal so zu Listenverbindungen zusammen; auch die PDS ging im linken Lager Wahlbündnisse ein. Lediglich die SPD blieb in ihrer Organisation unverändert.

Die CDU leidet am meisten unter der Wahlenthaltung

Die Wanderungsbilanz, die Infas für die Oktober-Wahlen im Vergleich zur März-Wahl erstellt hat, zeigt Bewegungen teilweise innerhalb dieser Gruppen, teilweise allerdings auch Übergänge zwischen den nach Bonner Vorbild und den auf die DDR zugeschnittenen Parteien. Die zahlenmäßig und politisch wichtigsten Verschiebungen betreffen die Union: Einerseits nahm sie ehemalige Wähler von DA und DBD auf und übte eine starke Anziehung auf frühere DSU-Wähler aus, andererseits gab sie Anhänger an die FDP ab. Die Gewinne der SPD stammen teilweise aus dem CDU-Lager, teilweise von der PDS. Die größten Bewegungen allerdings gab es zur Wahlenthaltung hin, wobei die Partei des früheren Ministerpräsidenten Lothar de Maizière, die CDU, darunter mehr zu leiden hatte als die anderen Parteien.

Diese Stimmentwicklungen lassen sich in allen Ländern beobachten, aber eben in einer jeweils anderen Weise. Die größte Bandbreite der Entwicklung gab es für die CDU. Sie gewann in Sachsen 10,4 Prozentpunkte und verlor in Thüringen 7,2 Punkte. Die SPD konnte in allen Ländern zulegen: zwischen 2,4 Punkten in Sachsen-Anhalt und 8,3 Punkten in Brandenburg.

Infas für dpa aus „Süddeutsche Zeitung“, 17. 10. 1990

Zwar liegen noch keine ausführlichen Wahlanalysen über die fünf Landtagswahlen in den DDR-Ländern vor, doch einige Anhaltspunkte können aus den Ergebnissen und bislang vorliegenden Wertungen schon entnommen werden.

1. Die PDS ist künftig in allen Ländern vertreten. Trotz Stimmverlusten — gegenüber der Volkskammerwahl im März hat die PDS über 700 000 Stimmen verloren, d.h. 44 % ihrer damaligen Wähler — besteht damit die Hoffnung, daß die PDS bezogen auf das Gebiet der ehemaligen DDR eine langfristige parlamentarisch wirksame Oppositionspolitik durchführen kann. Die Existenz von Landtagsfraktionen wird auch dazu führen, daß die Tätigkeit der vielen Gemeinderäte und etlicher Bürgermeister, die der PDS angehören, Rückhalt erhält.

Diese Stabilisierung relativiert auch die Bedeutung der Bundestagswahlen am 2. Dezember für die weitere Entwicklung der PDS. Die Westausdehnung der PDS durch Übernahme der LL/PDS als Landesverbände der PDS kann so eher gelassen betrachtet werden. Niemand im Westen ist gezwungen, wegen der Solidarität mit der PDS eventuell Leute in Richtung Bundestag zu befördern, deren erklärtes Ziel es ist, ande-

re linke Kräfte in der BRD, insbesondere die DKP, zu zerbrechen.

2. Aussagen über eventuelle soziale Verschiebungen in der Wählerschaft sind derzeit noch ziemlich unsicher. Dennoch gibt es einige Hinweise. Die bei den Volkskammerwahlen im März und auch noch bei den Kommunalwahlen im Mai regional stark unterschiedlichen Ergebnisse der PDS haben sich angeglichen. Verloren hat die PDS insbesondere in Gebieten mit relativ vielen Staatsbeschäftigten, Armeeangehörigen u.ä. Gegenüber den Kommunalwahl so gar leichte Stimmgewinne erzielte die PDS in Thüringen und einzelnen Gebieten Sachsens mit überdurchschnittlich viel Industriearbeitern. Möglicherweise deutet sich hier eine gewisse Verschiebung in der sozialen Basis der Wählerschaft der PDS an. Eine genauere Analyse werden wir bei Vorlage der Daten nachliefern.

3. Die Faschisten erzielten durchweg eher schwache Ergebnisse, aber doch immerhin so viele, daß eine organisatorische Verfestigung und Etablierung auch im Osten zu befürchten ist. Direkte Hilfe leistete ihnen jetzt auch noch das Bundesverfassungsgericht, indem es die Hürde Unterschriftensammlung auf Antrag von NPD und ÖDP aufhob. — (alk)

PDS zum Wahlergebnis

Eine Stabilisierung der PDS als drittstärkste politische Kraft in den ostdeutschen Ländern zeigen die jüngsten Wahlergebnisse. Das stellte gestern das Präsidium des Parteivorstandes der PDS in Auswertung der Landtagswahlen auf einer Tagung in Berlin fest. Die Partei ist in allen fünf Landesparlamenten vertreten. Gleichzeitig wird in der Erklärung darauf hingewiesen, daß sich durch Währungsunion und DDR-Beitritt zur BRD erhebliche politische Veränderungen ergeben haben. Die PDS mußte überall — wenn auch sehr differenziert — Stimmenverluste registrieren. Im

Vergleich zu den Kommunalwahlen gab es aber in den Ländern Thüringen und Sachsen einen Anstieg. Weiterhin heißt es in der Erklärung: „Zur Analyse gehört jedoch, eindeutig darauf hinzuweisen, daß die PDS am 18. März 1990 noch von vielen gewählt wurde, die damit einen Beitrag zur Eigenständigkeit der DDR leisten wollten. Diese Motivation ist inzwischen weggefallen. Die Stimmen für die PDS sind eindeutig Stimmen für eine Oppositionspartei, für eine sozialistische demokratische Alternative.“

„Neues Deutschland“, 16. 10. 1990

PDS zur Bundestagswahl

Die PDS wird als einheitliche Partei an den Wahlen zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember teilnehmen. Den dafür notwendigen Beschluß faßten die Delegierten des 1. Parteitag, der am Sonntag in Berlin fortgesetzt wurde. Kern des Beschlusses ist, daß die Landesverbände der bisherigen Wahlpartei LINKE LISTE/PDS sich in eigener Regie zu Landesverbänden der PDS in den Bundesländern der ehemaligen BRD konstituieren können. Die bereits gewählten KandidatInnen für den 12. Deutschen Bundestag können auf den offenen Listen der neuen PDS weiterhin kandidieren. Für die entstehende Gesamtpartei, das wurde nach zum Teil heftiger Diskussion beschlossen, gelten Programm und Statut der PDS

In seinem Schlußwort betonte Parteivorsitzender Gysi, der nunmehr eingeschlagene Weg sei zwar nicht der ursprünglich erwünschte, aber doch eine große Möglichkeit, einerseits erfolgreich an den Wahlen teilzunehmen und zugleich auch die Diskussion um eine neu zusammenwachsende Linke in ganz

Deutschland weiterzuführen. Die PDS könne in diesem Prozeß neben anderem ein ausgeprägtes Gefühl und die Fähigkeit der Solidarität einbringen. . .

„Neues Deutschland“, 15. 10. 1990

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntägig
Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226
Tel.: 0221/21 64 42
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Christiane Schneider
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 1658, Datentelefon: 0221/2469 15.
Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 1144393600

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM.
Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Detjen; für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation; Spezialberichte: Alfred Küstler.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie, AGM, der AG Medien in der Volksfront, AGMe, des NH Chemische Industrie, AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik, AGB, der AG für Kommunalpolitik, AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront, VF.
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntägig:

Nachrichtenhäfte, hrsg. von
AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260226

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Grenzweg 4, 3000 Hannover 1

GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlag Hessen
Postfach 11 0822, 6000 Frankfurt 11

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg. Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 0,80 DM. Halbjahresabo 26 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich . . . Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 10 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52,— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26,— DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

2290

Okkultismus, New Age — „religiöse“ Bedürfnisse?

Von Klaus Hartmann, Vorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes

Ein buntes Treiben herrscht heute auf dem Markt der Möglichkeiten seelischer Entsorgung — ein unübersichtliches Angebot von Glaubensartikeln und hübsch aufgemachten Wahrheiten aller Art wetteifert um die Gunst der KonsumentInnen.

„Moderner“ Aberglaube — unvermeidlicher Begleiter unserer ach so überlegenen Gesellschaftsordnung? Neuer Irrationalismus — unverzichtbare Beigabe des „Neuen Denkens“? (Noch nie wurden in der Sowjetunion so viele Ufos „beobachtet“ wie in den letzten Monaten — aber luftbeweise durfte früher über derlei Luftbewegungen nur nicht berichtet werden.)

Kaum eine Buchhandlung, kaum ein größerer Verlag ohne ausgedehnte Esoterik-Abteilung. „Schicksal als Chance“, „Kraftzentrale Unterbewußtsein“, „Kontakte mit Deinem Schutzgeist“, „Tarot der Liebe“, „Kosmische Küche“, „Die astrologische Geburtszeitkorrektur“, „Die andere Offenbarung“ — kein Lebensbereich bleibt von der Irrationalismus-Welle verschont, Monatsmagazine wie „esotera“ haben sechsstellige Auflagenzahlen.

Ein „PSI-Kongreß“ in Freiburg, ein Kongreß „Geist und Natur“ in Hannover (unter Schirmherrschaft von Spielbanken-Albrecht), ein „Geistheil“ Wallimann aus der Schweiz zur besten Sendezeit im ZDF (er sei, behauptet er, der „göttlichen Kraft“ angeschlossen), und zum zehnjährigen Jubiläum der „summertime“-Feste in Frankfurt fährt im Finale „Eine Nacht in der Hölle“ ein leibhaftiger Teufel mit Schwefelgestank, aber umweltbewußt mit dem Fahrrad, ins Publikum. Kaum eine Stadt, in der nicht eine koreanische (oder andere) „Schule“ Kurse zum „Leben in Harmonie von Geist und Körper“ anbietet, und selbst Volkshochschulen sind schon auf diesem Trip.

Professionelle Messeveranstalter wandern von Stadt zu Stadt und beglücken die Bürgerhäuser mit „Esoterischen Tagen“ und ähnlichem, die neben Naturtextilien, Duftölen und Edelsteinen Bewußtseinsweiterung, Meditations-Workshops und Grenzwissenschaften im Angebot haben.

Wie stark der Aberglaube die verschiedenen Lebensbereiche erfaßt, wird deutlich, wenn ein Automobilclub Untersuchungen in Auftrag gibt, ob die Unfallhäufigkeit am 13. Tag des Monats im allgemeinen und am Freitag, dem 13. im speziellen höher ist als an anderen Tagen. Oder wenn das Bundesforschungsministerium, wie im vergangenen Jahr, Hunderttausende locker macht, um die Wirksamkeit von „Erdstrahlen“ wissenschaftlich untersuchen zu lassen. Wie bei allen Untersuchungen dieser Art zuvor wurden wiederum keine Beweise zutage gefördert, daß man mit Hilfe von Wünschelruten Ölquellen oder Wasseradern finden könne.

Geschäftemacher

Daß hingegen viele, die sich auf dem okkulten Markt tummeln, auf eine Goldader gestoßen sind, dürfte außer Frage stehen. Erwähnt sei hier als der erfolgreichste nur der Bagwhan im indischen Poona, (der allerdings zum Redaktionsschluß dieses Heftes von uns gegangen ist): Ihm diente selbst sein umfänglicher Rolls-Royce-Wagenpark als Zeichen der Göttlichkeit gegenüber seinen Gläubigern.

Barbara Wesel berichtet im „Kursbuch 86“ über die „Geistige Loge Zürich“, die „plötzlich von allen guten Geschäftsgeistern verlassen ist und das unerklärliche Verschwinden ihrer Spendenmillionen beklagen muß. Der Geistlehrer Josef und sein Medium hatten nämlich ein ordentliches übersinnliches Imperium aufgebaut. Immerhin dreitausend zahlungsfähige Mitglieder und siebzehntausend Abonnenten des Magischen Mitteilungsblattes sorgten für Einnahmen. Aber ach, wieder alles Lüge. Die Geisterfreunde in der Führungsspitze hatten die milden Gaben nur zur sieben-millionen-fachen Auspolsterung

ihrer Taschen mit Schweizer Franken benutzt. Der versprochene Bau eines Versammlungssaales für die Geistanhänger blieb irgendwie im Spirituellen, jedenfalls Immateriellen stecken.“

Im Juni vergangenen Jahres berichtete der „Stern“ von den dubiosen Geschäften der „Scientology-Kirche“. Besser bekannt dürfte sie von ihren Infoständen in Fußgängerzonen sein, wo sie ihre „Bibel“ verkauft: „Dianetik — Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit“. Diese Heilslehre verspricht jedem die Entwicklung zu einem gottähnlichen Übermenschen bis zur Immunität gegen Atomstrahlung. „Der weltweit operierende Sekten-Multi mit Hauptquartier in Clearwater/Florida hat nach eigenen Angaben sechs Millionen Anhänger und setzt schätzungsweise eine Milliarde Mark um.“ Hauptgeschäftszweige sind Anlagen in Immobilien, Schulungen und Vorträge. Hierzu werden Tarnorganisationen wie Verbände „engagierter Zahnärzte“ oder „engagierter Manager“ gegründet. Eine Rechnung für 14 Stunden Frage- und Antwortspiel in Hamburg: Läppische 63 000 Mark.

Bei Wahlen werden wir künftig öfter Gelegenheit haben, unser Kreuz für eine „Esoterische Partei“ zu machen. Für alle, denen die Bischofskampagnen gegen Abtreibung zu dumpf sind, hält sie die folgende Alternative bereit: „Den Schwangerschaftsabbruch kann man ja auch so sehen, daß da ein Mensch daran gehindert wird, sich zu reinkarnieren“. Zum besseren Verständnis: Zahlreiche Kämpfer der neuen Partei stammen aus dem „Komitee zur Überwindung der materialistischen Weltanschauung“.

Schließlich baut auch die neofaschistische Propaganda auf den weitverbreiteten Aberglauben. Die Wiener „Tempelhofgesellschaft — Pirkner und Loebner“ verbreitet einen Videofilm, der als „Dokumentation“ ausgegeben wird. Danach seien „Fliegende Untertassen“ Hitlers Geheimwaffe gewesen und noch heute im Einsatz. Mit Fotomontagen und Bildern aus der Ufo-Literatur soll bewiesen werden, daß die SS nach 1945 einen Ufo-Stützpunkt in der Antarktis aufgebaut habe, und daß sie alsbald „zurückschlagen“ und ein neues Reich zur Erlösung der Menschheit errichten werde. Bibelzitate und Wagnermusik sorgen für die erforderliche Gemütsverfassung.

Neuer Bedarf für „Opium“

Eine solche Vielfalt von Anbietern kann nur bei einem entsprechenden Heer von Abnehmern gedeihen. Die Zahl der Astrologiegläubigen, der „Däniken-Gemeinde“, geht in die Millionen.

Es muß deshalb die Aufgabe der Freidenker sein, sich bei der Verbreitung wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht auf die Widerlegung der traditionellen Religionen zu beschränken, sondern den Irrationalismus in all seinen Erscheinungsformen zu bekämpfen.

Dazu muß man sich auch von dem „Aberglauben“ frei machen, daß alle oder zumindest die Mehrzahl derer, die aus den Kirchen austreten, potentielle Freidenker sind. Das Motiv der Austretenden ist in den wenigsten Fällen die ungestillte Lust auf die wissenschaftliche Weiterkenntnis.

Im Gegenteil, heute hat eher die modische Wissenschaftsfeindlichkeit Konjunktur — oder, kein Widerspruch — die wissenschaftlich gestylte Mystik. Gemeinsam ist ihnen in jedem Fall die Ablehnung von Wissenschaft als Mittel der Erkenntnis.

Diese Entwicklung geht Hand in Hand mit dem Bedeutungsverlust des Christentums und dem Autoritätsverlust der Großkirchen. Hierzu in Stichworten einige Gedanken von Herbert Will (Kursbuch 93): „Das religiöse Leben ... wird zum Privatvergnügen, das zu den anderen Freizeitbetätigungen in Konkurrenz tritt.“ Die „Sinnfrage“, so Herbert Will, stelle sich ganz privat, als narzißtisches Phänomen. Die technisch-rationalen Arbeitswelt produziere soziale

Vereinsamung, Austauschbarkeit von Konsum, innere Leere, reale Sinnlosigkeit. Die religiöse und parareligiöse Sinnsuche will nicht die Ursachen beheben, sondern das Gefühl der Sinnlosigkeit behandeln. Sie sei „Therapie eines defizitär erlebten und subjektiven Zustandes“. „Ein Defizit wird erlebt, ein Bedürfnis nach Religion tritt auf, man macht sich auf die Suche oder findet spontan das Richtige. Der Einzelne ist vom institutionellen Zwang der früheren Religion befreit und möchte auch nicht in den Schoß der Kirche zurückkehren.“ So verläuft seine religiöse Suche nach dem Modell des Marktes: „Was gibt es? Was paßt zu mir?“

Umkämpfter Markt

Im Kampf um Marktanteile mischen auch die Großkirchen wieder mit. Sie sehen ihr Dilemma, ihre Rolle als „ideeller Gesamtmystizist“ nicht mehr effektiv spielen zu können. Schuld daran sei, so die Konservativen, daß die Kirche die Menschen nicht mehr genügend emotional anspreche. Sie sei zu stark auf Diesseits orientiert, sie treibe zu wenig „Mission“ und zu viel „Politik“. Treiben also die Friedens-, Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen, die sich in den Kirchen gebildet haben, die Gläubigen dem Okkultismus in die Arme?

Sowohl innerhalb der Großkirchen als auch außerhalb von ihnen formieren sich „fundamentalistische“ Gegenkräfte, geeint in dem Bemühen, verlorenes Terrain zurückzuerobieren.

Dazu gehören der letztjährige „Anti-Kirchentag“ in Stuttgart, der traditionalistische Bischof Lefebvre und die „charismatischen“ Gottesdienste in Hamburg.

Mit einer Mischung aus Unbehagen und Neid beobachten die Amtskirchen das Treiben der Charismatiker. „Jesus liebt Dich!“, „Jesus macht Dich frei!“, — so gellen uns die Urschrei-Therapeuten der „Pottershouse-Christengemeinde“ im Ohr, die auch den längsten Dienstleistungsabend in der City zur Qual machen, und gegen die die altgewohnte Heilsarmee tönt wie himmlische Sphärenklänge.

Ob der „Mähdrescher Gottes“ Reinhard Bonnke von der gemeinnützigen Organisation „Christus für alle Nationen“, oder der kalifornische Prediger John Wimber — tagelang füllen Tausende die größten Hallen und Fußballstadien, um entrückt ihrem Meister zu lauschen und die „Großevangelisation im Feuer des heiligen Geistes“ zu erleben.

Auch hunderte von Theologen und kirchlichen Mitarbeitern besuchen solche Veranstaltungen, und Pfarrer Joachim Schmidt, Medienbeauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, beeilt sich zu erklären, daß trotz einer „kritischen Distanz der Amtskirche“ Gläubige, die eine solche Prägung mitbrachten, sehr wohl ihren Platz im Protestantismus hätten, zumal für sie in der Landeskirche „etwas fehle“.

Alarmiert sind inzwischen Schulbehörden, Pädagogen und Wissenschaftler von den okkulten Neigungen bei SchülerInnen, von Satanskulten und nächtlichen Feiern auf Friedhöfen, zu denen die Jugendlichen aschegeschminkt erscheinen. Alarmiert sind aber auch die Kirchen. Sie publizieren die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen zum Problem Jugendsekten und haben eine Reihe von Stellen sogenannter Sektenbeauftragter geschaffen. Deren Aufgabe besteht darin, den betroffenen Jugendlichen, aber auch deren ratlosen Eltern und Lehrern, hilfreich zur Seite zu stehen, um dieser Woge unkontrollierter Irrationalität Herr zu werden.

Gegen Satanismus — mit der Kirche im Bunde?

Auch uns Freidenkern sind zweifellos alle Verbündeten willkommen, wenn es um die Verteidigung der Vernunft geht. Trotzdem muß die Frage erlaubt sein: Ist der von der katholischen Kirche geför-

derte Reliquienglaube, ist die Hoffnung siecher Wallfahrer auf wundersame Heilung von ihren Gebrechen wirklich von anderer Qualität als der Glaube an wundersame Fernheilungen und schwarze Amulette?

Fördert die Kirche nicht, während sie den Humbug geschäftstüchtiger Scharlatane trefflich angreift, ihren eigenen Humbug nach Kräften? Nimmt es also wunder, wenn Menschen den Teufel für bare Münze nehmen und ihm huldigen, wo doch der Teufel durch die Religion selbst zur Welt gebracht wurde und von ihr auch weiterhin treusorgend am Leben erhalten wird?

Es ist der Papst Wojtyla, der nicht nur den Marienkult belebt, sondern auch dem Teufel eine reale, ja personale Existenz zuerkennt: „Die Heiligen Schriften präsentieren den Teufel als eine Person, wenn sie auch gleichzeitig hervorheben, daß er nicht allein existiert, sondern als eine Gemeinschaft von bösen Geistern.“ Seine Präsenz nehme zu, „während sich der Mensch und die Gesellschaft allmählich von Gott entfernen“. Er wolle die scheinbar aufgeklärten Menschen „zu einer Scheinfreiheit führen, die sich dann als leere Lüge herausstellt.“ Merke: „Aus der Freiheit ist auch das Böse geboren worden“ (Spiegel 52/86).

Das Menschenbild des Papstes ähnelt damit dem Luthers: „Wenn Gott sich auf ihn setzt, will und geht er dorthin, wohin Gott will — wenn der Teufel sich auf ihn setzt, will und geht er dorthin, wohin der Teufel will.“

Die Ketzer- und Hexenverfolgungen in der Kirchengeschichte sind untrennbar mit der Behauptung der Existenz von Teufeln und dämonischen Einflüssen verbunden. Der Exorzismus (Teufelsaustreibung bei „Besessenen“) wird noch in unseren Tagen praktiziert, und das keineswegs nur in sadistischen Exzessen, die wegen Todesfolge gerichtsnotorisch werden.

Im Katholischen Erwachsenen-Katechismus von 1985 heißt es: „In einfacher Form wird der Exorzismus bei der Taufe, bei der Weihe von Weihwasser

gebraucht.“ In Turin, der „Hochburg der Besessenheit“, ernannte das erzbischöfliche Ordinariat 1986 zu den bisherigen drei weitere „zugelassene Exorzisten“.

Lassen wir zur Ausräumung der letzten Zweifel noch den Präfekten der vatikanischen Glaubens-Kongregation, Joseph Kardinal Ratzinger, zu Wort kommen. „Für den christlichen Glauben ist der Teufel eine mysteriöse, aber reale, personale und nicht symbolische Präsenz.“

Es ist uns Freidenkern sicher nicht zu verargen, daß wir solch zweifelhaften Verbündete im Kampf gegen den Satanismus mit Skepsis betrachten. Irgendwie drängt sich der Eindruck auf, als solle hier der Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben werden.

Unsere Zweifel bestätigt der Schultreferent der Evangelischen Kirche im Rheinland, Dr. Wolfram Janzen, wenn er sagt: „Für die Kirche stellt sich dabei das Problem der Abgrenzung und der Wahrnehmung eigener Defizite im Umgang mit bestimmten religiösen Bedürfnissen, die dann zum Teil in der Faszination für das Okkulte ihren Niederschlag finden.“

Nicht minder deutlich der Sektenbeauftragte des Bistums Mainz im SWF Fernsehen Ende 1989: Man bekämpfe die Jugendsekten auch, weil sie eine andere Art zu glauben propagieren. — Die Forderung an den Staat kommt prompt Mehr Geld zur Erteilung von Religionsunterricht, um die Jugendlichen „unangreifbarer“ zu machen.

So erkennen wir schließlich ein religiöses Bedürfnis besonderer Art, nämlich ein Bedürfnis der Kirchen selbst. Einerseits die Behauptung der Existenz des Teufels, um die Gläubigen — dargestellt in Angst und Schrecken versetzt — zum „Guten“ anzuhalten. Andererseits das Bestreben, die Wirkung des von ihnen selbst an die Wand gemalten Teufels zu begrenzen, indem der Staat mehr Mittel für ihren „aufklärenden“ Religionsunterricht herausrücken soll.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus: Freidenker 1/90



Der Freidenker ist das Organ des Deutschen Freidenker-Verbandes. Sitz: Dortmund, herausgegeben vom Verbandsvorstand. Er erscheint vierteljährlich und kostet 3,- DM das Einzelheft, jährlich 12,- DM. Abonnements und Vertrieb: Jutta Schoeler, 5000 Köln 1, Huelchrather Straße 33.